



Antidiskriminierungsstelle
des Bundes



LSBTTIQ*: Vielfalt als Stärke – Vielfalt als Herausforderung!

Dokumentation der Fachtagung im Tagungswerk Jerusalemkirche,
Berlin am 12. September 2017



LSBTTIQ*: Vielfalt als Stärke – Vielfalt als Herausforderung!

Dokumentation der Fachtagung im Tagungswerk Jerusalemkirche,
Berlin am 12. September 2017

Die Abkürzung LSBTTIQ* steht für lesbische, schwule, bisexuelle, Trans, transsexuelle, intersexuelle und queere Menschen. Der Stern (*) am Ende soll berücksichtigen, dass sich manche Menschen in ihrer Geschlechtsidentität nicht ausschließlich auf einen der Begriffe festlegen lassen möchten.



Inhalt

Begrüßung	4
Keynote	6
Studienpräsentation	9
„Diskriminierungserfahrungen in Deutschland anhand der sexuellen Identität“	9
Podiumsdiskussion	13
„Queere Vielfalt in Deutschland: ein Schritt vor, ein Schritt zurück?“	13
Diskussion	17
Protokolle der Workshops	18
Workshop 1: Coming-out in Familie und Schule	18
Workshop 2: Pflege und altersgerechtes Wohnen	24
Workshop 3: Rassismuserfahrungen von LSBTTIQ*	28
Workshop 4: Lesbische Sichtbarkeit innerhalb und außerhalb der Community	31
Workshop 5: LSBTTIQ* mit Behinderungen	37
Workshop 6: Diskriminierungserfahrungen von Trans* und transsexuellen Menschen in der Community	40
Workshop 7: Diskriminierungserfahrungen von Inter* im Zusammenhang mit der sexuellen Identität	43
Impressum	47
Anhang	49

Begrüßung



Christine Lüders **Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes**

In ihrer Begrüßung sagte Christine Lüders, dass die Ausgangslage ihr und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Jahr zuvor wenig Mut gemacht habe, als sie über die Akzente zum Thema Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, transsexuellen und Inter* für das anstehende Themenjahr sprachen. Zwar habe es in der Politik bei der Frage der Entschädigung der Opfer des Paragraphen 175 Bewegung, aber auch viele Widerstände gegeben. „Viele äußerten die Sorge, die Bundesregierung verspiele hier wieder einmal die historische Chance, die Betroffenen endlich zu entschädigen und die Urteile für null und nichtig zu erklären.“ Bei der Ehe für alle hätten selbst die größten Optimisten nicht mehr daran geglaubt, dass es hier rasch zu einer Lösung kommen würde.

Dennoch habe die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) im Januar ihr Themenjahr für sexuelle Vielfalt 2017 ganz bewusst „Gleiches Recht für jede Liebe“ genannt. „Wir wollten und wollen allen klarmachen: Gleiche Rechte sind kein Gnadenakt, gleiche Rechte sind keine Spezialrechte für Minderheiten. Nein, gleiche Rechte sind ein elementarer Bestandteil der Demokratie, die allen Menschen zugutekommen“, so Lüders. Das sehe auch die Bevölkerung so. Anfang des Jahres habe die ADS eine Umfrage dazu veröffentlicht, in der mehr als 80 Prozent der Befragten die Ehe für alle befürworteten und fast ebenso viele die Ent-

schädigung der Opfer des Paragraphen 175. In den folgenden Monaten habe es dann den Anschein gehabt, als beschleunige sich die Geschichte. „Es gab Momente, in denen ich gar nicht so schnell gucken konnte, wie die gordischen Knoten der LSBTTIQ*-Politik durchschlagen wurden“, sagte Lüders.

Die erfolgte Rehabilitierung der „175er“ und die Öffnung der Ehe für alle hätte sie sich Anfang des Jahres nicht träumen lassen. Beides seien historische Schritte für die LSBTTIQ*-Emanzipationsbewegung. Deshalb habe es in diesem Christopher-Street-Day-Sommer richtige Gründe zum Feiern gegeben. Weniger für die Politik, die schließlich lange genug gebraucht habe, endlich das Richtige zu tun. Aber in jedem Fall für alle Aktiven aus der Community, deren jahrzehntelanger Einsatz diese Erfolge erst möglich gemacht habe. „Wir wären heute nicht da, wo wir sind, wenn Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Transsexuelle, Inter* und queere Menschen sich nicht selbst ihre Sichtbarkeit erkämpft und unermüdlich gleiche Rechte eingefordert hätten“, so Lüders.

Doch der Kampf gegen die rechtliche Diskriminierung sei noch nicht zu Ende. Es müsse dringend eine grundlegende Reform des unseligen Transsexuellengesetzes kommen, am besten indem es durch ein Geschlechtsidentitätsgesetz ersetzt werde. Auch das Abstammungs- und Familienrecht müsse angepasst werden, um der Lebensrealität von Regenbogenfamilien besser gerecht zu werden. Und: „Wir brauchen eine schnelle gesetzliche Klarstellung, dass die Ehe für wirklich alle, nämlich auch für intersexuelle Menschen ohne Geschlechtseintrag offensteht“, sagte Lüders. Nicht zuletzt sollte endlich der Schutz vor Benachteiligung aufgrund der sexuellen Orientierung auch in Artikel 3 des Grundgesetzes aufgenommen werden.

Daneben gelte es weiter, gegen alltägliche Diskriminierungen vorzugehen und für echte Akzeptanz einzutreten. Befragungen hätten gezeigt, dass die Menschen in Deutschland viel weiter seien, als manche in der Politik glauben machen wollten. So seien 90 Prozent der Befragten der ADS-Studie dafür, in Schulen die Akzeptanz gegenüber Schwulen, Lesben und Bisexuellen zu vermitteln. Aber die gleiche Untersuchung zeige auch, dass die Offenheit noch immer Grenzen habe. 38,4 Prozent empfänden es demnach als unangenehm, wenn zwei Männer sich in der Öffentlichkeit küssen würden.

Mit der Fachtagung solle ergründet werden, was all das für die Community bedeute, welche Strategien am besten seien und für welche Themen es sich in der Zukunft zu streiten lohne. „Wie können wir dabei selbstverständlich und verständlich bleiben und möglichst viele Menschen erreichen, gleichzeitig aber auch niemanden zurücklassen?“, fragte Lüders. Dieses Anliegen solle der Tagungstitel „Vielfalt als Stärke – Vielfalt als Herausforderung!“ umschreiben. Niemand könne bestreiten, dass es die Allianzen zwischen LSBTTIQ* gewesen seien, die viele Erfolge der Vergangenheit erst möglich gemacht hätten. Doch vieles bleibe noch zu tun, so Christine Lüders.

Die erwähnte Studie „Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen in Deutschland“ von Beate Küpper, Ulrich Klocke und Lena-Carlotta Hoffmann ist [hier](#) vollständig und [hier](#) als Kurzfassung zu finden.

Keynote



Helen Kennedy

Executive Director Egale Canada Human Rights Trust und Co-Secretary General International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans* and Intersex Association

Helen Kennedy sprach in ihrer Keynote über die LSBTTIQ*-Community in Kanada und gab auch einen Überblick zum Umgang mit Diskriminierungen im internationalen Vergleich. Zunächst hob Kennedy hervor, dass ihre Organisation „Egale“ zwar bekannt für ihre Kampagnen für die gleichgeschlechtliche Ehe sei, sich aber auch um behinderte Menschen, Senior_innen, Rassendiskriminierung oder die Benachteiligung der indigenen Völker Kanadas kümmere. Im nächsten Jahr eröffne Egale beispielsweise ein Haus für wohnungslose LSBTTIQ*-Kinder.

Sie betrachte und analysiere das Thema der Tagung mit einem intersektionalen Blick. Vielfalt sei eindeutig eine Stärke, aber in Deutschland und Kanada ebenso eine Herausforderung. Überall auf der Welt gebe es eine Angst vor Vielfalt, derzeit sei dieses Problem auf internationaler Ebene täglich in den Nachrichten zu sehen. Es gebe Veränderungen und Chaos, weil die Menschen für ihre Grundrechte kämpften und sie einfach sagen wollten, wen und wie sie lieben wollten. In Kanada habe die Regierung bezüglich der LSBTTIQ*-Gemeinde gesagt, dass die Städte der Zukunft offen für Diversität sein müssten. Bereits heute sei in Kanadas Städten Diversität überall zu sehen, auch der Rest des Landes werde immer diverser. Darüber hinaus habe

der neue Premierminister Justin Trudeau gesagt, dass es keine reine Identität und keinen Mainstream in Kanada gebe. Diese Aussage könnte für Irritationen sorgen, weil sie möglicherweise kanadische Werte und eine Kernidentität verneine. Allerdings seien auch die Urvölker zu berücksichtigen, die wesentlich länger im Land lebten. Auch ihre Geschichte und ihre individuelle und kollektive Identität müssten anerkannt werden, um die Balance zu halten. Der Kampf für Diversität bedeute also, dass eine Balance gehalten werden müsse zwischen verschiedenen Identitäten in der Gesellschaft, die sich die ganze Zeit verändere. Kanada habe eine einzigartige Geschichte der Vielfalt. Diese funktioniere, weil „wir nicht die ganze Zeit voller Hass sind und es nicht darauf abgesehen haben, anderen die Schuld zuzuweisen“.

Ein wichtiger Punkt dabei sei die Änderung der Regierungspolitik gewesen. Im Gegensatz zur vorherigen Regierung habe ihre Organisation bei LSBTTIQ*-Themen nun einen Platz am Tisch bekommen. Dennoch müsse weiter dafür gekämpft werden, Türen zu öffnen und die LSBTTIQ*-Stimme hörbar zu machen. Um weitere Fortschritte zu erreichen, müsse auch mit denen gesprochen werden, die die Community zu diskriminieren versuchten, etwa Kirchen oder die Polizei. „Es ist wichtig, dass wir Wege finden, in diese Systeme hineinzukommen, Gruppe für Gruppe und Möglichkeit für Möglichkeit, um die Schranken einzureißen“, so Kennedy. Die staatliche Unterstützung und der Zugang seien dabei sehr wichtig. „An einem Tisch zu sitzen, ist einer der wichtigsten Punkte, den Organisationen wie meine benötigen, um Fortschritt zu erreichen.“

Kennedy schilderte dann den Weg zum viel beachteten kanadischen Gesetz für gleichgeschlechtliche Ehen. Dies sei schrittweise über Gerichtsentscheide in verschiedenen Provinzen gelungen, bevor es im ganzen Land eingeführt worden sei. Der Kampf um Gleichberechtigung sei zuvor Provinz um Provinz ausgefochten worden. Ähnlich sei es auch auf der internationalen Ebene mit LSBTTIQ*-Rechten. Sie kenne das aus der Arbeit für ILGA, die internationale Organisation für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans und Intersexuellen. Die 1.200 Nichtregierungsorganisationen, die Mitglied bei ILGA seien, würden ebenfalls Stadt für Stadt und Land für Land für LSBTTIQ*-Rechte auf der Welt mobilisieren.



Inzwischen öffneten mehr und mehr Länder ihre Türen beispielsweise für Immigrant_innen unter ihnen LSBTTIQ*, die auch zu dieser Gruppe gehörten. Auch sie müssten am Dialog teilnehmen können. In Kanada werde diese Vielfalt begrüßt und man wisse, dass asylsuchende Einwanderer und Flüchtlinge ein wichtiger Teil des Wirtschafts-, aber auch des kulturellen Wachstums sein könnten. Es sei besonders die kulturelle Vielfalt, die Kraft verleihe. Die Menschen müssten aber das Gefühl haben und glauben, dass sie autonom über ihre eigene Identität und ihr Leben entscheiden könnten.

Als wichtigste Werkzeuge für die Arbeit bezeichnete Kennedy Bildung und Forschung. Bildung helfe, die Herzen zu erweichen, Meinungen zu verändern und den Geist zu öffnen. Forschung verleihe Glaubwürdigkeit, die notwendig sei, um Türen öffnen zu können.

Kennedy wies auch darauf hin, dass die in Kanada erreichten Fortschritte durch Beteiligung von Aktivistinnen und Aktivisten international zu einem Problem werden könnten. So habe Kanada vor Kurzem ein neues Gesetz erlassen, mit dem das Geschlecht in Ausweisen als X eingetragen werden könne. „Damit haben die Leute die Freiheit und die Autonomie, über ihre eigene Identität zu entscheiden“, so Kennedy. Sie könnten ein Geschlecht wählen, das vielleicht zwischen weiblich und männlich liege. „Das ist eine unglaubliche Leistung.“ Allerdings könne dies auch eine Bedrohung für Kanadierinnen und Kanadier sein, wenn sie über die Grenzen in andere Länder gingen, wo beispielsweise gleichgeschlechtliche Minderheiten noch immer kriminalisiert oder diskriminiert würden. „Wenn wir auf internationaler Ebene weiterkommen wollen, müssen wir das X-Zeichen in allen Pässen haben und damit zeigen, dass wir stärker sind als die Gegner des Fortschritts“, sagte Kennedy.

Wie schwierig das Ringen um Vielfalt international jedoch ist, zeige sich daran, dass beispielsweise die einfache Erklärung der Vereinten Nationen (UNO) zu Städten als offenen Räumen noch nicht verabschiedet worden sei, weil 17 Länder sie ablehnten. Die Probleme ergäben sich auch aus einem Mangel an Forschung, Bildung und Ausbildung bezüglich Diversity und Inklusion. Dies gelte besonders für LSBTTIQ*-Belange, aber auch für andere Minderheiten. Mehr als je zuvor müsse Vielfalt als Stärke gesehen werden. In den Wochen vor der Tagung sei viel über den Hurrikan Irma gesprochen worden. „Ich weiß, dass wir in der Arbeit, die wir leisten, und auch auf der internationalen Ebene die Richtung des Windes nicht ändern können“, sagte Helen Kennedy am Ende ihres Vortrags. „Aber wir können uns auf ihn einstellen, um sicherzustellen, dass wir unsere Arbeit besser und effektiver weitermachen.“

Studienpräsentation

„Diskriminierungserfahrungen in Deutschland anhand der sexuellen Identität“



Dorina Kalkum und Magdalena Otto

**Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung,
Humboldt-Universität zu Berlin**

Dorina Kalkum und **Magdalena Otto** stellten die Ergebnisse einer nicht repräsentativen Befragung und Sonderauswertung im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) vor. Die quantitative Befragung wurde durch qualitative Interviews, Zugriff auf Beratungsanfragen der Antidiskriminierungsstelle zum Thema sexuelle Identität sowie den Kontakt zu Expertinnen und Experten in Verbänden und der Wissenschaft ergänzt. Die gesamte Studie ist [hier](#) herunterzuladen. Im Folgenden sind die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst.

In der Studie würden Diskriminierungserfahrungen anhand der sexuellen Identität von Menschen untersucht, die von der heterosexuellen Norm abweichen würden. Sie hätten sich für den Begriff der sexuellen Identität entschieden, weil er betone, dass es nicht nur darum gehe, welche Partner_innen man wähle,

sondern dass es sich um einen langfristig angelegten Teil der Identität handele, der sich im Lauf eines Lebens auch wandeln könne, so Kalkum. Mehrdimensionale Diskriminierung bezeichne Diskriminierungserfahrungen, bei denen mehrere Merkmale innerhalb einer Situation relevant seien. Unter intersektionaler Diskriminierung sei eine Diskriminierung zu verstehen, bei der mehrere Merkmale relevant seien und zusätzlich eine qualitativ neue Diskriminierungserfahrung entstehe.

Gut drei Viertel der befragten Personen, die Diskriminierungserfahrungen gemacht hätten, seien lesbisch (26 Prozent) oder schwul (42 Prozent) gewesen. Überwiegend sei über diese Diskriminierungserfahrungen aus den Bereichen Öffentlichkeit und Freizeit berichtet worden, häufig sei ebenfalls die Arbeit genannt worden sowie Ämter, Behörden, das Internet, die Bereiche Geschäft und Dienstleistungen, aber auch Gesundheit und Pflege. Am häufigsten träten die Diskriminierungen in Form von Belästigungen, herabwürdigenden Darstellungen, Beleidigungen und Beschimpfungen auf. Häufig fühlten sich Personen auch dadurch diskriminiert, dass ihnen Rechte nicht zugestanden worden seien, die andere Personen jedoch hätten.

Kalkum hob einige Diskriminierungsformen hervor, beispielsweise die körperlichen Übergriffe. Hier sei der Bereich Öffentlichkeit und Freizeit häufig genannt worden, die Verursachenden der Diskriminierung seien überwiegend unbekannte Personen gewesen. Die Betroffenen würden quasi im Vorbeigehen beleidigt oder angegriffen. Dies sei auch bei sexualisierter Belästigung der Fall, die eindeutig mit dem Geschlecht einer Person zusammenhänge: Frauen seien häufiger betroffen als Männer, viel häufiger aber noch Trans*-, transsexuelle und Inter*-Personen.

Im Arbeitsbereich seien mit knapp 60 Prozent Vorgesetzte als Verursacherinnen und Verursacher der Diskriminierung genannt worden. Besonders schockierend seien diskriminierende Erfahrungen gewesen, bei denen Arbeitgeber die Diskriminierung verursacht und die diskriminierte Person nicht unterstützt hätten. Hier liege ein großes Potenzial, Personalverantwortliche zu sensibilisieren, ihnen Möglichkeiten zur Prävention und zu Handlungsmöglichkeiten zum Einschreiten und Unterbinden aufzuzeigen, so Kalkum.

In der Befragung und in den Beschwerdedaten der ADS seien häufiger Diskriminierungen durch kirchliche Arbeitgeber genannt worden. Hier sei Handlungsbedarf zu sehen. So sollte die Möglichkeit der Kirchen unterbunden werden, Personen anhand ihrer sexuellen Identität zu kündigen oder nicht einzustellen. Dies könne erreicht werden, indem die Anforderung der Heterosexualität auf verkündungsnahe Tätigkeiten beschränkt werde.

Den qualitativen Teil der Befragung präsentierte Magdalena Otto. Für diesen Teil seien mit 30 Personen Interviews geführt worden und neben dem Fokus sexueller Identität ein besonderer Schwerpunkt auf die Merkmale Migrationshintergrund, junges und hohes Alter gelegt worden, um zu untersuchen, inwiefern es auch mehrdimensionale und intersektionale Diskriminierungserfahrungen gebe.

Berichtet worden sei von einem Rechtfertigungsdruck durch die vermeintliche Nonkonformität, die nicht immer eine Form der Diskriminierung sei, aber doch den Boden für weitere Benachteiligungserfahrungen bereite. Von den älteren Befragten ab 60 Jahren sei genannt worden, dass sie einen Wandel in der Akzeptanz wahrnehmen würden. Insbesondere im Vergleich zu früheren Lebensjahren falle ihnen auf, dass es eine stärkere Sichtbarkeit und damit auch mehr Akzeptanz gebe. Dies sei ein Anlass zur Hoffnung, aber nach wie vor gebe es Hindernisse beispielsweise im Beruf, wenn Aufstieg oder Zugang verwehrt würden, prominentes Beispiel hierfür seien schwule Männer in Erziehungsberufen. Abwertung werde auch innerhalb von Communities erfahren, wenn dort gesamtgesellschaftliche Strukturen und Mechanismen der Abwertung und der Hierarchie reproduziert würden. Die Befragten hätten außerdem davon berichtet, dass sie Grenzüberschreitungen durch neugierige Reaktionen oder durch Sexualisierungen erleben würden. Bei körperlicher Gewalt sei davon berichtet worden, dass als arabisch wahrgenommene Personen

ein höheres Risiko hätten, von homo- und trans*-negativer Gewalt betroffen zu werden. Hierbei würden sich also sexuelle Identität mit Geschlecht und ethnischer Herkunft verschränken. Otto zitierte mehrere weitere Berichte von Betroffenen über mangelnde Akzeptanz oder auch in LSBTTIQ*-Einrichtungen vorkommenden Rassismus. Die Zitate sind auch in der Studie zu finden.

Die Strategien der Befragten im Umgang mit Diskriminierungen seien vielfältig, hingen aber auch jeweils von der Person ab. So berichtete eine schwächere Person, dass sie bei einer verbalen Reaktion die Gefahr



für körperliche Gewalt sehe. Flucht sei eine weitere Strategie, etwa durch Kündigung, Meidung bestimmter Kontakte und Situationen oder eine Selbstnormierung bei der Kleiderwahl. Weitere Strategien seien Humor, Ignorieren oder Geheimhaltung der sexuellen Identität. Als Ressourcen im Umgang mit Diskriminierung seien Beratungsstellen, etwa psychosoziale Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen, Onlineangebote von Verbänden, Anlaufstellen der Polizei zur Krisenintervention, Aufklärungsprojekte an Schulen, Vertrauenslehrerinnen und -lehrer und Ähnliches zu sehen. Auch die eigene Kompetenz und Aktivismus seien von hoher Bedeutung.

Basierend auf den Angaben der Befragten und Ergänzungen der Expertinnen und Experten formulierten Dorina Kalkum und Magdalena Otto folgende Änderungsbedarfe und Handlungsempfehlungen:

- Mehr Vernetzung von Verbänden und Initiativen, um Personen zu berücksichtigen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind
- Veranstaltungen müssen barrierefrei sein – sowohl räumlich als auch sprachlich oder finanziell
- Mehr Fördergelder für Beratungsstellen und Aufklärungsprojekte, die einen mehrdimensionalen Ansatz verfolgen
- Langfristige institutionelle Förderung positiv evaluierter Projekte in Bund und Ländern
- Aufklärung sollte schon im Kindergarten stattfinden, mit altersgerechten Konzepten
- Das Thema sollte in der Schule fest in Lehrplänen verankert werden, nicht nur im Sexualkundeunterricht
- Bessere Repräsentation des Themas in Bildungsmaterialien und Medien
- Sensibilisierung des Personals in Ämtern und Behörden
- Schulung des Personals im Bereich Pflege und Wohnen im Alter

Dorina Kalkum und Magdalena Otto wiesen zum Abschluss darauf hin, dass sie trotz des anfänglichen Ziels, vor allem mehrdimensionale und intersektionale Diskriminierungsformen zu berücksichtigen, diese auch in der qualitativen Befragung kaum eindeutig ausmachen konnten.

Podiumsdiskussion

„Queere Vielfalt in Deutschland: ein Schritt vor, ein Schritt zurück?“



Günter Dworek

Lesben- und Schwulenverband in Deutschland

Gianni Jovanovic

Queer Roma

Dorina Kalkum

Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung, Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Beate Küpper

Hochschule Niederrhein

Hans Hengelein

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

In der Podiumsdiskussion, die von Journalist **Andreas Clarysse** moderiert wurde, gingen die Teilnehmenden mehrmals auf die zuvor vorgestellten Studienergebnisse ein.

Dorina Kalkum schilderte, dass einzelne Befunde sie besonders überrascht und schockiert hätten, etwa Berichte der Befragten über Beleidigungen, körperliche und sexuelle Angriffe. Diese Erfahrungen hätten sich nicht auf ein belastendes Gefühl beschränkt, sondern hätten zu Jobwechsellern oder Kontaktabbrüchen geführt, das Leben der Betroffenen also nachhaltig beeinflusst. Außerdem habe sie erstaunt, dass sich nur 45 Prozent der Befragten gegen Diskriminierungen zur Wehr gesetzt hätten, hier sei sie vorher von mehr ausgegangen. Dies sei aber durchaus verständlich, weil die Leute erlebt hätten, dass sie keine Entschuldigungen, Wiedergutmachungen oder andere positive Reaktionen erhielten und sich nichts ändere. Die Hälfte der Befragten habe das Gefühl, dass es nichts bringen würde – und die Daten zeigten, dass sie damit nicht falsch lägen.

Günter Dworek nahm zunächst Bezug auf die Keynote von Helen Kennedy, als er hervorhob, wie wichtig es sei, als Betroffener am Tisch zu sitzen. Er empfehle das ausdrücklich und wies darauf hin, dass kein Gesetz durch den Bundestag gehe, das LSBTTIQ* angehe, zu dem nicht sein Verband und andere Stellung nähmen. Es sei „wichtig, dabei zu sein, mitzureden und dafür zu sorgen, dass nicht über unsere Köpfe verhandelt wird“. **Beate Küpper** betonte die Notwendigkeit zu Allianzen, deren politische Bedeutung den Aktivistinnen und Aktivisten aber ohnehin klar sei. „Minderheiten dürfen nicht den Fehler machen, sich auseinanderdividieren zu lassen, dann haben sie erst recht verloren“, so Küpper.

Gianni Jovanovic sagte, dass es ihm als schwulem Deutsch-Roma, der in Deutschland geboren, aufgewachsen und sozialisiert sei, schwerfalle, ein Heimatgefühl aufzubauen, wenn immer wieder seine Existenz infrage gestellt oder er diskriminiert werde. Er habe gemerkt, dass er als Aktivist mit einem „bizarren Leben“ über die Abneigung sprechen müsse, die er zu spüren bekomme. Er erfahre Mehrfachdiskriminierungen, habe aber den Anspruch, etwas dafür zu tun, dass die nächste Generation in einem besseren Deutschland und einer besseren Heimat lebe. Er habe eine vielfältige Herkunftskultur, die er sich nicht nehmen lassen wolle, ebenso wenig wie das, was er heute sei oder vielleicht übermorgen sein wolle. Deutschland sei vielfältig, und man habe in der Vergangenheit für ein friedliches Miteinander und für Solidarität gekämpft. Es werde teilweise versucht, dies zurückzudrehen. „Ich möchte, dass man die Vielfältigkeit von Homosexualität, Transsexualität, Intersexualität, alle Sexualitäten, die wir haben und die es gibt, respektiert. Und im Zweifel geht es auch eigentlich niemanden was an.“

Hans Hengelein schilderte, dass er über viele Jahre in der Schwulen- und Behindertenbewegung aktiv gewesen sei. Er kenne daher verschiedene Diskriminierungen aus unterschiedlichen Blickwinkeln sowie eigener Erfahrung, sei aber als Mitarbeiter einer Landesregierung teilweise auch wieder privilegiert. Die Schwulen- und Behindertenbewegungen seien früher völlig monolithische Blöcke und nicht miteinander vernetzt gewesen, dies habe sich etwas geändert. Die in Deutschland bei Behinderungen verfolgten „Defizitäransätze“ hätten die Gefahr der Diskriminierung. Ihm sei es im Studium darum gegangen, dies aufzubrechen und als Behinderter ein positives „role model“ anzubieten. Die Frage der Sexualität, geschweige denn der Homosexualität, sei darin zumindest zu dem Zeitpunkt nicht vorhanden gewesen. In der Schwulenbewegung sei er mit der Angst vor Diskussionen um Schönheitsideale und nicht perfekte Körper konfrontiert gewesen. Dieses Thema habe sich durch HIV und Aids jedoch etwas gewandelt, weil sich viele schwule Männer dadurch mit Tod, Sterben, aber auch Bürger- und Menschenrechten auseinandergesetzt hätten. Es sei daher mit Blick auf den Vortrag von Helen Kennedy tatsächlich eine entscheidende Frage, wer mit am Tisch sitze und an welchem Tisch Entscheidungen und Debatten geführt würden. Er habe sich dann für das Engagement in der Schwulenbewegung entschieden, weil diese nicht durch die nicht behinderte Welt kontrolliert worden sei. Durch seine Behinderung komme er immer wieder zum

„Nullpunkt“, der Barrierefreiheit. Er müsse jedes Mal wie ein kleines Kind nachfragen, ob eine Veranstaltung für ihn zugänglich sei, das betreffe auch die schwule Subkultur. Sein Assistent sei stundenlang damit beschäftigt, organisatorische Fragen zu klären, etwa ob er ins Theater komme.

Beate Küpper nannte das Intersektionalitäts-Konzept wichtig, genauso wichtig sei aber auch ein Privilegien-Check für alle. Zudem müsse bei Diskussionen innerhalb der Community immer mit im Blick behalten werden, wo die Diskussion in der Gesamtgesellschaft gerade stehe. Ein Perspektivwechsel sei gut, um auch unter die Oberfläche zoomen zu können, auf der es viel Zustimmung für Diversity oder Gleichwertigkeit gebe.



Die deutsche Gesellschaft komme sich sehr aufgeklärt vor, sie sei im internationalen Vergleich aber eher konservativ. „Ich sage immer, wir sind so auf halbem Weg zwischen den Niederlanden und Polen“, so Küpper. Wenn man unter die Oberfläche zoomt, finde man ganz viele „Ja, aber“: So hielten es 90 Prozent der Menschen für wichtig, in der Schule Akzeptanz gegenüber LSBTTIQ* zu lehren. Aber gleichzeitig wünsche sich in der gleichen Studie fast ein Drittel, dass dann bitte schön von heterosexuellen Paaren die Rede sein solle, wenn es um Liebe und Partnerschaft geht. Bei den Themen sexuelle Identität und sexuelle Vielfalt sei es wichtig festzustellen, dass es neben dem Sichtbaren, der harten Diskriminierung oder gewalttätigen Übergriffen, viel um Unsichtbares gehe: das Ignoriertwerden, das Nichtvorkommen.

Das Thema Gewalt wurde in Bezug auf die zuvor präsentierten Studienergebnisse mehrmals angesprochen. **Günter Dworek** sagte zur Frage nach der starken Zunahme von Straftaten gegen LSBTTIQ*, dass dies immer zu beobachten sei, wenn es eine polarisierte politische Debatte gebe. Dies sei in den USA mit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten, in Großbritannien nach der Brexit-Entscheidung oder in Australien bei sehr diffamierenden Kampagnen gegen die Ehe für alle zu sehen gewesen. Ausgrenzungen, Abwertungen und Hetze hätten eine Auswirkung auf die Gewaltbereitschaft: „Worte sind nicht ohne Wirkung.“

Beate Küpper wies darauf hin, dass Einstellungen die Grundlage für Gewalt bilden könnten. Aus vielen Forschungsarbeiten sei bekannt, dass einzelne Menschen sich eher berufen fühlten, andere abzuwerten oder auszugrenzen, wenn dies durch soziale Normen unterstützt werde. Aber auch hinter Institutionen, Strukturen, Regelungen und Gesetzen stünden letztlich Einstellungen, weil sie von Menschen gemacht seien. Es sei daher wichtig, auch bei diesen Prozessen vielfältige Perspektiven zu berücksichtigen, um etwa ganz handfest über die Ausstattung von Räumen nachzudenken oder über institutionelle Regelungen oder Strukturen, um festzustellen, wer dadurch eingeschlossen oder ausgeschlossen werde. Wer nicht unmittelbar von einem Diskriminierungsmerkmal betroffen sei, sehe vieles nicht.

Den Hinweis zum Perspektivwechsel nahm **Günter Dworek** noch einmal auf: Es sei auch eine Community-Aufgabe, diesen zu versuchen und auch gegen sich selber misstrauisch zu sein. Lesben und Schwule hätten durch ihr Coming-out eventuell eine zusätzliche Chance, so einen Perspektivwechsel zu ermöglichen, wobei das auch nicht immer gelinge. Es wäre ein absurder Gedanke, Lesben und Schwule für bessere Menschen zu halten. Es gehe auch darum, wie viel Energie man aus den eigenen Kämpfen ziehen könne, um auch Bündnispartner zu suchen. Er erinnerte an den Kampf um das Antidiskriminierungsgesetz, bei dem es strategische Bündnisse zwischen Schwulen- und Behindertenverbänden gegeben habe. Diese hätten gewirkt und man habe damit zumindest einen intersektionalen Ansatz im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz verankern können. Daraus sollte man lernen und wieder dorthin zurückkehren, besonders in Zeiten, in denen der Wind wieder allen stärker ins Gesicht wehe, die nicht bestimmten Normalitätsvorstellungen entsprächen. Die erkämpfte rechtliche Gleichstellung sei nicht alles, mache aber vieles einfacher. Er kritisierte das reformierte Gesetz gegen Hasskriminalität, in dem zwar bestimmte Rassismusstraftaten ausdrücklich benannt würden, nicht jedoch Homophobie. Diese werde nur im Kommentar erwähnt, in den die Polizei nicht schauen würde. Dies sei „perpetuierte Ausgrenzung“, so Dworek. „Wer totschweigt, grenzt aus und verhindert eine vernünftige Interventionsarbeit.“

Hans Hengelein ergänzte die Diskussion noch um den Aspekt des fehlenden „großen Narrativs“ bei Diskriminierungen. Dies mache es oft notwendig, die eigene Geschichte immer wieder neu zu erzählen, was aber auch eine Schwierigkeit für den Diskurs darstelle. So wüssten beispielsweise schwule junge Männer heute nicht mehr, was der Paragraf 175 sei und welche Bedeutung HIV und Aids gehabt hätten. Man könne nicht wie bei anderen Themen viel voraussetzen, dies gelte auch für die Politik. Man müsse bei manchen Aspekten einfach wieder bei null anfangen.

Gianni Jovanovic formulierte zum Abschluss der Diskussion einige Forderungen. Er wünsche sich eine möglichst früh beginnende Arbeit gegen Homophobie. Mit Kindern, Jugendlichen und Eltern sollten diese Themen in Bildungseinrichtungen so früh wie möglich besprochen werden. Es gehe dabei nicht um eine „Versexualisierung“, sondern einfach darum, Kindern von Anfang an mit auf den Weg zu geben, dass Homosexuelle, Transsexuelle, dass alle Menschen gleich seien. Außerdem gehe es um Respekt für andere Menschen. Sie sollten nicht, wie beispielsweise Sinti und Roma, in der Öffentlichkeit stigmatisiert und in irgendwelche Rollenbilder gepresst werden. Diskriminierung, Rassismus und Hass lägen sehr nahe beieinander. Er wünsche sich stattdessen mehr Solidarität, Gemeinschaftlichkeit und eine tatsächliche Integration und Inklusion, so Jovanovic.

Diskussion

Şefik_a Gümüş von rubicon aus Köln griff noch einmal das Bild des Mit-am-Tisch-Sitzens auf. Ein Teil von ihr akzeptiere das, ein anderer sage aber auch: „Ich möchte nicht an diesem Tisch sitzen, ich möchte das Dinner erst mal komplett ruinieren und dann selbst entscheiden, was auf der Menükarte steht.“ Nur mit am Tisch zu sitzen funktioniere nicht, man müsse auch auf die Machtverhältnisse schauen, etwa wenn Vorgesetzte ihre Mitarbeitenden diskriminierten, wie in der vorgestellten Studie geschildert. Einfache Sensibilisierung helfe nicht mehr, wenn Menschen, die so viel Macht hätten, sie nicht dazu einsetzten, um andere Menschen zu schützen.

Ermano Meichsner, stellvertretender Behindertenbeauftragter des Landes Sachsen-Anhalt und Pfarrer der evangelischen Kirche St. Thomas in Berlin, wies darauf hin, dass die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz die Ehe für alle bereits vor zwei Jahren eingeführt habe, bevor dies staatlich reglementiert worden sei. Zum Christopher Street Day (CSD) habe man außerdem einen Gottesdienst mit Muslimen und der jüdischen Gemeinde für Transgender und für queere Vielfalt abgehalten und einen eigenen Wagen beim CSD auf die Strecke geschickt. Er erwähne das als Korrektur, weil in der vorgestellten Studie oft von christlichen Kirchen gesprochen worden sei. Man müsse dabei aber differenzieren.

Dirk Sander von der Deutschen AIDS-Hilfe stellte die Frage, was eigentlich mit den Menschen passiere, die diskriminiert würden. Hier müsse es eine verstärkte Zusammenarbeit der Ministerien und bundesweite Studien geben: „Was macht das mit den Leuten, was können wir für Hilfen anbieten?“, fragte er.

Protokolle der Workshops

Workshop 1: Coming-out in Familie und Schule

Christoph R. Alms, Jugendnetzwerk Lambda

Dr. Ulrich Klocke, Humboldt-Universität zu Berlin

Dr. Claudia Krell, Deutsches Jugendinstitut

Moderation: Yan Feuge, QUEERFORMAT



Inputs

Dr. Claudia Krell stellte die Studie „Coming-out – und dann?“ vor. Viele Befragte hätten von einem frühen inneren Coming-out (zwischen elf und 16 Jahren) erzählt. Ein Teil von ihnen habe gesagt, dass sie schon immer gewusst hätten, dass sie „anders“ seien. Befürchtungen in Bezug auf Coming-out seien Angst vor Ablehnung durch die Familie sowie Probleme an Bildungs- und Arbeitsstätten. Schule und Familie seien Orte, wo Kinder und Jugendliche besonders diskriminierungsgefährdet seien und aus denen sie sich nicht einfach zurückziehen könnten. Die Zeit des inneren Coming-out werde oft als sehr belastend angesehen. Hauptgründe für das Coming-out seien, sich nicht mehr verstellen zu müssen und mit jemandem über die eigenen Gefühle reden zu können. Erste Ansprechperson im Coming out seien häufig die beste Freundin oder andere enge Vertrauenspersonen. Hier gebe es überwiegend positive Reaktionen.

Coming-out in der Schule

Befragte beschrieben das individuelle Erleben von frühen Mobbing Erfahrungen nicht nur wegen der sexuellen Orientierung, sondern v.a. wegen normierender Geschlechterrollenerwartungen. Das Coming-out in der Schule werde wenn möglich vermieden und als schwierig beschrieben. Trans* und queeren Kindern und Jugendlichen erschwerten v.a. binäre Strukturen den Alltag.

Im Schulalltag würden v.a. auf die sexuelle Vielfalt bezogene Schimpfworte als problematisch empfunden. In der Schule komme es zudem am häufigsten zu Drohungen, Sachbeschädigungen und körperlicher Gewalt gegen LSBTTIQ*-Jugendliche. Weiterhin fehle die angemessene Darstellung von LSBTTIQ* im Unterricht. Das Lehrpersonal biete im Schulalltag nur bedingt Unterstützung.

Diskriminierungserfahrungen im Kindes- und Jugendalter seien sehr präsent: Fast jede zweite Person (44 Prozent) habe Diskriminierungserfahrungen in den Bereichen Familie, Schule und/oder dem Freundeskreis gemacht. Insgesamt betrachtet hätten sogar acht von zehn LSBTTIQ*-Jugendlichen Diskriminierung erlebt, bei trans* und gender*diversen Jugendlichen seien es sogar neun von zehn. Diskriminierungserfahrungen seien dabei insbesondere abhängig von der geschlechtlichen Zuordnung, vom Bildungsniveau sowie vom Alter.

Das Coming-out in der Familie sei immer etwas Besonderes. Sehr junge Menschen machten oft die Erfahrung, dass ihnen nicht geglaubt werde. Trans* Jugendliche seien insbesondere auf Unterstützung durch Familien angewiesen. Das Stigma, nicht heterosexuell bzw. nicht cisgeschlechtlich zu sein, sei für LSBTTIQ*-Kinder und -Jugendliche oft ein von der Familie trennendes, da sie die Erfahrung mit niemandem in der Familie teilen könnten – anders als beispielsweise bei Diskriminierung wegen der Hautfarbe, Armut oder der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie.

Danach sprach **Christoph R. Alms**: Wir redeten oft über Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene. Kinder und Jugendliche sollten aber selber für sich sprechen, das habe wertvolle Empowermenteffekte. Deshalb sollten wir häufiger mit Kindern und Jugendlichen ins Gespräch kommen. Und mehr noch: Kinder und Jugendliche sollten mehr dahin kommen, über und für sich selbst sprechen zu können.

Kinder und Jugendliche, die das Wort ergriffen, stießen oft an Grenzen (wenn sie sich wehrten oder etwas forderten). Schule sei dabei immer auch ein Machtverhältnis, z.B. durch die Bi-Geschlechtlichkeit, die strukturell vorgegeben sei.

Was gelte es zu tun? Kinder und Jugendliche brauchten Informationen, wo es Unterstützung und konkrete Ansprechpersonen gibt. Die Information bringe gleichzeitig eine Sichtbarkeit von sexueller Vielfalt. Sichtbarkeit wiederum führe zu mehr Repräsentation, z. B. in den Vertretungen von Schülerinnen und Schülern.



Wichtig sei ein deutliches Signal an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene: „Das, was ihr sagt, wird gehört, wird ernst genommen und es hat eine Wirkung!“ Genauso wichtig seien Mitbestimmung und Partizipation (z. B. bei Sprache).

Dr. Ulrich Klocke stellte verschiedene wissenschaftliche Ergebnisse zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in der Schule vor. Hier wurden drei Bereiche beleuchtet. Erstens: Wie kann die Akzeptanz von LSBTTIQ* an Schulen verbessert werden? Wichtige Stichpunkte sind hier:

- Kontakt und Sichtbarkeit schaffen (möglichst unterstützt von Autoritäten), z. B. Aufklärungsprojekte einladen
- Perspektivenübernahme und Empathie ermöglichen (z. B. über biografisches Erzählen)
- Gegen Diskriminierung intervenieren (sehen – hören – helfen)
- Geschlechternormen reflektieren
- Identitätsbedrohung vermeiden (nicht andere anklagen, sondern für eigene Stereotypen sensibel sein)
- Wissen vermitteln

Zweitens stand die Frage im Mittelpunkt, wie sich Lehrkräfte gegenüber sexueller Vielfalt verhalten. Hier gebe es noch eine große Zurückhaltung von Lehrkräften, sexuelle Vielfalt in der Schule zu berücksichtigen. Auch Schülerinnen und Schüler berichteten, dass Lehrkräfte selten sexuelle Vielfalt im Unterricht thematisieren. Eine Onlinebefragung von 2015 habe allerdings ergeben, dass sich Lehrkräfte stärker für sexuelle Vielfalt engagierten, wenn sie im Bekanntenkreis LSBTTIQ*-Bekannte hätten.

Drittens wurden Widerstände gegenüber sexueller Vielfalt in der Schule thematisiert. Übliche Argumente gegen die Thematisierung von LSBTTIQ*-Lebensweisen seien:

- Die Furcht vor einer „Sexualisierung“
- Der Wunsch nach Privilegierung der traditionellen Familie
- Die These von Normalität als Auslaufmodell

Nur wenige Menschen wüssten, dass es Bildungspläne zur Berücksichtigung sexueller Vielfalt gebe. Von denjenigen, die von diesen Bildungsplänen wüssten, wüssten allerdings die meisten, dass die Akzeptanz sexueller Vielfalt deren Ziel sei.

Wie kann Widerständen gegen Berücksichtigung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in der Schule begegnet werden?

- Falschinformationen sachlich entkräften
- Elternabend für Eltern, die unsicher sind
- LSBTTIQ* können genauso asexuell dargestellt werden wie heterosexuell-cisgeschlechtliche Personen
- Überheblichkeit vermeiden und auch traditionelle Lebensweisen explizit wertschätzen
- Keine Beschränkung auf individuelle Selbstbestimmung als Ziel, sondern auch Betonung zwischenmenschlicher Verantwortung

Anschließend beschäftigten sich drei Arbeitsgruppen innerhalb des Workshops noch einmal gesondert mit Fragen zu Familie, Schule sowie außerschulischer Kinder- und Jugendarbeit. Leitfragen dabei waren:

- Welche der vorgestellten Erkenntnisse sind für meine Arbeit relevant?
- Welche drei Forderungen möchte ich der ADS mit auf den Weg geben?

Handlungsempfehlungen

Ergebnisse der Arbeitsgruppe zum Thema Familie

Wie kommt man an Familien heran? Lebenswelten wie Schule und Familie sollten nicht getrennt betrachtet werden, sondern vernetzt.

Wie kann man über die bestehenden Beratungsangebote hinaus Kinder und Jugendliche erreichen? Regelstrukturen, in denen sich Kinder und Jugendliche bewegen (Vereine, Sportgruppen, Chöre, Jugendfeuerwehren usw.), müssen stärker für LSBTTIQ*-Lebensweisen und die damit zusammenhängenden Fragen und Sorgen von Jugendlichen sensibilisiert werden. Die traditionellen Angebote und Gruppen müssen gleichzeitig nach außen signalisieren, dass sie offen sind, dass alle willkommen sind.

Man sollte mehr Plattformen und Formate für Eltern schaffen (z.B. als Angehörigenberatung) beim Coming-out des Kindes, z.B. auch auf Elternabenden.

Fachkräfte (Sorgentelefone, Ärztinnen und Ärzte o.Ä.), die nicht direkt mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, müssen ebenfalls sensibilisiert werden, das Thema mitzudenken.

Das Umfeld von Familien muss stärker sensibilisiert und Projekte im ländlichen Raum müssen gestärkt werden.

Ergebnisse der Arbeitsgruppe zum Thema Schule

Wichtig sind Aufklärungsformate, z.B. als Workshop in der Schule. Dabei bedarf es einer besseren strukturellen Unterstützung der (oft ehrenamtlichen) Projekte. Widersprüchlich ist der immer höhere professionelle Anspruch an Aufklärungsprojekte.

Grundhaltung sollte sein: nicht über, sondern mit LSBTTIQ*-Kindern und -Jugendlichen zu sprechen.

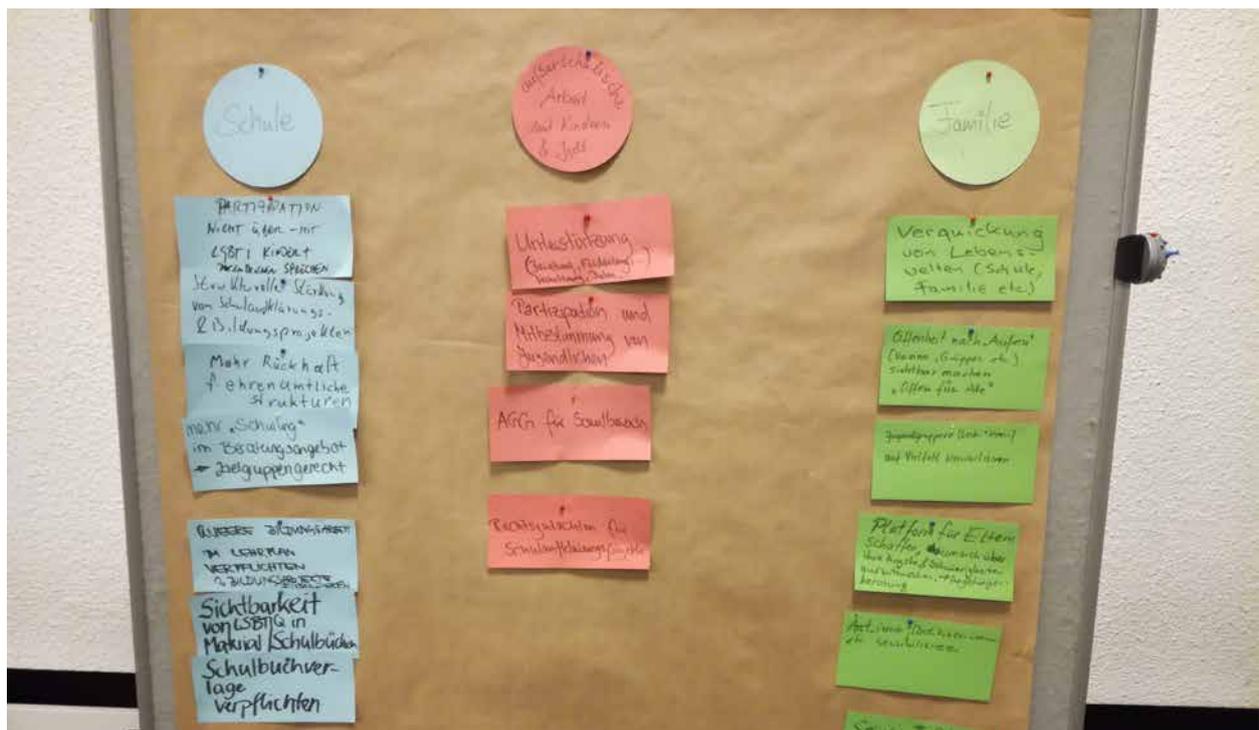
Nötig ist mehr Schwung in den Beratungsangeboten, d.h., müssen sie sollten zielgruppengerechter sein.

Queere Bildungsarbeit und sexuelle Vielfalt im Lehrplan verpflichtend implementieren sowie in Schulmaterialien sexueller Vielfalt verpflichtend zu mehr Sichtbarkeit verhelfen (hierzu mit Verlagen ins Gespräch kommen).

Anlaufstellen für Lehrkräfte und Schulen schaffen, die Infos suchen.

Sexuelle Vielfalt in der Ausbildung von Lehrkräften verankern.

Kolloquium für Lehrkräfte vielfältiger gestalten, Praxiserfahrungen schaffen.



Ergebnisse der Arbeitsgruppe zu außerschulischer Kinder- und Jugendarbeit

Von der ADS wünschen wir uns finanzielle Unterstützung (wenn auch nur punktuell), Pressesupport und Support bei der Wissensvermittlung.

Wir fordern mehr Partizipation und Mitbestimmung – auch auf Tagungen wie dieser.

Es braucht ein AGG für den Schulbereich bzw. Landesantidiskriminierungsgesetze, die auch im Bereich Schule den Diskriminierungsschutz gewährleisten.

Wünschenswert wäre es, wenn die ADS ein Rechtsgutachten beauftragen würde, inwieweit NGO-Schul-aufklärungsprojekte im Regelunterricht Projekttag bzw. Projekte durchführen dürfen.

Am Ende des Workshops wird auf den Büchertisch mit ausliegenden Bildungsmaterialien für Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt verwiesen.

Workshop 2: Pflege und altersgerechtes Wohnen

Univ.-Prof. em. Dr. Ruth Becker, Technische Universität Dortmund

Dr. Marco Pulver, Schwulenberatung Berlin

Dr. Bärbel S. Traunsteiner, Wirtschaftsuniversität Wien

Moderation: Markus Schupp, Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren

Inputs

Zu Beginn des Workshops gab **Dr. Marco Pulver** einen Einblick in die Lebenssituation von und Herausforderungen für ältere lesbische Frauen und schwule Männer. Pflege und Wohnen im Alter seien für viele LSBTTIQ*-Personen mit Sorgen und Ängsten verbunden, die auf Erfahrungen von Ausgrenzung und Diskriminierung basierten. Denn sie könnten dort auf Menschen treffen, von denen sie nicht wüssten, wie sie auf das LSBTTIQ*-Sein reagierten, ob sie dies ablehnten oder es etwa bei abweichenden Körperbildern zu Ablehnung komme. LSBTTIQ* wollten laut Studien möglichst lange in der eigenen Wohnung leben oder dort von einem Pflegedienst betreut werden. Allerdings gebe es selbst in Berlin kaum spezialisierte LSBTTIQ*-Angebote. Überraschenderweise würden sehr viele jedoch nicht in speziellen Einrichtungen leben wollen, sondern einen integrativen Ansatz bevorzugen, wenn man dort offen als LSBTTIQ* leben könne. Darauf seien jedoch kaum Einrichtungen vorbereitet, so fehle es an Informationen oder Fortbildungen für Pflegende und Mitarbeitende. In den Einrichtungen werde außerdem der Bedarf nicht gesehen. Es mangle am Verständnis für die Geschichte von LSBTTIQ* und über deren Lebenswelt und Identität sei nichts bekannt. Pulver wies auch darauf hin, dass in der Pflegeausbildung altersgerechtes Wohnen und eine biografieorientierte Betreuung für LSBTTIQ* so gut wie nicht vorkomme oder schlecht umgesetzt sei. Um diese Situation zu verbessern, habe die Schwulenberatung in Berlin vor drei Jahren ein Konzept für das Qualitätssiegel „Lebensort Vielfalt“ entwickelt. Es solle helfen, dass LSBTTIQ* sich in Alten- und Pflegeheimen gut aufgehoben fühlten, man versuche bundesweit möglichst viele Einrichtungen dafür zu interessieren. Als Vorbild diene das Modell „Rosa Schlüssel“ aus den Niederlanden.

Im zweiten Impulsvortrag berichtete **Dr. Bärbel S. Traunsteiner** über ihre Untersuchungen zur Lebenssituation älterer lesbischer Frauen ab 60 Jahren in Österreich. Ihre Studie sei zu dieser Zielgruppe die aktuellste, weil das Thema LSBTTIQ* im Alter in Österreich erst seit wenigen Jahren überhaupt thematisiert werde. Das Alter der Befragten lag zwischen 60 und 75 Jahren. Alle Beteiligten bezögen zwar eine eigene Pension, trotzdem sei nach wie vor annähernd die Hälfte der Interviewten in Teilzeit berufstätig. Letzteres habe unter anderem mit den geringen eigenen Pensionsansprüchen zu tun. Zwei Drittel der Befragten seien verheiratet gewesen, es habe aber nur ein geringer Anteil Anspruch auf eine Hinterbliebenenpension. Da die gleichgeschlechtliche Verpartnerung erst seit 2010 möglich sei, gebe es bis zu diesem Zeitpunkt keine institutionalisierte Möglichkeit der finanziellen Absicherung mittels einer institutionellen Anerkennung von Partnerschaften. Viele hätten eine große Anzahl sozialer Kontakte und seien gut eingebunden. Aber vor allem bei Singles bestehe eine Einsamkeitsgefährdung, weil sie nur schwer Kontakt zu gleichgeschlechtlich liebenden und lebenden Frauen in ihrem Alter finden könnten. Dies hänge mit der mangelnden Sichtbarkeit zusammen. Es gebe in Wien des Weiteren auch keinen institutionalisierten Raum, in dem sich gleichgeschlechtlich lebende und liebende ältere Frauen mit anderen gleichgeschlechtlich lebenden

und liebenden älteren Frauen treffen könnten. Es brauche daher in Bezug auf Sichtbarkeit den Zugang zu Räumen und Ressourcen. Die Frage der Sichtbarkeit habe auch mit der Selbstdefinition zu tun. Die Bezeichnung als Lesbe werde weitgehend als stigmatisierend empfunden und erinnert. Die Befragten hätten sich auch nur vereinzelt selbst als Lesben bezeichnet – vielmehr hätten sie es über den Lebensverlauf etabliert und kultiviert, unsichtbar zu sein als Lesben. Dies stelle im Übrigen auch eine Herausforderung für Pflegeeinrichtungen dar. Denn es sei schwierig, die eigenen Bedürfnisse zu artikulieren, wenn schon die eigene Identität kaum explizit benannt werde.

Prof. i.R. Dr. Ruth Becker wies zu Beginn ihres Vortrags darauf hin, dass sie große Probleme darin sehe, die LSBTTIQ* als eine Einheit zu betrachten, da die Vorstellungen und Interessen und auch die Probleme und Möglichkeiten der verschiedenen Gruppen sehr unterschiedlich seien. Das gelte auch (aber nicht nur) für das Wohnen und die Pflege und damit auch die Qualitätssicherung. Sie berichtete danach über gemeinschaftliche autonome Frauenwohnprojekte in Deutschland, die in und aus der Frauenbewegung entstanden seien. Zu diesen habe sie fast 30 Jahre geforscht und auch selbst lange in einem gelebt. Initiatorinnen wie Zielgruppen der ersten Projekte seien meist jüngere Feministinnen gewesen, inzwischen seien es vorwiegend ältere Frauen, die in einer Frauengemeinschaft neue Formen des Zusammenlebens entwickeln und der befürchteten Isolation im Alter entgegenwirken wollten. Teilweise seien jedoch auch alleinerziehende Frauen beteiligt.



Ihre Befragungen von 40 Bewohnerinnen in neun dieser Projekte hätten ergeben, dass in den Projekten ein selbstständiges Leben mit einem hohen Maß an gegenseitiger Unterstützung im Alltag und in Krankheits- und Notfällen ermöglicht werde, auch wenn sich die Hoffnung vieler, bis ans Lebensende im Projekt bleiben zu können, nicht immer realisieren lasse. In vielen Projekten würden zwar Überlegungen angestellt, auch dauerhafte Pflege zu ermöglichen, doch sei dies bisher (abgesehen von einem Projekt mit einer unabhängigen Pflegeeinrichtung im selben Gebäude) nicht gelungen. Immerhin böten die Projekte in vielen Fällen die Chance, den Gang in eine Einrichtung hinauszuzögern.

Die Frage der Sichtbarkeit von Lesben sei auch in den Projekten teilweise ein Thema. In den meisten Projekten lebten nicht nur Lesben, sie seien jedoch sehr häufig die aktiveren Bewohnerinnen, was teilweise bei anderen Bewohnerinnen zur Forderung führe, die lesbische Lebensweise bitte nicht in den Vordergrund zu stellen. Ursprünglich seien manche der Projekte sogar zwar von Frauen initiiert, aber als gemeinschaftliche Projekte älterer Menschen geplant gewesen. In der Praxis hätten diese aber nicht funktioniert, weil die wenigen Männer, die sich überhaupt interessiert hätten, sich keine gegenseitige Unterstützung vorgestellt, sondern erwartet hätten, im Projekt zu bekommen, was sie aus ihrer früheren Ehe gekannt hätten – die traditionelle Arbeitsteilung. Dazu seien die Frauen nicht bereit gewesen. Becker berichtete schließlich über das geplante Projekt der Lesbeninitiative RuT (Rad und Tat) in Berlin, das sich um ein Grundstück des Landes Berlin für ein Projekt mit 80 Wohnungen, zwei Pflegeeinrichtungen, Health-Care und Gesundheitsprävention und vielfältigen Angeboten, auch für die Nachbarschaft, bewerbe. Becker kritisierte die hohen Kosten, die im Rahmen der Konzeptvergabe für die Antragstellung aufgebracht werden müssten und die im Falle der Vergabe an einen „Mitbewerber“ verloren seien. Spätestens hier werde deutlich, dass es innerhalb der LSBTTIQ* Interessenkonflikte geben könne, wenn sich zum Beispiel Initiativen aus mehreren Gruppierungen für das gleiche Grundstück bewerben würden.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion ging es unter anderem um die Möglichkeiten der altersgerechten Pflege und des Wohnens für LSBTTIQ* in ländlichen Regionen, außerhalb der Großstädte. Weiterhin wurde diskutiert, wie die verschiedenen Institutionen und Einrichtungen für die Klientel LSBTTIQ* sensibilisiert werden könnten. In diesem Zusammenhang stellten mehrere Diskutierende das Problem heraus, dass sich teilweise auch die Betroffenen zu spät mit dem Thema befassten und zuvor mit Informationsangeboten nicht zu erreichen seien. Als Strategie dagegen wurde von den Diskutierenden das gezielte Ansprechen von Ämtern oder des Quartiersmanagements vorgestellt. Allgemein wurde die Pflegesituation in Deutschland wegen Unterbesetzung, Unterbezahlung und Arbeitsüberlastung als schlecht eingeschätzt. Dies erschwere die Forderung nach einer auf LSBTTIQ* spezialisierten Pflege. Ebenfalls diskutiert wurde, wie sich die Aus- und Fortbildung verändern lasse. Hier hätten sich auch nach dem neuen Pflegegesetz die Strukturen in Deutschland nicht geändert, sodass es weiterhin schwierig sei, Bund, Länder und Einrichtungen für das Thema zu interessieren.

Handlungsempfehlungen

Subjektorientierte Versorgung und Pflege im Alter:

- Pflegende in Aus- und Fortbildung für das Thema sensibilisieren
- Förderung gruppenspezifischer Wohn- und Pflegeprojekte, wo diese möglich sind
- Förderung integrativer Wohn- und Pflegeprojekte in der Altenpflege für LSBTTIQ*
- Kooperation von LSBTTIQ*-Stellen mit ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen sowie mit Anbietern und Trägern von Wohnprojekten

Spezifische und/oder integrative Treffpunkte mit Gleichgesinnten schaffen (Identität fördern, Vereinsamung entgegenwirken):

- Förderung von spezifischen offenen Seniorinnen- und Senioren-Treffpunkten für ältere LSBTTIQ* sowie die Förderung der integrativen Öffnung von Einrichtungen der Seniorinnen- und Senioren-Hilfe

Partizipation fördern:

- Erforschung sozioökonomischer Unterschiede unter den Gruppen der LSBTTIQ* sowie dieser gegenüber der Mehrheitsgesellschaft und ggf. die Förderung von Projekten, diesen entgegenzuwirken

Workshop 3: Rassismuserfahrungen von LSBTTIQ*

Tsepo Bollwinkel, Initiative Schwarze Menschen in Deutschland

Janna Gockel, Gays & Lesbians aus der Türkei

Ibrahim Mokdad, rubicon Köln

Moderation: **Saideh Saadat-Lendle**, Lesbenberatung Berlin

Inputs

Zu Beginn wurde von den Impulsgebenden darüber diskutiert, wie der Begriff der Intersektionalität zu verstehen sei. Als zentraler Aspekt von Intersektionalität wurde hervorgehoben, dass verschiedene Dimensionen, wie z.B. Geschlecht, lesbische Lebensweise und Migrantin zu sein, dauerhaft verwoben seien und eine intersektionale Identität bzw. Lebensqualität bildeten. Viele berichteten von ihren Diskriminierungserfahrungen im Alltag, zum Teil innerhalb, zum Teil außerhalb der Community. Die meisten wiesen auf die Vielschichtigkeit des Problems hin und meinten, dass es schwer sei, einen Grund zu nennen, an welchem die Diskriminierung ansetze, da die anderen immer auch präsent seien. Insgesamt fehle es in Deutschland an einer Tradition der Berücksichtigung von Intersektionalitäten. Dadurch gebe es auch zu wenig Ressourcen und Fördergelder für die Beschäftigung mit dieser Thematik für Vereine oder aber auch im Bereich Schule.



Diskussion

Die Teilnehmenden des Workshops berichteten, dass viele Räume in queeren Communities komplett weiß seien und sie in diesen nicht ausreichend repräsentiert seien. Bisher sei es nicht gelungen, die Orte für queere Black People and People of Colour (BPoCs) zu öffnen. Ziel müsse es aber sein, dass auch diese LSBTTIQ* entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil vertreten sind. Positive Maßnahmen wie eine queere Quote oder eine Quote für People of Colour könnten die Teilhabe und Repräsentation fördern. Dabei bestehe aber die Gefahr, nur als „Token“ eingestellt bzw. präsentiert zu werden. Die innere Haltung der Institution und Nachhaltigkeit müsse daher jeweils überprüft werden.

Aus Sicht der Teilnehmenden setzt sich die queere Community nicht genug mit Intersektionalität und Rassismus auseinander. Dies könne damit zu tun haben, dass Rassismus in Deutschland häufig nicht thematisiert werde und Alltagsrassismus ein durchgängiges Phänomen sei. Auch in der weiß-queeren Community gebe es Abwehrreflexe beim Thema Rassismus. Personen, die von Mehrfachdiskriminierung betroffen seien und dies thematisierten, würden häufiger weniger ernst genommen. Letztlich gehe es in der Beschäftigung mit Rassismus auch darum, Macht abzugeben, wozu aber die weiße queere Community nur schwer zu motivieren sei. Als einen ersten Schritt zur Auseinandersetzung mit Rassismus müsse sich die weiße deutsche Mehrheitsgesellschaft vergegenwärtigen, dass sie in ihrer historischen Entwicklung und Identität rassistisch geprägt sei. Dies ermögliche dann auch das Hinterfragen der Privilegien der Mehrheitsgesellschaft.



Handlungsempfehlungen

Als wichtigste Handlungsoption wurden das Empowerment von Black People and People of Colour und die Schaffung von Treffpunkten, Schutz- und Rückzugsräumen auch innerhalb der LSBTTIQ*-Szenen gewertet. Beispiele dafür seien das BARAKA in Köln oder GLADT, in denen sich die Menschen gesehen fühlen und ihre eigenen Räume schaffen können. Veranstaltungen wie das CutieBPoC-Festival seien ebenfalls für das Empowerment und die Vernetzung mit Alliierten wichtig. Solche Räume, Vereine und Veranstaltungen müssten langfristig institutionalisiert werden. Als problematisch wurde allerdings gesehen, dass es auch unter LSBTTIQ* nicht eine Community für People of Colour gibt, sondern eine Vielzahl wie die türkische, schwarze etc., sodass es auch hier an Zusammenarbeit und Vernetzung fehlt.

Darüber hinaus werden nach Meinung der Teilnehmenden Kontrollinstanzen wie Beschwerdestellen und Beratung benötigt, an die sich Betroffene von Diskriminierung niedrigschwellig und vertrauensvoll wenden können. Verursachende von Diskriminierung sollten mit Sanktionen belegt werden. Es sollte für die Betroffenen überprüfbar sein, dass die Diskriminierung zu Konsequenzen für die Verursachenden geführt hat.

Es braucht Informationen darüber, was Diskriminierung ist, damit sowohl Betroffene als auch andere diese erkennen und benennen können. Eine solche Sensibilisierung sei auch in der LSBTTIQ*-Community notwendig, da diese nicht frei von Rassismus ist. Auch Geflüchtete sollten über die LSBTTIQ*-Thematik aufgeklärt werden. Diversity-Trainings könnten im Kontext der Aufklärung ein sinnvolles Instrument sein.

Insgesamt sind nach Meinung der Teilnehmenden mehr nicht weiße Perspektiven notwendig, um einen Veränderungsprozess anzustoßen. Dabei müsse den Betroffenen Expertise zuerkannt werden. Dies könnte auch dadurch befördert werden, dass mehr Diversity-Beauftragte und Beratende im Bereich Antidiskriminierung eingesetzt würden, die selbst mehrfach betroffen sind.

Workshop 4: Lesbische Sichtbarkeit innerhalb und außerhalb der Community

Christiane Härdel, Queer Nations

Dr. Christiane Leidinger, Hochschule Düsseldorf

Moderation: Susanne Stedtfeld, Leiterin der Hessischen Antidiskriminierungsstelle

Inputs

Dr. Christiane Leidinger führte wissenschaftlich in die Thematik von (Un-)Sichtbarkeit ein. Lesbische Sichtbarkeit ist aus Sicht von Christiane Leidinger weder in der bundesdeutschen Gesamtgesellschaft noch in den Communities ausreichend hergestellt. Zum Thema Sichtbarkeit zähle für sie zentral, Lesben als soziale Gruppe sowie Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen sowie Emanzipationskämpfe und Widerstand von Lesben* sehen zu können – sowohl auf struktureller als auch auf individueller Ebene. Zugleich gehe es um die Frage, welchen politischen Einfluss, welche Teilhabe- und Veränderungsmöglichkeiten, welche Entscheidungsmacht lesbische Frauen und Trans* als unabhängige Akteurinnen* und als politische Bündnispartnerinnen* hätten. Ihre Perspektiven auf die und in der Welt müssten anerkannt und wertgeschätzt werden. Anerkennung und Wertschätzung bildeten die Grundlage für Teilhabe, sodass sie einen aktiven Part bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels mit übernehmen könnten. Ohne Sichtbarkeit sei dies nicht möglich. Fehlende Sichtbarkeit hingegen bedinge ein erhöhtes Diskriminierungsrisiko, während ein „Mehr“ an Sichtbarkeit eine höhere Einbindung in gesellschaftliche Identitätsvorgaben bedeute.



Lesbische Sichtbarkeit ist Leidinger zufolge ein vielschichtiges und bisher kaum systematisch erforschtes Thema. Sie warf daher einige grundlegende Forschungsfragen auf, mit denen sich weiter befasst werden müsse:

- Welche Auswirkung hat der implizite oder explizite Topos, Homosexualität sei „Privatsache“, der von rechtspopulistischen Positionen, insbesondere von der AfD vertreten wird, aber auch breit gesellschaftlich anschlussfähig ist?
- Inwiefern ist Unsichtbarkeit nicht nur als Faktor und als Ursache, sondern auch als Auswirkung von Diskriminierung zu verstehen?
- Wo und wie wird dieses „Unsichtbarmachen“ strategisch eingesetzt?
- Wie werden Lesben* wahr- und ernst genommen?
- Wie sichtbar sind Lesben* unter intersektionaler Perspektive?
- Welchen Einfluss haben stereotypisierende Darstellungen, die nicht zuletzt aus singulären Sichtbarkeiten einzelner lesbischer Frauen* erzeugt werden, während andere* in der Unsichtbarkeit verbleiben?

Leidinger verwies zudem auf ein Delegitimationsproblem: Sichtbarkeit und Wahrnehmung von Lesben* als „Betroffene“ schwächten deutlich die Sprechposition bei der Thematisierung von Homosexualität, konkret auch bei Interventionen gegen Diskriminierung.

Zum Abschluss ihres Inputs plädierte Leidinger dafür, bezogen auf die Frage nach Sichtbarkeit von Lesben*, neu über Sexismus zu debattieren, insbesondere auch über intersektional wirkenden Sexismus, der sich gegen lesbische Frauen und Trans* richte. Da die Diskussion um Sichtbarkeit stets im Kontext von Macht- und Herrschaftsverhältnissen stehe, sprach sie sich für entsprechende Analysen aus.

Christiane Härdel erzählte als Aktivistin und langjährige Engagierte in der Berliner Lesbenbewegung sehr persönlich ihre eigene Geschichte zunächst in der Studierendenbewegung (historisch: Studentenbewegung), später in der Frauen- und dann Lesbenbewegung der 1970er-Jahre. Nicht nur die antiautoritäre und antikapitalistische Ausrichtung, sondern auch die sexuelle Befreiung sei ein wichtiges Thema der Studierendenproteste gewesen. Schnell habe sich gezeigt, dass damit überwiegend die sexuelle Befreiung der Männer gemeint war. Auf den Erfahrungen der Studierendenbewegung habe die Frauenbewegung aufgebaut, die in der Auseinandersetzung mit patriarchalischen Strukturen mehr Sichtbarkeit für Frauen und die Berücksichtigung frauenspezifischer Themen eingefordert habe. Obwohl Lesben in vorderster Reihe aktiv gewesen seien, sei die Artikulierung lesbepolitischen Anliegen in der Frauen- und Schwulenbewegung schwierig gewesen, in Folge seien lesbische Belange weitgehend unsichtbar geblieben. Das radikale Motto „Feminismus die Theorie – Lesbisch sein die Praxis“ blieb Wunschdenken. Nach Aufführung des Rosa von Praunheim-Films „Nicht der Homosexuelle ist pervers ...“ habe sie sich mit anderen Lesben als Frauengruppe der Homosexuellen Aktion West-Berlin (HAW) angeschlossen. Gemeinsam hätten sie auch die Selbstbezeichnung als „schwul“ übernommen. Nach einigen Jahren hätten sie sich jedoch von der Männergruppe getrennt, da sie das Gefühl gehabt hätten, nun als Frauen marginalisiert zu werden. Um ihre Sichtbarkeit zu verstärken, hätten sie 1975 mit Mitstreiter*innen das Lesbische Aktionszentrum (LAZ) gegründet. Sie hätten das Pfingsttreffen für Lesben initiiert, das eine Vorläuferin des heutigen Lesbenfrühlingstreffens gewesen sei. Härdel berichtete über eine Vielzahl von Aktivitäten des LAZ, über die Strahlkraft des Zentrums bis weit in die Provinz und seine wichtige Funktion für das Coming-out vieler

Lesben und für die Gründung vieler Lesbengruppen und -projekte. 1981 sei es dann zu einer Krise gekommen, die zur Auflösung des LAZ geführt habe. Hintergrund sei die Erkenntnis gewesen, dass innerhalb der Gruppe Machtstrukturen gewirkt hätten, die die Lesben immer bekämpft hatten: Der „Terror strukturloser Gruppen“ habe um sich gegriffen. Für Händel habe dies den Rückzug aus der Lesbenbewegung bedeutet.

Die Kontakte zu den Aktivistinnen von damals wurden seien anlässlich einer spektakulären Lesbenfete, des sogenannten „Fossilienfests“ wiederbelebt worden. Die Chance eines neuen Engagements für lesbische Sichtbarkeit hätten ihr das Ehrenamt im Schwulen Museum sowie die Initiative Queer Nations gegeben, die queere Wissenslandschaften und gesellschaftliche Debatten fördern möchte.

Für lesbische Sichtbarkeit und gemeinsames Engagement ist es aus Sicht Händels besonders wichtig, den Bogen zwischen jungen und älteren Lesben zu schlagen und Erfahrungen und Erkenntnisse zu kommunizieren und auszutauschen. Dies geht aus ihrer Sicht durch eine verallgemeinernde Identitätspolitik („queer“) zu sehr verloren. Es drohe Beliebigkeit, wenn lesbische und feministische Belange nicht auch in der queeren Community als frauenspezifisch artikuliert würden. Sie plädierte für ein gemeinsames Vorgehen beim Anliegen, lesbische Sichtbarkeit zu erhöhen.

Diskussion



Warum wird eigentlich von Unsichtbarkeit ausgegangen? Trauen sich Lesben* einfach nicht? Dies ist eine bekannte gesellschaftliche Grundhaltung zu der Thematik. Von den Anwesenden wurde bemerkt, dass es nicht nur, aber auch die vielen, kleinen und einfachen Dinge sind, die letztendlich eine Unsichtbarkeit in der Alltagswelt bewirken.

Alle Teilnehmenden waren sich darin einig, dass mehr lesbische Sichtbarkeit notwendig ist – und zwar sowohl in der Gesellschaft als auch in den Communities. Dabei wurde unterschieden, ob „lesbisch“ nur als sexuelle Orientierung oder Identität repräsentiert wird oder darüber hinausgehend als Lebensweise(n) verstanden wird.

Für eine Strategie der Sichtbarmachung sei eine gewisse Abgrenzung notwendig. Das berge eine Gefahr: Der Vorwurf des Auseinanderdividierens könne entstehen. Welche Sichtbarkeit von wem solle erzeugt werden? Gleichzeitig wurde festgestellt: Es gibt wenig Darstellung und kaum Abbildung lesbischen Lebens* beispielsweise in den Medien. Jenseits dieses medialen „Vorkommens“ wäre es wichtig, wenn Journalistinnen und Journalisten für die mediale Repräsentation das Denken aus lesbischen und intersektionalen Perspektiven lernen würden (z. B. was ein politisches Vorhaben für Lesben* bedeutet, etwa für die queer-feministische Handwerkerin oder lesbische Verkäuferin).

Für eine Sichtbarmachung brauche es viel Resilienz (lesbische Frauen* müssen viel aushalten) und Penetranz sei notwendig, um die Sichtbarkeit auch durchzusetzen. Dabei sollten Perspektiven auf Trans*feindlichkeit, Heteronormativität und Rassismus nicht in Konkurrenz zu lesbischer Sichtbarkeit diskutiert werden.

Kontrovers: Der Begriff „Lesbe“ passe aus Sicht einiger Teilnehmender nicht mehr, „Frauen*“ und/oder „queer-feministisch“ biete eine bessere Repräsentanz. Von den Teilnehmenden wurde eine Konkurrenz der Begriffe „queer“ und „lesbisch“ sowie „Lesbe“ diskutiert. „Queer“ dürfe nicht als „beliebig“ abgetan werden. Andererseits berge der Begriff „queer“ die Gefahr, lesbische Sichtbarkeit zu verdecken, da sich durch Begriffe auch Identitätszuschreibungen verändern können. So beanspruchten andere Teilnehmende den Begriff der lesbischen Frau und wieder andere „Lesbe“ als politische Kategorie (mit oder ohne queer-feministisches Selbstverständnis) für sich, um damit auch einen politischen Anspruch der Sichtbarkeit starkzumachen. Die Teilnehmenden tauschten sich – nicht zuletzt entlang der Frage nach etwaigen Generationenunterschieden – darüber aus, wie sich verschiedene Identitätsbegriffe und Selbstverständniskonzepte bei der Formierung politischer Bündnisse mitdenken lassen und setzten sich damit auseinander, inwiefern sich queer-feministische und lesbisch-feministische Perspektiven tatsächlich grundsätzlich ausschließen.

Erklärung der Unsichtbarkeit mit dem gesellschaftlichen Bild männlicher Sexualität: Diese werde als wichtiger und in der Öffentlichkeit auch bedrohlicher empfunden (siehe ehemaliger § 175 StGB), weibliche Sexualität werde dagegen nicht ernst genommen.

Handlungsempfehlungen

Auf gesellschaftlicher Ebene: Veranstaltungen/Partys wie „DykeOut“ bundesweit machen. Mehr „Glitzer und Glamour“ statt wissenschaftlicher Debatten und des Bittens um Verständnis. Das Thema positiv aufladen – z. B. durch mehr Engagement bei CSDs. Lesbische Sichtbarkeit als Lebensweise und nicht nur als sexuelle Orientierung vermitteln.

Die Sichtbarkeitsdebatte als Generationenfrage führen: Nach gemeinsamen Themen suchen und gemeinsame Ziele verfolgen; in politischen Bündnissen denken und politische Bündnisse schließen, statt individuelle Identitäten und politische Selbstverständnisse einander gegenüberzustellen (z. B. Queer-Feministinnen vs. Lesbische, frauenliebende Frauen oder Lesben): Solidaritätspolitik statt Identitätspolitik. Vielfalt der Selbstdefinitionen anerkennen und für die Erhöhung von Sichtbarkeit nutzen.

Einen Fachtag nur zu lesbischer Sichtbarkeit veranstalten.

Frauenorganisationen für Themen der „lesbischen Sichtbarkeit“ sensibilisieren.

Auf Unternehmensebene: „Resilienz und Penetranz“ – so werden z.B. Firmennetzwerke meistens von Schwulen gegründet, Veranstaltungen sind entsprechend besetzt. Diskriminierung auf Arbeitsebene wird in erster Linie als Frau und nicht als Lesbe erfahren. Damit zeigt sich weibliche Unsichtbarkeit in Unternehmen und setzt sich als lesbische Unsichtbarkeit selbst in LSBTTIQ*-Unternehmensnetzwerken fort. Gerade in der Industrie zeigt sich immer noch: Wer Interesse an einer Karriere hat oder in einem männerdominierten Feld arbeitet, outet sich nicht. Wege finden, um gezielt Unternehmen anzusprechen.

Lesbische Frauen* sollten dazu ermutigt werden, Machtstrukturen anders zu nutzen und über Selbstrepräsentation in entscheidenden Positionen ein positiv aufgeladenes Bild zu erzeugen. Gleichzeitig muss deutlich werden, dass die Verantwortung für Sichtbarkeit nicht das einzelne Individuum trägt, sondern dass es sich um eine gesellschaftliche Verantwortung bzw. eine der Communities handelt.

Empowerment-Angebote für Lesben schaffen.



Auf politischer Ebene: Politische Entscheidungen strukturell betrachten und den Blick auf lesbische Frauen und Queer-Feministinnen lenken, z.B.: Was bedeutet die Rentenreform für lesbische und queere Frauen* vor dem Hintergrund ihres Berufswahlverhaltens, ökonomischer Unabhängigkeit, eines fehlenden „Versorgers“ oder einer Ehe mit einem Mann, die (zum Schein) der Erfüllung der gesellschaftlichen Konventionen diene, usw. ?

Die Bildungspläne anpassen, sodass explizit auch lesbische Mädchen angesprochen werden und ihnen die Angst davor genommen wird, „nicht normal“ zu sein. Mädchen verspüren nicht selten einen höheren Konventionsdruck. Aber auch allgemein: In Schulen und Schulbüchern wird Vielfalt nicht genug abgebildet: Kinder haben ein Recht darauf, die Welt kennenzulernen, in der sie leben. Vielfalt muss auch in die Erwachsenenbildung als Thema eingehen.

Konsequente Relevanzprüfung in Gesetzgebungsverfahren: Auswirkungen auf unterschiedliche soziale Gruppen prüfen, auch auf lesbische Frauen*.

Angemessene und regelfinanzierte Personal- und Sachmittelausstattung von Projekten, damit diese auch gute Öffentlichkeitsarbeit machen können, die sich nicht ‚nur‘ an Communities, sondern auch an die allgemeine Öffentlichkeit richten. Groß angelegte Kampagnen zu lesbischer Sichtbarkeit wären wünschenswert. Aufbau einer Infrastruktur in ländlichen Räumen jenseits der Großstädte.

Veröffentlichungen der Bundesregierung wie den Alten- oder Gesundheitsbericht sowie Berichte an UN-Gremien sollten Homosexualität und insbesondere auch die Lebenssituation lesbischer Frauen als Thema miteinbeziehen. Insbesondere der Pflege- und Gesundheitsbereich ist unzureichend auf Vielfalt vorbereitet. Hier gelingt nur mühsam die Einbindung der Kategorie Geschlecht in ihrer klassischen Variante (binär: männlich – weiblich). Beispiel: Was ist bekannt über die Lebenssituationen von lesbischen Frauen* im Rentenalter?

Auf wissenschaftlicher Ebene: Qualitative und quantitative Forschung zu Sichtbarkeit und Lebenszusammenhängen von Lesben* in Gesellschaft und Communities. Die Datengrundlage verbessern und Erkenntnisse entsprechend verbreiten. Daten sind wichtige Tools (Werkzeuge) für die Argumentation.

Workshop 5: LSBTIQ* mit Behinderungen

Heike Gronski, Deutsche AIDS-Hilfe

Martin Vahemäe-Zierold

Moderation: **Hans Hengelein**, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Inputs

Der Vortrag „Praxis Vielfalt“ von **Heike Gronski** war der Einstieg in den Workshop. Sie berichtete von dem Projekt „Praxis Vielfalt“, mit dem die Deutsche AIDS-Hilfe mit Unterstützung weiterer Verbände und niedergelassener Ärztinnen und Ärzte ein Gütesiegel für Arztpraxen aller Fachrichtungen etablieren will. Hintergrund des Projekts sei, dass HIV-positive Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen aus der LSBTTIQ*-Community immer wieder Diskriminierungen bei Ärztinnen und Ärzten ausgesetzt sind. Das Gütesiegel soll dem entgegenwirken.



Arztpraxen verpflichten sich dazu, folgende vier Kriterien einzuhalten:

- Wir beziehen die Lebenswelten von Menschen mit HIV und LSBTIQ*-Personen vielfältiger kultureller und sprachlicher Hintergründe in unsere Arbeit ein.
- Wir gehen korrekt und sensibel mit Diagnosen und persönlichen Daten um.

- Wir sorgen dafür, dass unsere Patientinnen und Patienten alle für sie wichtigen Themen auf Augenhöhe ansprechen können.
- Wir ergänzen unser Wissen und verweisen auf spezielle Angebote für Menschen mit HIV und LSBTTIQ*-Personen vielfältiger kultureller und sprachlicher Hintergründe.

An dem Projekt sollen bis April 2018 in einem Pretest drei bis fünf Arztpraxen teilnehmen. Ziel ist es, bis zum Ende des Jahres 2018 mindestens zehn Praxen bundesweit zertifizieren zu können. Das Interesse an diesem Projekt war groß. In der anschließenden Diskussion kam deutlich der Wunsch zum Ausdruck, dass das Gütesiegel auf alle Diskriminierungsmerkmale des AGG erweitert werden sollte. Die Deutsche AIDS-Hilfe lehnt dies auch grundsätzlich nicht ab. Um das Projekt zeitnah für die Arztpraxen umzusetzen, bleibt es vorerst auf die oben benannten Aspekte beschränkt. Zum Schulungsverfahren erläuterte Gronski noch, dass die Deutsche AIDS-Hilfe sowohl mit E-Learning-Angeboten, beispielsweise bei der Faktenvermittlung, als auch mit Face-to-face-Angeboten, wenn zum Beispiel Handlungsfragen diskutiert würden, arbeiten wolle. Die Hoffnung sei, damit die Attraktivität für Praxen zu steigern. Die abschließende Frage befasste sich mit dem Thema, inwieweit sich dieses Konzept auch auf Krankenhäuser übertragen lasse. Für ein ganzes Krankenhaus sei die Einführung dieses Konzepts aufgrund der vielen Abteilungen fraglich. Deshalb werde im Pretest zunächst eine Fachabteilung einbezogen, um so eine Einführung für die anderen Fachabteilungen zu ermöglichen.

Der zweite Input kam von **Martin Vahemäe-Zierold**. Er sieht sich selbst als „Weltenpendler“, der immer wieder zwischen der schwulen und der tauben Community hin und her pendelt. Je nach Kontext fühle er sich in der einen oder anderen Community gerade wohler oder eben unwohl. Besonders wichtig war es ihm, die Teilnehmenden für folgende Aspekte zu sensibilisieren: Die Gebärdensprache hat für ihn den gleichen Stellenwert wie eine Lautsprache für Hörende. Taube Menschen seien nicht dumm oder kaputt, sie müssten nicht, beispielsweise durch Hörimplantate, „repariert“ werden.



Vahemäe-Zierold setzte sich dafür ein, dass die Gebärdensprache als Wahlpflichtfach in Schulen angeboten wird. Darüber hinaus sollten Menschen, die Gebärdensprache sprechen, als sprachliche Minderheit in Deutschland anerkannt werden.

Diskussion

Abschließend entstand eine kurze, konstruktive Diskussion über die Barrierefreiheit in Deutschland im Kontext der Lebenswelt tauber Menschen. Thematisiert wurden dabei zwei Aspekte. Erstens: Barrierefreiheit ist mehr, als die Stufe am Eingang eines Gebäudes mit einer Rampe zu überbrücken. Dazu gehört es beispielsweise auch, tauben Menschen Nachrichten und andere Fernsehprogramme mithilfe von Gebärdensprachmittler_innen zugänglich zu machen. Zweitens wurde die Frage erörtert, wo Deutschland im internationalen Vergleich steht. Beispielsweise sind Gebärdensprachmittler_innen im US-Fernsehen deutlich häufiger vertreten als hier.

Handlungsempfehlungen

- Behinderte Menschen sollen handelnde Subjekte und nicht Objekt der Diskussion sein
- Bekanntheitsgrad des Gütesiegels erhöhen, um mehr Arztpraxen für eine Teilnahme zu gewinnen
- Anerkennung der Gebärdensprechenden als sprachliche Minderheit
- Gebärdensprache als Wahlpflichtfach in der Schule
- Abbau von bürokratischen Hürden für die Anträge von Fördermitteln, beispielsweise für Gebärdensprachmittlerinnen und -mittler
- Entscheidungsträgerinnen und -träger anderer zuständiger Ministerien sollten auf Veranstaltungen wie dieser vertreten sein, um die Forderungen der LSBTTIQ*-Community an ihre Häuser zeitnah umzusetzen

Workshop 6: Diskriminierungserfahrungen von Trans* und transsexuellen Menschen in der Community

Dr. Pum Kommattam, Lesbenberatung Berlin

Dr. Kim Scheunemann, Gender- und Queer Studies

Moderation: Frank Krüger, Bundesverband Trans*

Inputs

Im ersten Impulsreferat ging **Dr. Pum Kommattam** auf Lebensrealitäten von Trans* Personen innerhalb und außerhalb der Community ein. Das Referat begann mit einer Auflistung von falschen Annahmen über Trans* Personen, angefangen mit einer binären Vorstellung von Geschlecht bis hin zu inkorrektur Rhetorik: „A ist ein Mann, will aber eine Frau sein.“ Dies reproduziere essenzialistische Vorstellungen von Geschlecht und spreche der Person ab, ihr Geschlecht selbst besser zu wissen als andere Personen. Essenzialistische Annahmen sind hier, dass fremdbestimmt werden könne, was eine Peron „eigentlich“ sei, und hiervon soll sich distanziert werden, denn „biologische“ Geschlechter werden aufgrund eines kurzen Blicks in den Genitalbereich einer Person, direkt nach der Geburt, bestimmt. Die meisten Menschen hätten außerdem ab dem vierten Lebensjahr eine feste Geschlechtsidentität. Im Englischen hingegen gebe es Begriffe wie „assigned male/female at birth“ (AMAB/AFAB), welche klarstellen sollen, dass das Geschlecht bei der Geburt eben häufig zu Unrecht zugewiesen wird. Außerdem seien Trans* Personen sowie transsexuelle Menschen überproportional häufig von sozialer Isolation betroffen, welche zum Tod durch Mord, Suizid oder als Folge von Gewalterfahrungen oder verwehrter medizinischer Versorgung führen könne. Hierbei stellte er klar, dass ein Coming-out sowie eine Transition häufig die einzige Alternative zum Suizid darstellen. Auch erlebten sie häufig eine Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, welche in Arbeitslosigkeit resultiere.

Die einzige Erwartung, die beim Coming-out oder einer Transition an Cis-Personen innerhalb und außerhalb der Community gestellt würde, sei ein Respektieren der Geschlechtsidentität einer Person und adäquates Verwenden der korrekten Pronomen auf Basis der Geschlechtsidentität einer Person.



Dr. Kim Scheunemann ging im Impulsreferat mehr auf die Diskriminierung innerhalb der Community ein und widmete sich exemplarisch dem Beispiel Einlasspolitik für Partys und Veranstaltungen für LSBTTIQ*-Personen. Problematisch sei, dass die Einlasspolitik häufig den Veranstaltenden selbst unklar sei und somit für viele Menschen jenseits und zwischen der binären Geschlechternorm unsicher sei, ob sie ohne Probleme eine LSBTTIQ*-Veranstaltung besuchen könnten. Problematisch werde es oft am Einlass, wo Personen abgelehnt würden. Menschen würden häufig nicht dem selbst definierten Geschlecht entsprechend gelesen, weshalb ihnen mitunter der Zutritt zu Veranstaltungen verwehrt werde. Zum Beispiel würden Trans*Männer als Frauen verstanden und daher nicht zur „schwulen“ Party zugelassen. Dann wurde erklärt, dass Begehren und Geschlecht nicht zwangsläufig in einem kausalen Zusammenhang stehen. Exemplarisch wurde auf das Beispiel von Girlfags und Gudykes eingegangen. Girlfags oder auch schwule Frauen* fühlen sich zu schwulen Männern hingezogen; Gudykes oder auch lesbische Männer* fühlen sich zu lesbischen Frauen hingezogen. Hierbei stellte Scheunemann klar, dass die geschlechtliche Selbstverortung der Girlfags und Gudykes nicht immer klar definiert sein müsse und der Übergang zur Trans*-selbstverortung fließend sein könne. Hierbei wurde deutlich, dass Außenstehende selten entscheiden können, wer in Schemata der Partys passt und wer nicht. Daher solle die Türpolitik reflektierter geplant werden und potenziellen Partygästen Selbstbestimmung zugestanden werden. Es komme immer zu Diskriminierungserfahrungen, wenn andere Personen sich anmaßen, besser einschätzen zu können, welches Geschlecht oder Begehren eine Person hat.

Diskussion

Nach den beiden Impulsreferaten meldete sich eine Person aus dem Publikum zu Wort und hinterfragte Begrifflichkeiten wie „Trans-Mann“. Dies impliziere, dass Trans-Männer keine „normalen“ Männer seien. Daraufhin erwiderte Scheunemann, dass genauso auch von „Cis-Männern“ gesprochen werden könne, um diese Distinktion klarzumachen, ohne das „Normale“ zu reproduzieren. Eine weitere teilnehmende Person argumentierte, dass die Benennung von Unterschieden diskursstiftend sei. Hierbei wurde klar, dass die Community sehr divers ist und es allerlei Präferenzen bezüglich Selbst- und Fremdbenennung gibt. Dann ging Scheunemann erneut auf die Ausschlüsse auf Partys ein, da eine Person aus dem Publikum sich wunderte, ob Partygäste nicht rausgeworfen werden dürften, zum Beispiel in Fällen von Fehlverhalten. Scheunemann stellte klar, dass Fehlverhalten (beispielsweise in Form von Übergriffen) nicht toleriert werden sollte, dennoch trotzdem das Geschlecht nicht an der Tür von Außenstehenden zugeschrieben werden dürfe. Insbesondere sollten Veranstaltende sich vorher überlegen, ob eine korrekte Türpolitik möglich sei, wenn die Veranstaltung mit freiem Eintritt für Frauen/Drag Queens/Trans* Personen etc. werbe, da hier eine Fremdzuschreibung vorausgesetzt sei. Wichtig sei und bleibe, den Menschen ihre Selbstbestimmung zuzugestehen und sie ihr Geschlecht selbst definieren zu lassen. Eine Person wies darauf hin, dass diese Probleme auch an anderen Orten existieren, und hinterfragte hierbei, wie Ressourcen zur Aufklärung und Beratung verteilt würden. Eine weitere Person antwortete und zeigte, wie wichtig Kommunikation ist, da diese Kooperationen schaffen könne und dadurch Unterstützung gewonnen werden könne. Es sei wichtig, Beratungsstellen zu sensibilisieren und zu spezialisieren, da häufig nur Homosexualität berücksichtigt würde und LSBTTIQ*-Beratungsstellen nur mangelhafte Kenntnisse über Trans* Themen aufwiesen.



Handlungsempfehlungen

- Mehr Ressourcen für auf Trans* Themen spezialisierte Beratungsstellen
- Mehr Ressourcen für Sensibilisierungstrainings zu Trans* Themen bei merkmalsübergreifenden Beratungsstellen
- Mehr Beratungsstellen auch im ländlichen Bereich, die für Trans* Themen angemessen spezialisiert sein sollten

Workshop 7: Diskriminierungserfahrungen von Inter* im Zusammenhang mit der sexuellen Identität

Şefik_a Gümüş, rubicon Köln

Manuela Tillmanns, RosaLinde Leipzig

Lucie Veith, Intersexuelle Menschen e. V.

Moderation: Ev Blaine Matthigack, QUEER LEBEN



Inputs

Manuela Tillmanns sprach über Grundlagen zu Diskriminierung von Inter*. Prämisse: Sichtbarmachung von Diskriminierungserfahrungen von Inter* im Zusammenhang mit der sexuellen Identität sei notwendig. Dabei müssten insbesondere die gewaltvollen medizinischen Behandlungen, die Inter* oftmals im frühen Kindesalter erfahren, beachtet werden, da diese fundamentalen Einfluss auf die Entwicklung der Sexualität und damit der sexuellen Identität von Inter* hätten. Inter* seien insbesondere mit Diskriminierungen auf drei Ebenen konfrontiert:

- **Gesellschaft:** Durch die vorherrschende zweigeschlechtliche Ordnung und Heteronormativität begegneten Inter* im sozialen Umfeld oftmals Verunsicherung und Ablehnung. Im medizinischen Umfeld seien Inter* mit medizinischen Anpassungen mit dieser zweigeschlechtlichen Ordnung konfrontiert.

- **Medizin:** Medizinische Perspektive auf Inter* häufig im Fokus der Debatten, der Mensch werde wenig gesehen. Dabei werde der Inter*-Körper durch die medizinische Perspektive problematisiert.
- **Politik:** Rechtliche Absicherung/Anerkennung sei nicht ausreichend, wenn sich das gesellschaftliche Klima nicht ändert.

Lösungsorientierte Forderungen: Diskriminierungserfahrungen könnten u.a. nur durch mehr gesellschaftliche Teilhabe, Selbstbestimmung/Empowerment, Sicherheit/Wertschätzung/Mitgefühl/Solidarität, Standards of Care, Enttabuisierung/Entstigmatisierung/Entmedikalisierung und eine progressive Menschenrechtspolitik abgebaut werden.

Lucie Veith lud zum Einnehmen einer internormativen Perspektive ein. Prämisse: Heteronormative und zweigeschlechtliche Vorstellungen schlossen Personen aus, die diesen Vorstellungen nicht entsprechen, bzw. sie nicht erfüllen. Medizinische Angleichungen der Körper von Inter* erfolgten mit dem Ziel, die körperlichen Voraussetzungen zu erfüllen, die heterosexuellen Normvorstellungen von Sexualität entsprechen. Damit würden die Interessen/das Begehren/das Lieben der betroffenen Inter*Personen nicht berücksichtigt. Darüber hinaus führten medizinische Angleichungen oftmals zu Unfruchtbarkeit, wodurch betroffenen Inter*Personen das Recht zur selbst gewählten Entscheidung über die eigene Reproduktion genommen werde.

Eine exemplarische Situation sei, dass Inter*, die dem weiblichen Geschlecht zugeordnet würden und eine weibliche Person beehrten, Diskriminierungen anhand des vermeintlichen Lesbischseins erlebten.

Plädoyer: Vielfalt der Geschlechter müsse sichtbar werden, nur so könne Diskriminierung aufgelöst werden. Dabei müsse neben der Vielfalt der Körper und Geschlechter auch die Vielfalt des Begehrens und Liebens dieser vielfältigen Körper sichtbar werden. Wenn die Vielfalt der Geschlechter anerkannt würde, wären Label der sexuellen Orientierung nicht mehr notwendig. Die Anerkennung der biologischen Geschlechtervielfalt biete eine ungeahnte Öffnung und den Wandel von Geschlechterstereotypen.

Şefik_a Gümüş erläuterte, warum es wichtig ist, über hetero- und cisnormatives Sprechen/Denken/Fühlen zu sprechen, wenn man Inter* schützen wolle. Heteronormative und cisnormative Annahmen und Denkweisen, die zu alltäglichen Mikroaggressionen gegenüber Inter* führen könnten, seien:

- Heterosexualität als Norm und Homosexualität als Abweichung
- Alle Menschen sind entweder Frauen oder Männer
- Es gibt richtige und falsche Frauen und Männer
- Alle Menschen sind Cisgender



Welche Schritte sind nötig, um Inter*Personen zu ermöglichen, sie selbst zu sein?

- Wirkungen von Hetero- und Cisnormativität sichtbar machen
- Allianzen und Kooperationen schließen
- Lehrkräfte und andere Pädagoginnen und Pädagogen fortbilden
- Intergeschlechtlichkeit mit all ihren Facetten als Querschnittsthema in Lehrplänen verankern
- Gesamtgesellschaftlich mehr Sensibilisierung und weniger Fremdbestimmung
- Machtverhältnisse hinterfragen

Diskussion

Austausch über die Begrifflichkeit „xy-Frauen“:

- Ebene der Chromosomen nur eine Ebene, auch auf anderen Ebenen kann es zu Vielfalt kommen. Status der Chromosomen spielt sonst nie eine Rolle, nur bei Inter* (teilweise auch Trans*) wird der Fokus darauf gelegt. Das Geschlecht ist stets im Wandel; das, was bei Geburt oder Inter*Diagnose festgestellt wird, ist eine Momentaufnahme und entwickelt sich im Lebensverlauf weiter. Niemand hat über den Lebensverlauf hinweg z. B. den gleichen Hormonstatus oder die gleichen Geschlechtsorgane, auch diese sind stets im Wandel.
- Wie kommuniziert man Inter*geschlechtlichkeit an die Umwelt (z. B. soziales Umfeld)? Eltern brauchen noch mehr Unterstützung.

- Notwendigkeit des Aufbrechens der XY/XX-Dichotomie
- Warum ist es so schwer anzuerkennen, wie ein Mensch angesprochen werden will, auch wenn das dem eigenen Geschlechterbild widerspricht? Was wird als Wahrheit angesehen?

Austausch über den Workshop-Titel:

- Viele Teilnehmende sind über den Titel des Workshops gestolpert.
- Sexuelle Identität wenig Thema bei Diskurs über Inter*: Fokus liegt stets auf geschlechtlicher Identität. Wenig Platz in Gesellschaft, da Fokus auf Körperlichkeit. Aber: Inter* haben auch eine sexuelle Identität.
- Schwachstelle von Forschung zu Inter*: Sexuelle Identität wenig im Fokus, da Sexualität von Inter* ausgeklammert wird.

Austausch über Begrifflichkeiten „sexuelle Identität“ und „sexuelle Orientierung“:

- Abgrenzung der Begrifflichkeiten oftmals nicht eindeutig, Gleichsetzung der Begrifflichkeiten wenig hilfreich
- Wer meint was mit welcher Definition?
- Gleichsetzung der Begriffe führt zu Verwirrung.
- Klar umrissene Konzepte (insb. für die Bildungsarbeit) notwendig
- Austausch darüber, wie Inter*Beratung ihre Zielgruppe erreichen kann:
Wie erreicht man Menschen, die eine medizinische Diagnose erhalten und nicht wissen, dass damit Inter* gemeint ist? Lösungsmöglichkeit: Egal, welche Begriffe in Suchmaschinen eingegeben werden, alle müssen zu Beratungsangeboten führen, auch wenn die Begriffe „überholt“ sind.

Kritik: Inter* relevante Diskurse und Fragestellungen werden oft nur unter „Sonstiges“ geführt:

- Was braucht es, um eine sexuelle Identität zu entwickeln?
- Notwendigkeit der Sichtbarmachung von Gewalt an Inter*
- Sichtbarmachung, dass Inter* keine homogene Gruppe sind.

Handlungsempfehlungen

Lucie Veith: Anerkennung vieler Körper, Identitäten und Lebensentwürfe zeigt das Wunderbare der Schöpfung. Wir sind Teil dieser Schöpfung als Menschen mit gleichen Rechten.

Manuela Tillmanns: Eine kritische Selbstreflexion der eigenen Ismen und Übernahme von Verantwortung ist notwendig: Etwas Falsches zu sagen passiert! Entschuldige dich und mach es beim nächsten Mal besser.

Şefik_a Gümüş: Machtverhältnisse müssen gemeinsam sichtbar gemacht und hinterfragt werden.

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes; sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeberin:

Antidiskriminierungsstelle des Bundes
11018 Berlin
www.antidiskriminierungsstelle.de

Kontakt:

Beratung
Hotline: +49 (0) 30 18555-1865
(Mo. bis Fr., 9–12 Uhr und 13–15 Uhr)

E-Mail: beratung@ads.bund.de

Fax: +49 (0) 30 18555-41865

Besuchszeiten nach Vereinbarung

Zentrale:

Tel.: +49 (0) 30 18555-1855

E-Mail: poststelle@ads.bund.de

Gestaltung: www.avitamin.de

Stand: Dezember 2017

ANHANG

Im Folgenden finden Sie Beiträge von einigen der aktiv Teilnehmenden an der Fachtagung. Die Skripte geben sämtlich die Auffassungen der Verfasser_innen wieder. Die Inhalte entsprechen nicht zwingend den Ansichten der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Die Liste der eingegangenen Beiträge ist nicht vollständig, weil nicht alle Impulsgeber_innen ihre Skripte eingereicht haben.

Darüber hinaus finden Sie hier einige Quellenangaben zu Publikationen von Personen, die einen Impulsvortrag für einen Workshop gehalten haben.

- Eröffnungsrede von **Christine Lüders**, Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (S. 50)
- Redemanuskript Keynote von **Helen Kennedy** (S.53)

Workshop 1: Coming-out in Familie und Schule

- **Dr. Ulrich Klocke**, Humboldt-Universität zu Berlin (S.63)
- **Dr. Claudia Krell**, Deutsches Jugendinstitut (S. 76)

Workshop 2: Pflege und altersgerechtes Wohnen

Quellen:

Ruth Becker, Eveline Linke (2015): Mehr als schöner wohnen. Frauenwohnprojekte zwischen Euphorie und Ernüchterung. Ulrike Helmer Verlag.

Ruth Becker (2009): Frauenwohnprojekte – keine Utopie. Ein Leitfaden zur Entwicklung autonomer Frauen(wohn)räume mit einer Dokumentation realisierter Projekte in Deutschland. Studien Netzwerk Frauenforschung NRW Nr. 3:

www.frauenwohnprojekte.de

Bärbel S. Traunsteiner (im Erscheinen): Gleichgeschlechtlich liebende Frauen im Alter. Intersektionalität, Lebenslagen und Antidiskriminierungsempfehlungen. Springer VS: Wiesbaden.

Workshop 4: Lesbische Sichtbarkeit innerhalb und außerhalb der Community

- **Christiane Härdel**, Initiative Queer Nations IQN (S. 87)
- **Dr. Christiane Leidinger**, Hochschule Düsseldorf (S. 94)

Workshop 5: LSBTTIQ* mit Behinderungen

- **Martin Vahemäe-Zierold** (S. 104)

Workshop 6: Diskriminierungserfahrungen von Trans* und transsexuellen Menschen in der Community

- **Dr. Kim Scheunemann**, Gender- und Queer Studies (S. 107)

Workshop 7: Diskriminierungserfahrungen von Inter* im Zusammenhang mit der sexuellen Identität

- **Şefik_a Gümüş**, rubicon Köln (S. 111)
- **Manuela Tillmanns**, RosaLinde Leipzig (S. 114)
- **Manuela Tillmanns**, RosaLinde Leipzig (S. 117)
- **Lucie Veith**, Intersexuelle Menschen e. V. (S. 123)

Grußwort von Christine Lüders, Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Liebe Helen Kennedy,

sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrte Anwesende!

Als wir uns vor etwa einem Jahr in der Antidiskriminierungsstelle des Bundes überlegt haben, welche Akzente wir in diesem Jahr setzen wollen zum Thema Gleichstellung von Lesben, Schwulen und Bisexuellen – und natürlich auch von Trans und Inter, hier aber hatten wir ja schon 2015 ein eigenen Schwerpunkt im Themenjahr „Geschlecht“, manche von Ihnen waren bei der Fachtagung dabei – zu Beginn unserer Planungen also hatten wir eine Ausgangslage, die uns wenig Mut gemacht hat.

Bei der Frage der Entschädigung der Opfer des Unrechts-Paragrafen 175 gab es nach dem wegweisenden Burgi-Gutachten der Antidiskriminierungsstelle zwar Bewegung, aber auch viele Widerstände. Das Gesetz kam und kam nicht voran.

Viele äußerten die Sorge, die Bundesregierung verspiele hier wieder einmal die historische Chance, die Betroffenen endlich zu entschädigen und die Urteile für null und nichtig zu erklären.

Und bei der Ehe für alle? Da glaubten selbst die größten Optimisten nicht mehr daran, dass es hier rasch zu einer – ja doch eigentlich so einfachen – Lösung kommen würde.

Und doch haben wir unser Themenjahr ganz bewusst „Gleiches Recht für jede Liebe“ genannt und im Januar ausgerufen. Wir wollten und wollen klar machen: Gleiche Rechte sind kein Gnadentat. Gleiche Rechte sind keine Spezial-Rechte für Minderheiten. Nein: Gleiche Rechte sind ein elementarer Bestandteil der Demokratie, die allen Menschen zugutekommen.

Und das sieht übrigens auch die Bevölkerung so. Anfang des Jahres veröffentlichten wir dazu eine wegweisende Umfrage. Seit letzter Woche ist übrigens auch die zugehörige wissenschaftliche Einordnung von Frau Prof. Küpper erschienen. Mehr als 80 Prozent der Befragten befürworteten in der Umfrage die „Ehe für alle“, fast ebenso viele die Entschädigung der Opfer des §175. Konnte die Politik daran einfach vorbeigehen?

In den Monaten danach haben wir alle schließlich Momente erlebt, in denen Geschichte sich zu beschleunigen scheint – Momente, in denen ich gar nicht so schnell gucken konnte, wie die gordischen Knoten der LSBTTIQ-Politik durchschlagen wurden. Dass es kein halbes Jahr dauern sollte, bis nicht nur die Rehabilitierung und Entschädigung der „175er“, sondern auch die Öffnung der Ehe beschlossene Sache waren, das hätte ich mir im Januar nicht träumen lassen. Es waren dies ohne Übertreibung historische Schritte für die LSBTTIQ-Emanzipationsbewegung.

Und so gab es in diesem CSD-Sommer echten Grund zum Feiern: Weniger für die Politik, die schließlich lange genug gebraucht hat, endlich das Richtige zu tun. Aber in jedem Fall für all die Aktiven aus der Community – für so viele von Ihnen, liebe Anwesende, deren jahrzehntelanger Einsatz diese Erfolge erst möglich gemacht hat! Wir wären heute nicht da, wo wir sind, wenn Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter und queere Menschen sich nicht selbst ihre Sichtbarkeit erkämpft und unermüdlich gleiche Rechte eingefordert hätten.

Dafür möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken!

Nun, nach den Feiern, muss aber auch eines völlig klar sein: Wer meint, der Kampf gegen rechtliche Diskriminierungen sei an sein Ende gekommen, der irrt gewaltig. Dringend muss eine grundlegende Reform des unseligen Transsexuellengesetzes kommen – am besten, indem es durch ein Geschlechtsidentitätsgesetz ersetzt wird. Das Abstammungs- und Familienrecht muss angepasst werden, um der Lebensrealität von Regenbogenfamilien besser gerecht zu werden. Wir brauchen eine schnelle gesetzliche Klarstellung, dass die Ehe für wirklich alle, nämlich auch für intersexuelle Menschen ohne Geschlechtseintrag, offensteht. Und nicht zuletzt sollte endlich, endlich der Schutz vor Benachteiligung aufgrund der sexuellen Orientierung auch in Artikel 3 GG aufgenommen werden.

Daneben gilt es weiter unermüdlich gegen alltägliche Diskriminierungen und für echte gesellschaftliche Akzeptanz einzutreten. Unsere eben erwähnte Befragung hat auch gezeigt, dass die Menschen in Deutschland hier viel weiter sind als manche in der Politik glauben machen wollen. So sind fast 90 Prozent dafür, in Schulen Akzeptanz gegenüber Lesben, Schwulen und Bisexuellen zu vermitteln.

Aber die Untersuchung zeigt auch: Die Offenheit hat noch immer Grenzen. 38,4 Prozent der Menschen empfinden es als unangenehm, wenn zwei Männer sich in der Öffentlichkeit küssen. Was heißt all das für die Community? Welche Strategien sind am besten, um gemeinsam Stärke „nach außen“, in die Mehrheitsgesellschaft zu zeigen? Was sind gemeinsame Themen, für die es sich lohnt, in Zukunft zu streiten? Wie können wir, wie können Sie die Themen prominent auf der Agenda halten? Wie können wir dabei verständlich bleiben und möglichst viele Menschen erreichen – gleichzeitig aber auch niemand zurücklassen?

Unser Tagungstitel „Vielfalt als Stärke – Vielfalt als Herausforderung“ soll all das umschreiben: Niemand kann bestreiten, dass es gerade auch die Allianzen zwischen LSBTTIQ sind, die viele Erfolge der letzten Jahre möglich gemacht haben. Und doch liegt noch so vieles vor uns als Gesellschaft. Da lohnt es sich, über den Tellerrand zu schauen – in vielerlei Hinsicht. Etwa, indem wir über Deutschland hinausblicken.

Ich bin sehr froh, liebe Helen, dass Du den Weg aus Toronto auf Dich genommen hast, um zu uns zu sprechen. Helen Kennedy ist eine von zwei Generalsekretärinnen von ILGA World, manche werden Sie in dieser Funktion kennen. Sie ist aber vor allem auch die Geschäftsführerin von Egale Canada, der größten LGBTI-Organisation Kanadas – einem Land, in dem die Gleichstellung von nicht-heterosexuellen Menschen einen ganz anderen politischen und auch gesellschaftlichen Stellenwert hat.

Vor drei Monaten habe ich Helen in Toronto besucht, um zu sehen, was wir vom kanadischen Beispiel lernen können. Liebe Helen, willkommen in Berlin, ich bin sehr gespannt auf Deine Keynote.

Ich freue mich außerdem sehr, dass wir auch in der Forschung über den Tellerrand blicken können – und Ihnen heute ganz exklusiv, weil brandneu ausgewertet – eine Sonderauswertung unserer Studie „Diskriminierung in Deutschland“ präsentieren können. Vielen Dank, Frau Kalkum, dass Sie uns gleich zum Thema „Diskriminierungserfahrungen aufgrund der sexuellen Orientierung“ vertiefende Informationen bereitstellen.

Wir wollen heute – auch beim Podiumsgespräch und den Panels – ganz bewusst „merkmalsübergreifend“ denken: Wie steht es mit den Herausforderungen für LSBTTIQ* im Alter? Wie sieht es mit der Verknüpfung von LSBTTIQ* und Behinderungen aus? Wie steht es um Rassismuserfahrungen? Über diese und weitere Fragen werden wir in den Workshops Gelegenheit zur vertiefenden Diskussion geben.

Wir hätten heute noch viel, viel mehr als die sieben Workshops organisieren können, das ist klar. Trotzdem mussten wir uns einschränken. Ich glaube aber, wir haben hier eine gute Mischung gefunden. Das sehe ich auch daran, dass wir noch niemals zuvor so viele Anmeldungen für eine Fachtagung hatten.

Ich danke Ihnen allen nochmals sehr für ihr Kommen – und wünsche einen interessanten und gelegentlich auch kurzweiligen Tag!

Vielen Dank!

Helen Kennedy Keynote Speech

(Berlin, Tuesday September 12, 2017)

Conference theme: Diversity as a strength, Diversity as a challenge

Speaking time: 20 minutes

Speaking topic: The situation in Canada – where we have a diversity of cultures and where these complexities compete with LGBTI rights. What unites the LGBTI community in Canada and what divides us? What does this look like from an international perspective?

Hello, I can't say how happy I am to be here this morning with all of you and to be speaking on a topic that is so unequivocally relevant in today's world.

Fear of diversity has always been an undercurrent in our society, surfacing at extremes in monumental moments of progress or change. Right now we are in one of those moments on an international scale. We are seeing the challenges of diversity and differences in the news everyday around the world. We are seeing upheaval and chaos as people fight for their basic right to be who they are and, quite frankly, to love who they want to love.

The Canadian government made a statement last year in reference to the LGBTQI community that has really stuck with me. It was originally in reference to a push for formal recognition of lesbian, gay, bisexual and

transgender communities in the latest UN urban policy, but it is also relevant to the discussion we are having here today.

The cities of the future must be open spaces that welcome diversity.

I want to unpack this statement both from a Canadian perspective as well as an international one – talk about what it means to welcome diversity, why it's important, where some of the struggles are and how we can move forward towards a future that is more inclusive of the LGBTQI community – a future that I envision as being free from homophobia, biphobia, transphobia and all other forms of oppression so that every person can achieve their full potential, free from hatred and bias.

In Canada, diversity is everywhere and Canadians are, for the most part, welcoming of diversity – Toronto, Canada's largest city, is currently the most diverse city in the world. The rest of Canada continues to grow more diverse everyday. This is true for religion, race, cultures, gender identity and sexual orientation. Two years ago, the Prime Minister of Canada, Justin Trudeau, told the New York Times that, "There is no core identity, no mainstream in Canada".

In Canada, this statement can be controversial because it insinuates that there are no 'Canadian' values – that Canada has no 'core identity'. The problem with that is that it throws the balance off. Canada, like

every other nation in the world has an identity. There are First Nations and Indigenous communities who have been on the land far longer than we have and there is an important history and identity that lives there as well. Individual identities and our collective identity both need to be acknowledged to strike the right balance. The struggle with diversity is that it can swing two ways and there is a balance to maintain between your core identity and the identity of the society changing and diversifying around you. It's a recipe that isn't always easy to perfect.

Canada has a unique history with diversity which, however imperfect, seems to work for the most part within our specific context. I think there are a few key reasons why diversity and inclusion are going better in Canada than in some other countries around the world. We're not always in a chronic state of anger looking for some one to blame.

A huge reason for this stems from leadership and the views of the government. In Canada, we have struggled with the amount of acceptance and tolerance we have for diversity depending on the views of the government of the day. With previous governments, we had all kinds of limitations on immigration and halts in progress for LGBTQI inclusion.

The success of a diverse society directly relates to the political

leadership and climate in the country. We are still shaking off the effects of the previous government. Within the new government we are seeing an improvement in attempts at inclusivity. We are finding that, although we still need to fight for it, we are getting a seat at the table. I say this with a grain of salt. We fight every day extremely hard to push open doors and make our voices heard. But, we do this in very deliberate ways and knowing that in order to make real progress we must have difficult conversations with those who traditionally fight us. To effect real change in our society we must open the channels of conversation and dialogue within the bellies of the very institutions that discriminate against us. The church, police, governments and others. But, It is crucial to find ways into these systems, group by group, opportunity by opportunity if we are to break down barriers and dispel the notion that we are a 'common enemy'.

The other thing is the ease with which organizations or groups are able to form and to lobby the government. Again this relates back to the leadership of government and the political climate. Under the previous government in Canada it was a fact that organizations, like Egale, who

were speaking out on behalf of diversity would face more government audits or be stifled in other ways. It's paramount that groups are allowed to speak freely to promote diversity and this, in and of itself, helps to promote inclusion.

I can't emphasize enough, the importance of government support and leadership. Governments need to lead these important conversations and open doors or at the very least unlock them so that marginalized groups that organize a collective voice can be heard. Being at the table when it matters is one of the key things that has allowed organizations that I've worked with to make the most progress. All of these things combined, both inside and outside of our control that make us successful. Organizations that promote progress, diversity and inclusion are all too often silenced under some government structures, but once we have a voice we start to see more inclusive and progressive policies.

In addition to the courts, every success I have seen for LGBTQI rights in Canada has come from opening doors, gaining access to dialogue and having an equal seat at the table. This is when important conversations occur both in Canada and internationally.

There are a lot of things related to diversity that can sometimes make the process of changing laws or creating opportunities quite difficult in Canada. The first thing that comes to mind is the diversity in cultures of

the provinces across the country. And I'll explain this through the battle for marriage equality.

Before it was legally recognized nationwide with the enactment of the Civil Marriage Act in 2005, same-sex marriage in Canada was progressively introduced in several provinces by court decisions beginning in 2003. On June 10, 2003, the Court of Appeal for Ontario issued a decision legalizing same-sex marriage – In Ontario. At this time, Ontario became the first province to pass the law. Eventually, the introduction of a federal gender-neutral marriage definition made Canada the fourth country in the world, and the first country outside Europe, to legally recognize same-sex marriage throughout its borders. Before the federal recognition of same-sex marriage, court decisions had already introduced it in eight out of ten provinces and one of three territories, whose residents collectively made up about 90% of Canada's population. More than 3,000 same-sex couples had already married in those areas before the Civil Marriage Act was introduced. Most legal benefits commonly associated with marriage had been extended to cohabiting same-sex couples since 1999.

The point is, in Canada, we may win a battle to advance equality in one province, but we will then likely need to buckle up and start the fight all over again in another province and another province until there is a

large enough collective to pass a law or bill nationally. Advancing LGBTQI rights is a long process regardless of where in the world you're doing this work.

As more and more countries continue to open their doors to immigrants including LGBTQI asylum seekers, and refugees we will see diversity grow more prevalent and there will be an ever increasing need to open doors to these folks to participate in the bigger conversations.

In Canada we welcome diversity. This includes LGBTQI asylum seekers, immigrants and refugees and we recognize this as important and a form of growth, economically and hopefully most folks see this as cultural growth as well because that is where the power lies – in recognizing that cultural growth is just as if not more important than economic growth when it comes to diversity.

With this welcoming of diversity, we run into issues that seem difficult to prevent.

People, whether they are lesbian, gay, bisexual, transgender, intersex, non-binary, need to feel and believe that they have autonomy over their own identity and lives. The same can be said for different religions, races, cultures. In Canada, we see this especially with Indigenous and First Nations, Metis and Inuit groups who are constantly struggling to be recognized and to have autonomy over how they are

recognized and referred to. This struggle for autonomy crosses all borders relating to diversity and minority groups.

I believe there are solutions and everyday in the work that we do at Egale I see how simple tactics can, when implemented well, make a huge impact in uniting people from many different backgrounds and identities – minorities and mainstream folks alike.

Two of the most important tools that we use, are education and research. At Egale we have seen incredible impacts through these two avenues.

Why education makes a difference...helps to soften hearts and open minds.

Why research is important...gives us a voice and helps open doors.

I spoke earlier about many of the ways in which Canada has opened doors for minority and activist groups to join the important conversations. This is positive, but it only goes so far on it's own. At some point we need to take a step back and figure out how we can work together on LGBTQI rights as an international community.

We recently passed a law allowing Canadians the option of choosing 'X' as a gender on their passports. Gender-neutral passports allow people

the freedom and autonomy over their own identity and the flexibility of choosing a gender that is neither female or male.

This is an incredible accomplishment. However, it also has many flaws and one of the major ones is that it could pose a threat to non-binary Canadians who travel abroad to countries who still criminalize sexual minorities.

If we are to progress on an international level, we need to align so that we are stronger than those who oppose progress. More than that we need to face those who oppose progress and open the doors to a dialogue. We need to push for research and education as an international community.

“The cities of the future must be open spaces that welcome diversity”

In a similar example, and to bring us back to the statement I made at the beginning, that referenced a push for formal recognition of lesbian, gay, bisexual and transgender communities in the latest UN urban policy. Well, it was never passed. It didn't pass because we weren't aligned internationally. In fact, 17 countries came together to see to it that it wouldn't be – and against the EU, U.S. and Canada, they won.

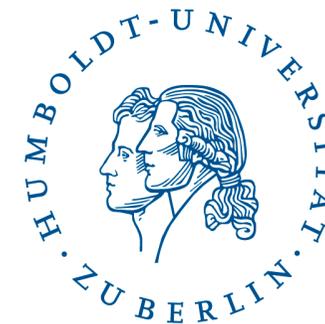
In part, the problem still lays in a lack of research and a lack of education and training around diversity and inclusion, especially as it applies to the LGBTQI community, but also for other minority groups.

Diversity of choices, opportunities and giving individuals autonomy over their own identity is what will lead us to a more inclusive world regardless of the amount of diversity including diversity of races, religions, genders or sexual orientations that exist within a border. This is true in Canada, for the most part and I believe it can be true everywhere.

Now more than ever in the context of LGBTQI rights we need to look at diversity as a strength. We need to focus on how we can move forward with an intersectional lens, both within the LGBTQI community and outside of it, and work together on topics of human rights within our own communities, countries and internationally. On an international scale we need to learn from one another, share in our failures and successes and be more open to critique and learning.

Thank you!

Dr. Ulrich Klocke
klocke@hu-berlin.de
Humboldt-Universität zu Berlin
Institut für Psychologie
Sozial- und Organisationspsychologie

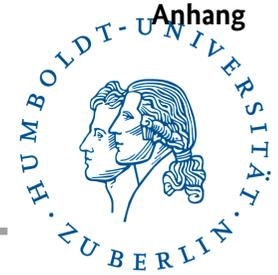


SEXUELLE UND GESCHLECHTLICHE VIELFALT IN DER SCHULE: AUSGEWÄHLTE FORSCHUNGSERGEBNISSE

IMPULSVORTRAG AUF DER FACHTAGUNG
LSBTTIQ*

VIELFALT ALS HERAUSFORDERUNG – VIELFALT ALS STÄRKE

VERANSTALTERIN:
ANTIDISKRIMINIERUNGSSTELLE DES BUNDES
12. SEPTEMBER 2017

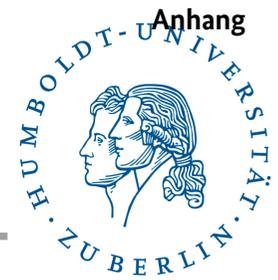


ROTER FADEN

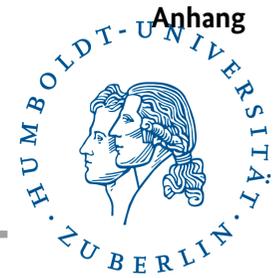
1. Wie können wir die Akzeptanz von LSBTI an Schulen verbessern?
2. Wie verhalten sich Lehrkräfte gegenüber sexueller und geschlechtlicher Vielfalt
 - a) Ergebnisse aus der ADS-Bevölkerungsumfrage *Einstellungen zu Lesben, Schwulen und Bisexuellen* (2016)
 - b) Wie können Lehrkräfte dazu bewegt werden, sich zu engagieren?
3. Widerstand gegen die Berücksichtigung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in der Schule (und möglicher Umgang damit)

WIE KÖNNEN WIR DIE AKZEPTANZ VON LSBTI AN SCHULEN VERBESSERN?

ERGEBNISSE SOZIALPSYCHOLOGISCHER FORSCHUNG



1. Kontakt und Sichtbarkeit schaffen
2. Perspektivenübernahme und Empathie ermöglichen
3. Gegen Diskriminierung intervenieren
4. Geschlechternormen reflektieren
5. Identitätsbedrohung vermeiden
6. Wissen vermitteln



FALTBLATT ZUR SCHULBEFRAGUNG (KLOCKE, 2012) FÜR PÄDAGOGISCHE FACHKRÄFTE

BERLIN TRITT EIN FÜR SELBSTBESTIMMUNG UND AKZEPTANZ SEXUELLER VIELFALT

Wie können wir Homo- und Transphobie bei Kindern und Jugendlichen abbauen?

Blöde Lesbe
„Lesbe“ wird von 40% der Berliner Sechstklässler_innen und von 22% der Neunt- und Zehntklässler_innen als Schimpfwort verwendet

Olle Schwuchtel
„Schwul“ oder „Schwuchtel“ wird von 62% der Berliner Sechstklässler_innen und von 54% der Neunt- und Zehntklässler_innen als Schimpfwort verwendet

In diesem Faltblatt lesen Sie ausgewählte Befunde einer wissenschaftlichen Studie mit zwei Erhebungszeitpunkten 2011 und 2012.

Details zu Methoden und Ergebnissen der ersten Erhebung dieser Studie finden Sie unter Klocke, U. (2012). Akzeptanz sexueller Vielfalt an Berliner Schulen: Eine Befragung zu Verhalten, Einstellungen und Wissen zu lesbischen, schwulen, bisexuellen und transgeschlechtlichen Personen und deren Einflussvariablen. Berlin: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft. Verfügbar unter www.psychologie.hu-berlin.de/prof/org/download/klocke2012_1

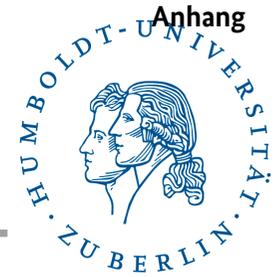
Elektronisch unter:

www.psychologie.hu-berlin.de/prof/org/download/fb

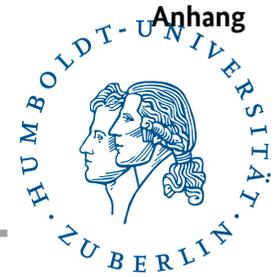
Bestellung bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft mit Bestellfax:

www.psychologie.hu-berlin.de/prof/org/download/bestellfax/

WIE VERHALTEN SICH LEHRKRÄFTE GGÜ. SEXUELLER VIELFALT (KÜPPER, KLOCKE & HOFFMANN, 2017)

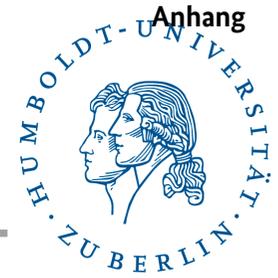


- Bevölkerungsrepräsentative Befragung (Telefoninterviews) in Deutschland im Oktober und November 2016
- Auftraggeberin: Antidiskriminierungsstelle des Bundes
- Von den 309 16- bis 30-Jährigen berichteten ...
 - 64%, dass Lehrkräfte nie „Unterrichtsbeispiele oder Schulmaterialien verwendet haben, in denen auch LSB vorkamen“
 - 25%, dass Lehrkräfte nie deutlich gemacht, „dass sie es nicht okay finden, wenn Worte wie ‘Schwuchtel’, ‘Homo’, ‘Tunte’ oder ‘Lesbe’ abwertend benutzt werden?“ (nur 12% jedes Mal)
 - 74%, dass es in der Schullaufbahn keine Lehrkräfte gab/gibt, die „offen mit ihrer eigenen LSB Orientierung umgegangen sind“
 - 50%, dass es keine Mitschüler*innen gab/gibt, die „offen mit ihrer eigenen LSB Orientierung umgegangen sind“



WIE KÖNNEN LEHRKRÄFTE DAZU BEWEGT WERDEN, SICH ZU ENGAGIEREN? (Klocke, Latz und Scharmacher, 2015)

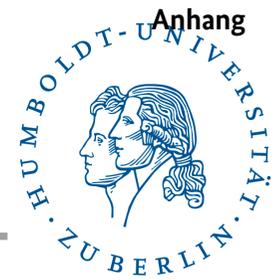
- Onlinebefragung, 1.102 Lehrkräfte in D, Sept. bis Dez. 2014
- Lehrkräfte thematisieren sexuelle und geschlechtliche Vielfalt bzw. intervenieren gegen Diskriminierung vor allem wenn sie ...
 - LSBTI im eigenen Bekanntenkreis haben
 - der Überzeugung sind, dass ...
 - sie **Wissen** über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt haben und darüber wie man gegen Diskriminierung vorgeht (z. B. durch Weiterbildung)
 - ihr eigenes Verhalten die Akzeptanz für (sexuelle/geschlechtliche) Vielfalt verbessern kann
 - es entsprechende **Richtlinien** und **Schulmaterialien** gibt
 - es **auch unter ihren Schüler*innen LSBTI** gibt und diese die Diskriminierung nicht provozieren



WIDERSTÄNDE GEGEN SEXUELLE UND GESCHLECHT- LICHE VIelfALT IN DER SCHULE

2013/2014: OpenPetition des Realschullehrers Gabriel Stängle *Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens* erhält 192.450 Unterstützer_innen

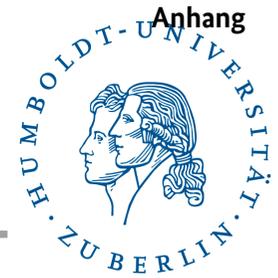
UNSYSTEMATISCHE INHALTSANALYSE DER KOMMENTARE ZUR OPENPETITION UND ZUM FAZ-ARTIKEL *UNTER DEM DECKMANTEL DER VIELFALT* VOM 14.10.2014



- 1 Sexualisierung
„... wo den Kindern schon in der Schule per Lehrplan beigebracht und suggeriert werden soll, dass jeder mit jedem und allem, sexuelle Kontakte und Praktiken ausübt, **ohne jegliche Moralvorstellung und Vermittlung von wichtigen Werten wie Liebe und tiefen Gefühlen** ...“
- 2 Wunsch nach Privilegierung tradit. Familien
„Nachgewiesenermaßen ist für die Entwicklung von Kindern eine liebevolle Familie mit Vater und Mutter, also mit männlichen und weiblichen Anteilen und das in **verbindlicher Partnerschaft**, am förderlichsten.“
- 3 „Normale“ diskriminiert
„...weil man immer öfter den Eindruck hat, daß man als **traditionelle Familie mit festem Partner als ‚Auslaufmodell‘** dargestellt wird.“
- 4 LSBTI zu sehr hervorgehoben
„Leider haben behinderte Mitbürger keine so gute Lobby hinter sich, wie LSBTTIQ's!!!“
- 5 „Umerziehung“ zu Akzeptanz, Toleranz muss reichen
„Freie Meinungsäußerung heißt für mich ,auch offen gegen etwas zu sein. Homosexualität tolleriere ich-muss es aber nicht normal finden-und schon gar nicht als Schulfach !“

WIE VERBREITET SIND DIESE ANNAHMEN?

(KÜPPER, KLOCKE & HOFFMANN, IN DRUCK)

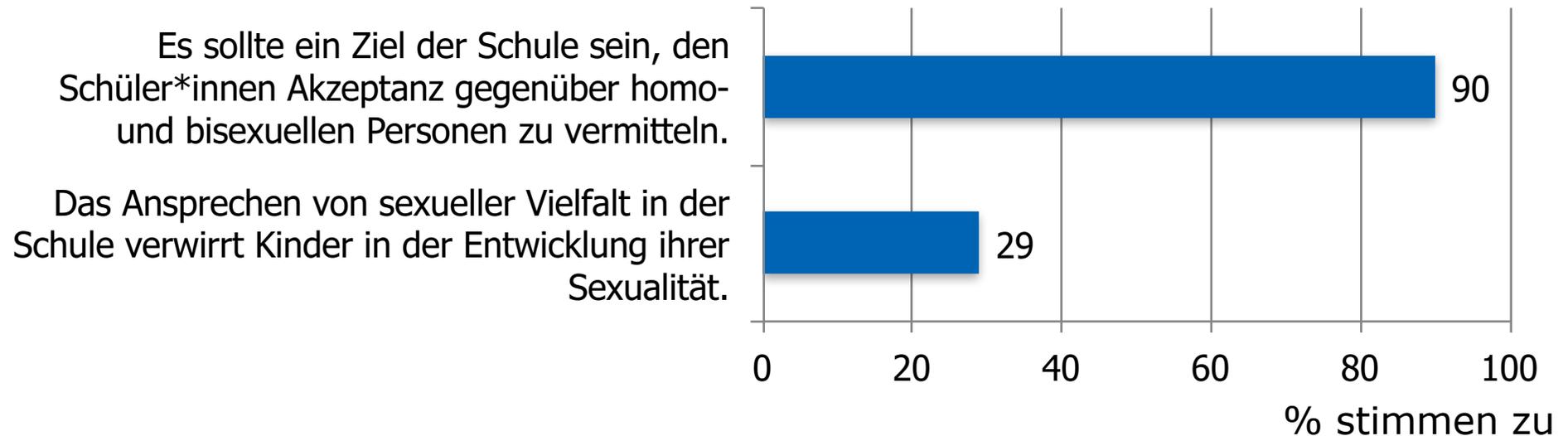


Repräsentative Befragung der ADS von Okt./Nov. 2016

- Nur 20% hatten von den Bildungsplänen (d. h. der geplanten Berücksichtigung sexueller Vielfalt in der Schule) gehört. Von diesen ...
 - wussten 91%, dass „die Schüler*innen dazu gebracht werden [sollen], homo- und bisexuelle Menschen zu akzeptieren.“
 - glaubten 14%, dass „die Schüler*innen dazu ermuntert werden [sollen], möglichst viele verschiedene sexuelle Praktiken auszuprobieren.“

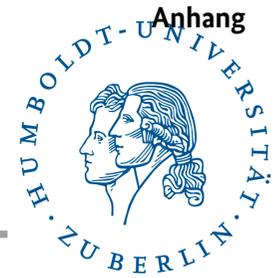


WIE VERBREITET SIND DIESE EINSTELLUNGEN? (KÜPPER, KLOCKE & HOFFMANN, IN DRUCK)



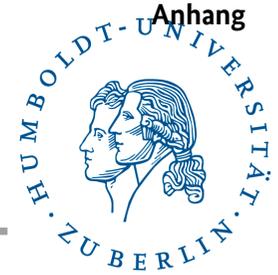
Zusammenhänge der Befürwortung. sex. Vielfalt in der Sch.

- vor allem mit **Wissen** (Kinder gleichgeschlechtlicher Paare entwickeln sich genau so gut; Ziel der Pläne Akzeptanz, nicht „Sexualisierung“; Homosexualität kein Produkt von Sozialisation)
- etwas mit **Werten** (weniger fundamentalistische Religiosität; weniger traditionelle Einstellungen zu Geschlechterrollen, weniger hohe Wertschätzung von verbindlicher Partnerschaft, Ehe und Familie)



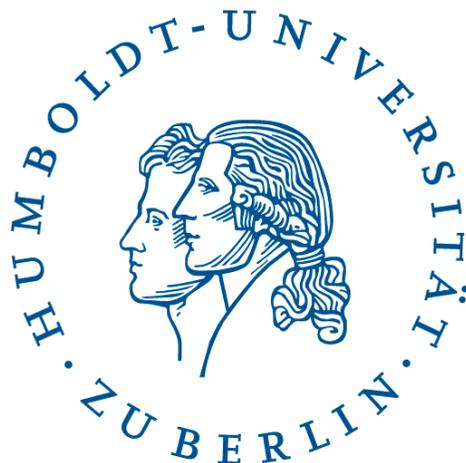
MÖGLICHER UMGANG MIT DEN WIDERSTÄNDEN GEGEN SEX./GESCHL. VIELFALT IN DER SCHULE

1. Falschinformationen sachlich entkräften
 - Allgemeinverständlich geschriebene Erläuterungen (z. B. *FAQs zur Sexualpädagogik/ Sexuellen Bildung* der gsp)
 - Elternabende für besorgte Eltern
 - Auch LSBTI können „asexuell“ dargestellt werden
2. Überheblichkeit vermeiden (z. B. im Vokabular: „rückständig“, „tradiert“) und auch traditionelle Lebensweisen explizit wertschätzen
3. Keine Beschränkung auf **individuelle Selbstbestimmung** als Ziel. Stärkere Betonung **zwischenmenschlicher Verantwortung**.
 - Anschlussmöglichkeiten an Konservative, Religiöse und Menschen kollektivistischer Kulturen (statt diese als „Feinde“ zu sehen)



LITERATURVERZEICHNIS

- Klocke, U. (2012). *Akzeptanz sexueller Vielfalt an Berliner Schulen: Eine Befragung zu Verhalten, Einstellungen und Wissen zu LSBT und deren Einflussvariablen*. Berlin: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft.
- Klocke, U., Latz, S. & Scharmacher, J. (2015). *Schule unterm Regenbogen? Einflüsse auf die Berücksichtigung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt durch Lehrkräfte*. Zur Veröffentlichung eingereichtes Manuskript, Institut für Psychologie, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Küpper, B., Klocke, U. & Hoffmann, L.-C. (2017). *Bericht zur Studie: Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen in Deutschland*. Berlin: Antidiskriminierungsstelle des Bundes.



HERZLICHEN DANK FÜR
IHRE AUFMERKSAMKEIT!

FRAGEN?
KOMMENTARE?

„Coming-out – und dann...?!“

Coming-out-Erfahrungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und queeren Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Bereichen Familie und Schule

Berlin, 12.9.2017

Dr. Claudia Krell

- **Häufig frühes Bewusstsein darüber, nicht heterosexuell oder cisgeschlechtlich zu sein**
 - Sexuelle Orientierung: 50% zwischen 11 und 16 Jahren, 16% „wussten es schon immer“
 - Geschlechtliche Zugehörigkeit: 25% zwischen 11 und 16 Jahren, 28% „wussten es schon immer“→ Thema ist beim Aufwachsen sowie während der Schulzeit präsent

- **Befürchtungen vor dem äußeren Coming-out**
 - Ablehnung durch Familienmitglieder (SO 69%, GZ 77%)
 - Probleme an Bildungs- und Arbeitsstätten (SO 60%, GZ 66%)→ Familie und Schule sind Lebensbereiche, auf die die Jugendlichen angewiesen sind und denen sie sich nicht bzw. nur mit negativen Konsequenzen entziehen können

→ *Zeit des inneren Coming-outs wird häufig als sehr belastend erlebt*

- **Für viele eine ambivalente bis schwierige Zeit zwischen innerem und äußerem Coming out**
 - Oft vergehen mehrere Jahre, bis zum ersten Mal mit einer anderen Person über das eigene Empfinden gesprochen wird
→ Zeit, in der eine Reihe weiterer Entwicklungsaufgaben zu lösen ist
- **Hauptgründe für ein Coming-out**
 - Über die eigenen Gefühle reden zu können und sich nicht mehr verstellen zu müssen
→ Um Unterstützung zu erhalten und authentisch sein zu können, braucht es ein Coming-out
- **Erste Ansprechpartner_in**
 - meist Vertrauensperson aus dem Freundeskreis (beste Freundin)
→ Schule und Freundeskreis sind Lebenskontexte, die sich überschneiden können
 - In der Familie meist die Mutter, Väter oder Geschwister deutlich seltener

→ *Überwiegend positive Reaktionen beim ersten äußeren Coming-out machen die Ängste und Sorgen nicht ungeschehen*

„Und ich weiß, dass es wirklich, also bestimmt drei, vier Jahre in der Schule waren, wo ich einfach nicht in die Schule gehen wollte, weil ich einfach Angst hatte, weil ich mich einfach unwohl gefühlt habe.“ (Emil, 18 Jahre)

- **Individuelles Erleben der Jugendlichen in der Schule**
 - Teilweise sehr frühe Mobbing Erfahrungen, weil Erwartungen an Geschlechterrollen nicht erfüllt werden
 - Coming-out wird im Schulkontext (wenn es geht) häufig vermieden
 - Findet ein Coming-out in der Schule statt, wird dies als schwierig beschrieben
 - Teilweise engagieren sich die Jugendlichen in der Schule für LSBT*Q
 - Für trans* und gender*diverse Jugendliche insbesondere starre binäre Strukturen problematisch (Toilette, Umkleidekabinen, Sport- oder Schwimmunterricht)
- **LSBT*Q im Schulalltag**
 - Schwul/gay als Schimpfwort sehr präsent
 - Keine bzw. keine angemessene Darstellung von LSBT*Q im Unterricht
 - Lehrer_innen bieten nur bedingt Unterstützung

- **44 % aller Teilnehmer_innen haben Diskriminierung an Bildungs- oder Arbeitsstätten erlebt**

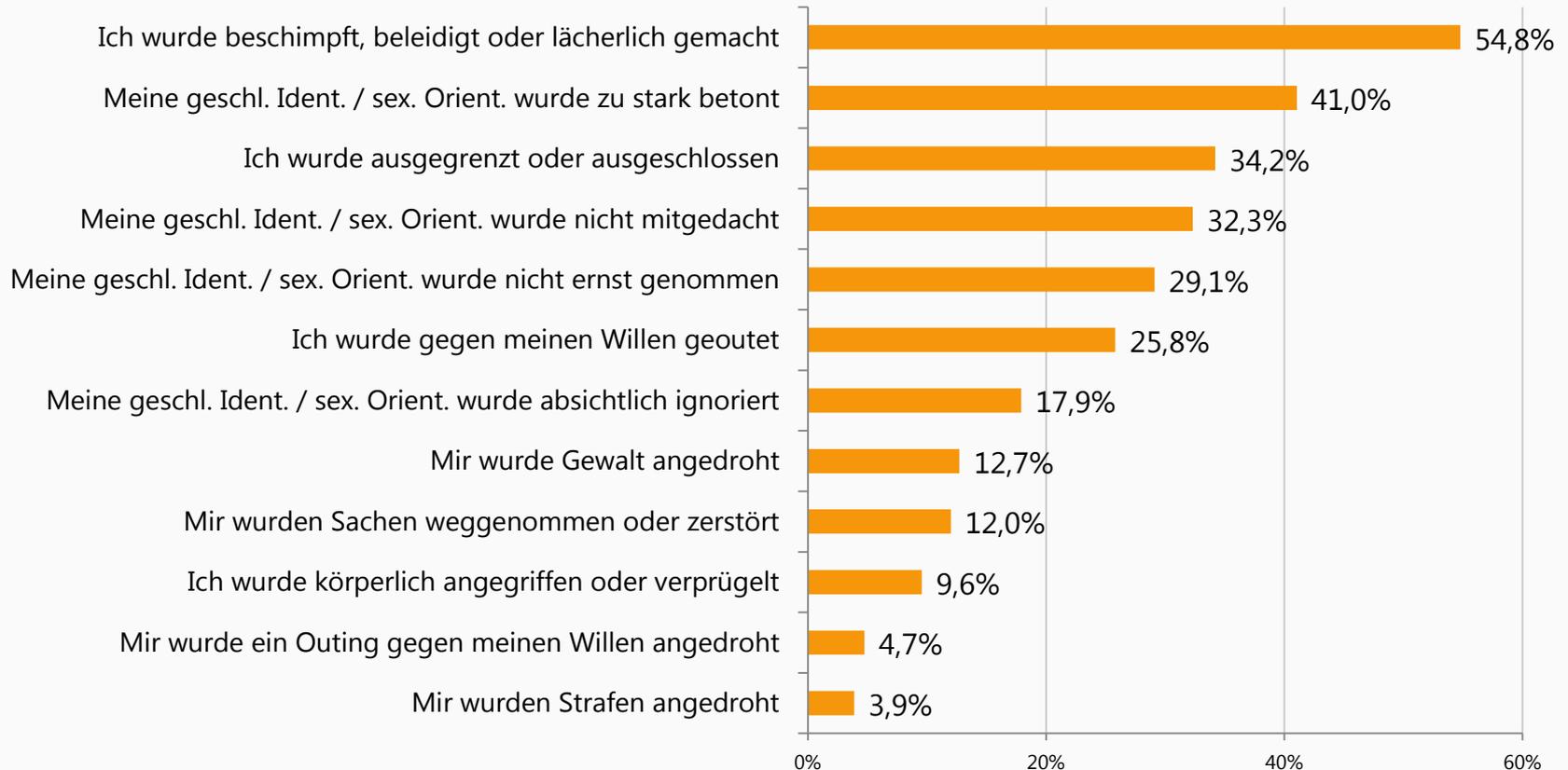


Abbildung 1: Diskriminierungserfahrungen an Bildungs- und Arbeitsstätten (N=2217) (Mehrfachantworten)

- **Abhängig von der geschlechtlichen Zuordnung**
 - Bisexuell-weiblich und lesbische Jugendliche: Überinteresse und nicht ernstgenommen werden
 - Bisexuell-männliche und schwule Jugendliche: Beschimpfungen und Beleidigungen, Gewaltandrohung, körperliche Übergriffe
 - Orientierungs* oder gender*diverse Jugendliche und trans* Jugendliche: Nicht ernstgenommen werden und nicht mitgedacht werden
- **Abhängig vom Bildungsniveau**
 - Jugendliche mit niedrigem Bildungsniveau erleben deutlich mehr und „direktere“ Diskriminierung
 - Jugendliche mit hohem Bildungsniveau beschreiben am häufigsten, dass ihre SO oder GZ nicht mitgedacht wird

→ Sowohl die Coming-out- als auch Diskriminierungserfahrungen werden von Jugendlichen mit niedrigem Bildungsniveau als deutlich belastender erlebt
- **Abhängig vom Alter und der Region**
 - 14-17jährigen geben am meisten Diskriminierung aufgrund ihrer SO an
 - Trans* und gender*diverse Jugendliche außerhalb von Großstädten/Metropolen erleben mehr Diskriminierung

„Und ich hätte mir halt auch gewünscht, dass meine Mutter nicht sagt ‘Willst Du uns blamieren?’, sondern einfach ‘Ist okay, darfst Du’, ‘Ich sage dazu nichts, das ist Deine Entscheidung’.“ (Henrike, 27 Jahre)

● **Individuelles Erleben der Jugendlichen in der Familie**

- Coming-out bei den Eltern ist immer etwas besonderes
- Ähnlich wie das erste Coming-out gut geplant
- *Erstes* äußeres Coming-out wird negativer bewertet, wenn die Eltern involviert waren
- Sehr junge Menschen erleben mitunter, dass ihr Erleben als Phase abgehandelt wird bzw. ihnen das Wissen um ihre sexuelle Orientierung abgesprochen wird
- Ist das Verhältnis zu den Eltern gut, hat ein Coming-out keine langfristigen negativen Folgen
- Coming-out in der engeren Familie wird als am schwierigsten beschrieben (nach Schule und Freundeskreis)
- Oft kein Wissen darüber, wer in der weiteren Familie über die sexuelle Orientierung bescheid weiß
- Trans* Jugendlichen (besonders junge) sind in hohem Maße auf die Unterstützung ihrer Familie angewiesen

- **45% aller Teilnehmer_innen haben Diskriminierung in der Familie erlebt**

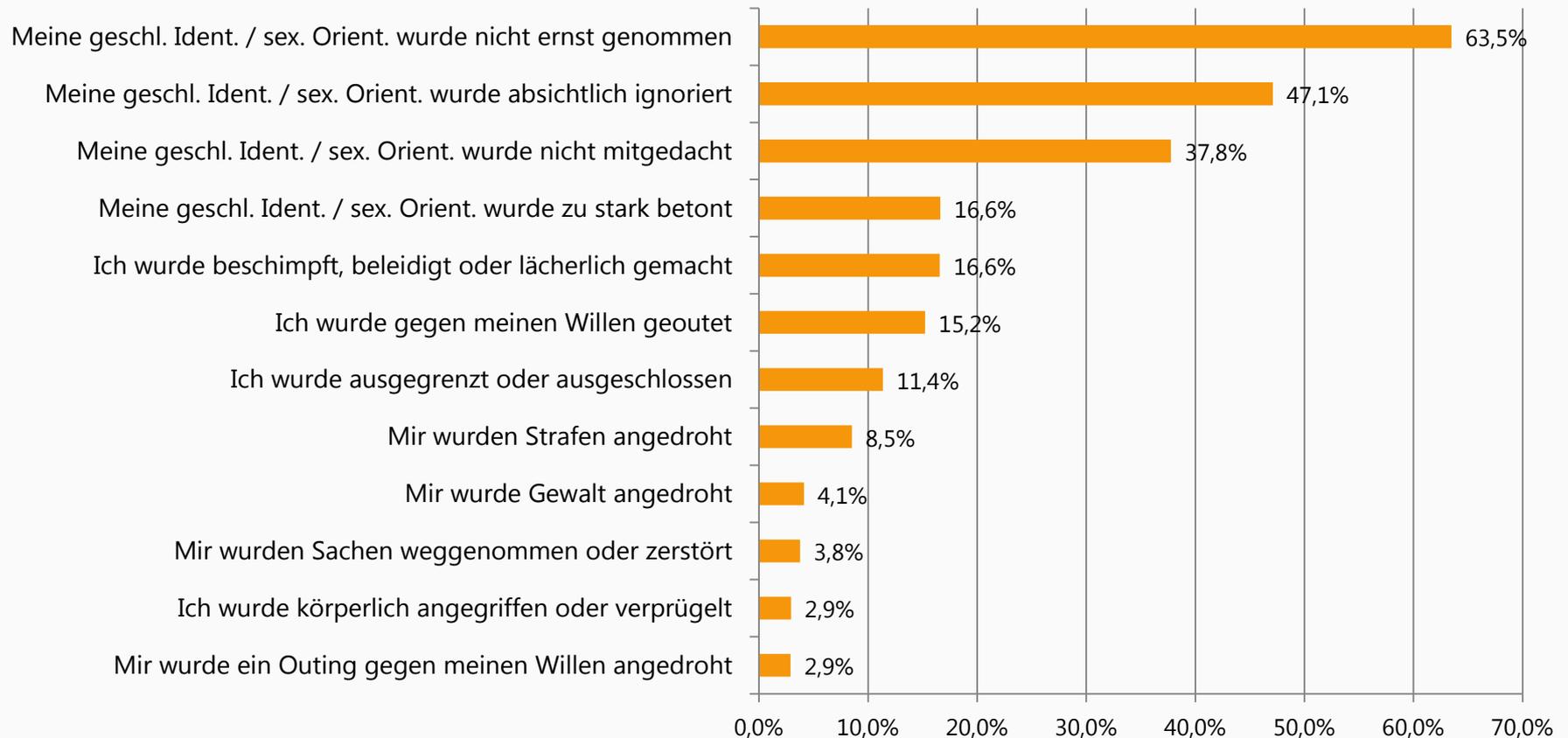


Abbildung 2: Diskriminierungserfahrungen in der Familie(N=2280) (Mehrfachantworten)

- **Abhängig von der geschlechtlichen Zuordnung**
 - Lesbische Jugendliche: Absichtlich ignoriert oder nicht mitgedacht
 - Bisexuell-männliche und schwule Jugendliche: Beschimpfungen und Beleidigungen, lächerlich gemacht werden
 - Trans* männliche Jugendliche: Nicht ernstgenommen werden
 - Trans* weibliche und gender*diverse Jugendliche: Beschimpfungen und Beleidigungen, lächerlich gemacht werden
- **Abhängig vom Bildungsniveau**
 - Jugendliche mit niedrigem Bildungsniveau / aus Familien mit niedrigem Bildungsniveau erleben deutlich mehr und „direktere“ Diskriminierung
 - Jugendliche in Großstädten/Metropolen werden häufiger gegen ihren Willen geoutet
- **Abhängig vom Alter**
 - 14-17jährigen geben am meisten Diskriminierung aufgrund ihrer SO an
- **Abhängig vom Herkunftsland der Eltern**
 - Steht die familiäre Migrationsgeschichte im Kontext mit einem Land, in dem nicht-heteronormative Lebensweisen stigmatisiert oder kriminalisiert werden, erleben die Jugendlichen etwas mehr Diskriminierung und geben eine höhere Belastung durch diese Erfahrungen an

- **Familie und Schule sind Lebensbereiche, aus denen sich Jugendliche kaum bzw. kaum ohne negative Konsequenzen zurückziehen können**
 - Jugendliche teilen das „Stigma“ LSBT*Q zu sein häufig mit keiner anderen Person in der Familie – ein trennender, kein verbindender Faktor, wie andere „Stigmata“ sein können (z.B. Armut, Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie, Hautfarbe)
 - Coming-out in der Familie ist am schwierigsten, gefolgt vom Coming-out in der Schule
 - Mehr Schwierigkeiten bzw. Diskriminierungserfahrungen in diesen Lebensbereichen hängen insbesondere zusammen mit: Alter, Bildungsniveau, Wohnort
 - LSBT*Q wird in der Schule häufig negiert bzw. taucht im negativen Kontext auf
→ Was bedeutet das für den Ausbau von Ganztagschulen?
 - Trans* und gender*diverse Jugendliche stehen vor sehr großen Herausforderungen
 - Eine enge und unterstützende Beziehung zur Familie ist bei der Verhinderung von Suizid unter LSBT* Jugendlichen einer der wichtigsten präventiven Faktoren (Suicide Prevention Resource Center 2008; Eisenberg/Resnick 2006)

Standortbestimmung - „Wer bin ich "

Ich war engagiert in der Berliner Studentenbewegung und in der "Apo".

Es ging uns damals nicht nur um die Revolution gegen Kapitalismus und Patriarchat, sondern sehr stark um die Sexuelle Befreiung.

Und so war es für uns Lesben wie eine Art Erlösung, als um 1970 die Neue Frauenbewegung und dann die Lesbenbewegung entstanden, mit der Aussicht und dem Versprechen, offen homosexuell zu sein.

" Das war die Vision einer homosozialen Solidargemeinschaft mit Lesben als Amazonen-Speerspitze im Kampf gegen das Patriarchat ..., die Zeit, in der alles möglich schien und der visionäre Himmel voller Geigen hing, besonders für uns, die Lesben, die auf wunderbarste Weise politische Arbeit und (private) Liebe miteinander vereinbaren konnten. " (A. Osterland, Sappho-Stiftung).

Ich möchte kursorisch auf die Geschichte der HAW-Frauengruppe bzw. des LAZ eingehen und, z. T. basierend auf Materialien von Monne Kühn, HAW- und LAZ-Mitglied, deren Aktivitäten schildern, die großen Einfluss auf die Situation lesbischer Frauen in Deutschland hatten:

Entstehung aus der Frauenbewegung 1968 (SDS, Weiberrat) und der offensiven Organisierung der homosexuellen Männer

August 1971

Der Film von Rosa von Praunheim "Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Gesellschaft in der er lebt" wurde am 15.8.1971 erstmals öffentlich im Kino „Arsenal“ in Berlin Schöneberg gezeigt.

Rosa von Praunheim hatte ihn vor dem Hintergrund der Ereignisse in New York 1969 (Stonewall) und der folgenden Jahre („Gay pride Week“, Demonstrationen), und der Strafrechtsreform zum § 175 StGB 1969 gedreht.

Nov. 1971

In der Folge kam es am 7.11.1971 durch eine Gruppe von ca. 40 hs. Männer zur Gründung der HAW (Homosexuelle Aktion Westberlin), dem Zusammenschluss der schwulen Männer . Sie verstanden sich als politische Gruppe. Ziel war die Befreiung von Zwängen, nicht nur sexuell, die Kritik an bestehenden Familien-Strukturen und die Kapitalismuskritik .

Februar 1972

Die HAW veranstaltete am 6.2.1972 in der Berliner „Akademie der Künste“ eine Filmvorführung mit Diskussion über den Aufbau eines eigenen Kommunikationszentrums. In der Folge kam es zum Treffen von ca. 30 Frauen im damaligen Lokal "L`Inconnue" in Berlin Charlottenburg .

8 von ihnen beschlossen die Gründung einer Lesbengruppe , die sich alsbald die HAW-Frauengruppe nannten.

März 1972

Anfang März 1972 wurde das Kommunikationszentrum, eine alte Fabriketage Berlin Schöneberg, zusammen mit den HAW-Männern bezogen. Es gab es dort jeden Mittwoch ein Treffen der Frauen im Zentrum als „HAW-Frauengruppe“, den „offenen Abend“. Wir nannten uns damals „schwule Frauen“.

Bereits beim ersten Treffen wurden von uns 2 Arbeitsgruppen gegründet:
„Die homosexuelle Frau – soziale und psychische Problematik“
„Selbsterfahrungsgruppe - Schwerpunkt Probleme aus dem Politischen Alltag“, wenig später entstand eine Arbeitsgruppe mit Schwerpunkt „Öffentlichkeitsarbeit“.

Erste Ziele: Aufklärung, Einforderung von Toleranz, Akzeptanz, später radikalere, provozierende Forderungen ("Alle Frauen sind Lesben, außer die, die es noch? nicht wissen", "Feminismus ist die Theorie - Lesbisch sein die Praxis")

Es gab ein gemeinsames Plenum (monatlich) mit den Männern.
Das Interesse der Männer an einer Zusammenarbeit war größer als das von Seiten der Frauen. Diese waren wegen der Dominanz der Männer eher zurückhaltend.

1972 und 1973 demonstrierten die Lesben noch gemeinsam mit den HAW-Männern beim CSD.

Pfingsten 1972 Das 1. Pfingsttreffen gemeinsam mit den Männern fand statt, die eigene Frauengruppe zählte etwa 10 Frauen.

Pfingsten 1973 Erstes Lesben-Pfingsttreffen in eigenen Räumen, mit vielen Frauen aus Westdeutschland und Dänemark, auch eine Demo fand statt.

Aus dieser Tradition heraus findet bis heute das Lesben Frühlingstreffen statt.

Außen-Aktivitäten der Gruppe:

Februar 1973 Aktion gegen Bild-Hetze „Die Verbrechen der lesbischen Frauen“ auf dem Wittenberg Platz

Sommer 1973 Erste Fahrten nach Femö zum Internationalen Lesbencamp mit Kundgebung und Konzert in Kopenhagen

Aktion DB (s. HAW-Frauen Doku) "Fahrt zusammen - spart zusammen" für Familien, auch für Lesben gefordert

16.10.1973 Radiosendung im Südwestfunk über HAW-Frauen

Mitarbeit beim Film „Zärtlichkeit und Rebellion“ von Eva Müthel

Oktober 1973 Aktion gegen den österreichischen Psychotherapeuten Rattner, beim Psychologen-Kongress Flugblätter verteilt

- Mitarbeit beim Film „Und wir nehmen uns unser Recht“ von Klaus Siegfried
- November 1973** Stern-Artikel u.a. über HAW-Frauengruppe und Müthel-Film
- November 1973** Kiss-In am KaDeWe und in der Wilmersdorfer Str., zeitgleich mit den "Los Angeles Lesbian Feminist"
- Januar 1974** 14.1.74 Fernsehausstrahlung des Films „Und wir nehmen uns unser Recht“ im 1. Programm. Der Film wurde zum Auslöser für die Gründung vieler Lesbengruppen, so auch für die Berliner **Gruppe L' 74**, eine Gruppe für ältere, berufstätige Lesben, die Gruppe L74, die sich erst in der HAW-Frauenetage, später bei der AHA traf. Sie gaben die **UKZ (Unsere kleine Zeitung)** heraus. Ihr Anliegen war es, Lesben, die nicht in der radikalen und feministischen Lesbenszene waren, anzusprechen. (Die HAW-Frauengruppe bestand zunächst zum großen Teil aus Studentinnen).
Eine der Protagonistinnen der L74 war Kitty Kuse, nach der unlängst ein Platz in Berlin Schöneberg benannt wurde.
Nach der Fernsehausstrahlung gab es eine Flut von Briefen (ca. 300 wurden alle handschriftlich beantwortet, Adressen von Lesben-Gruppen gesammelt und vermittelt). Wir waren eine Art Kontaktzentrale für die Lesben in ganz West-Deutschland und West-Berlin, pflegten aber auch regelmäßige Kontakte mit Lesben in Ostberlin
- März 1974** Teilnahme an der §218 Demo, Motto „Schwulsein ist besser“
Diskussionen/Konflikte mit den Frauen des Frauenzentrums

Diskussion über Abgrenzung und Annäherung ans FZ, Abwendung von den Männern
- Mai 1974** 1. Rockfete in der TU-Mensa mit der Lesben-Rockband "Flying Lesbians"

Gemeinsamer Umzug der HAW in 2 Etagen in die Kulmer Str. in Schöneberg
- Pfingsten 1974** 1. Pfingsttreffen in der Kulmer Str.

Eröffnung der "Beratungsstelle für homosexuelle Frauen" - Geburtsstunde der noch heute bestehenden "Lesbenberatung"
- September 1974** 2 Aktionen in Itzehoe beim Prozess Andersen/Ihns zusammen mit Hamburger Frauen/Lesben
- November 1974** 2. Rockfete mit den „Flying Lesbians“
- 1974** **Produktion der HAW-Dokumentation** „Eine ist keine – Gemeinsam sind wir stark“ Homosexuelle Aktion West-Berlin Frauengruppe
- Verstärkung der lesbischen Sichtbarkeit:**

Änderung der Selbstbezeichnung von "schwul" zu "lesbisch",

Ablösung von den schwulen Männern hin zur feministischen Frauenbewegung

1975

Januar, Umbenennung in **LAZ "Lesbisches Aktionszentrum"**

Herausgabe der "Lesbenpresse"

Pfingsttreffen mit Gruppen zu diversen Themen:

Rollenklischees, Heterozentrismus, Patriarchatskritik, Kapitalismuskritik, Kritik an bürgerlichen Beziehungs- und Familienstrukturen, Beziehungsmodelle, Forderung nach Akzeptanz, Freiheit der sexuellen Wahl, Geschichte der Homosexuellen- und Lesbenbewegung, öffentliche Aktionen, subversive Aktionen

Arbeitsgruppen in HAW und später LAZ (Auswahl):

- Selbsterfahrungsgruppe
- Marxismus-Leninismusgruppe, die Frau im Sozialismus
- Emanzipationsgruppe
- Frauen-Theorie-Gruppe
- Schwulsein ist schön
- Buchgruppe (die homosexuelle Frau in der Literatur)
- FF-Gruppe, Frauenbewegung/Feminismusgruppe
- Karategruppe

ab 1975 Projektphase:

- Lesbenpresse
- Übersetzungen („Frauenliebe“)
- Raubdrucke
- Blocksberg
- Diplomarbeiten als „Betroffene“ (I. Kokula, M. Kühn, u.a.m.)

ab 1976

Flucht der 2. Juni-Frauen, Hausdurchsuchungen, Festnahmen, kontroverse Diskussion über Unterstützung
Sejerö, Lesbian Nation, Separatismus-Diskussion, "Feminismus die Theorie -

Lesbischsein die Praxis"

Lesbisches Archiv (Gudrun Schwarz)

Auflösung des LAZ 1981 :

"Wir hatten erlebt, dass es neben den männlichen Trägern formeller Macht auch weibliche Pendants gibt, die insbes. im Feld der informellen Machtstrukturen zur Höchstform aufliefen.

Wir stellten fest, wie sehr wir in die Strukturen verstrickt waren, die wir bekämpften und dass wir das Repertoire machtvollen Verhaltens auch untereinander gut nutzten."(A. Osterland, Sappho-Stiftung)

Für mich selbst war bei anspruchsvoller Berufstätigkeit im naturwissenschaftlichen Bereich eine weitere Mitarbeit in der Lesben- und Frauenbewegung nicht möglich.

Warum jetzt wieder aktiv?

Erste Kontakte zu den Aktivistinnen von damals knüpften sich bei einem vor ca. 7 Jahren organisierten Fossilienfest, das den Frauen aus HAW und LAZ nach langer Zeit ein Wiedersehen bescherte. Daraus entstand ein regelmäßiges Treffen von Alt-Lesben in verschiedenen Lokalitäten.

Über den Kontakt mit Dr. Birgit Bolsold, die ich anlässlich der großartigen Doppel-Ausstellung "Homosexualität*en" im Deutschen historischen Museum und im Schwulen Museum kennen lernte, kam ich zur ehrenamtlichen Mitarbeit im Schwulen* Museum, zunächst im Museumsbereich, jetzt im Archiv.

Die Dominanz der meisten der als Mann geborenen (und dies wie auch immer ausgestaltenden) Mitarbeiter erinnert mich leider an "alte" HAW-Zeiten!

IQN - Deshalb ist es für mich eine große Freude, seit ca. 1 Jahr im Projekt "Initiative Queer Nations" für ein gemeinsames Haus der Archive, der Kultur und der Volksbildung mit zu arbeiten, wo wir vorhaben, uns dort als generationen übergreifende Lesbengruppe zu beteiligen und einzubringen.

Standpunkte:

Wir möchten Lesben wieder sichtbar machen - sie drohen im Queeren Regenbogen "unter zu gehen" - warum ist das so?

"Zwar kommen wir als queere Lesben immerhin noch vor, nämlich als „L“ an 1. Stelle noch vor SBTTIQ. Doch der 1. Platz in dieser Aufzählung kann nicht darüber hinweg täuschen, dass den Lesben unterm queeren Regenbogen real ein hinterer Platz vorbehalten ist, zumindest wenn es um die öffentliche Repräsentanz und Wahrnehmung geht. Lesben kommen im öffentlichen Diskurs kaum vor. Sie sind das sekundäre Geschlecht auch im homosexuellen Geschlechterrang eben weil sie Frauen sind. Auch in der Zusammenarbeit mit homosexuellen Männern bleibt die männliche Dominanz bzw. Arroganz nach wie vor ein Problem - sie haben sich wenig geändert!" (Zitat a. Osterland, Sappho-Stiftung).

Das müssen wir ändern. Es tut sich etwas!

Vor ca. zwei Jahren gab es eine Diskussionsveranstaltung für Lesben im SchwuZ Berlin - es kamen über 300 Lesben!

Eine Folgeveranstaltung im Schwuz wurde mit einem Angriff in sozialen Medien attackiert, so dass die Initiatorin selbst nicht zur Veranstaltung zu kommen wagte, die Diskussionsleiterin später bedroht wurde.

Damit erscheint die Sichtbarkeit der Lesben auch in der queeren "Community" gefährdet.

Damit ist für viele Lesben jetzt genug. Sie zeigen sich auf dem Dyke March, sie wollen ungestört Veranstaltungen und Fêtes durchführen, sie wollen nicht in queerer Beliebigkeit untergehen.

Aktueller Mutmacher kann dafür auch ein soeben erschienenes Buch sein*. Ich zitiere den Klappentext ("Lesben raus!: Für mehr lesbische Sichtbarkeit" von Stephanie Kuhnen, Hg.in)

"Es heißt, Lesben sind unsichtbar und eine aussterbende Identität. Angesichts der historisch einmaligen Situation, dass mehrere Generationen in einer toleranteren Gesellschaft sich offen zeigen können, hätte es über die Jahre eine steigende lesbische Präsenz geben müssen. Stattdessen dominieren schwule Männer Bild und Themen.

Wenn von Homosexuellen gesprochen wird, dann werden Lesben „mitgemeint“. Wenn es um LSBTTI*-Themen geht, werden selten lesbische Expertinnen befragt. Auch scheint es, „Queer“ wird lieber zu einer alternativen Identität erhoben, als sich „Lesbe“ zu nennen.

Was ist da los?

Sicher ist: Kein Mensch ist unsichtbar! Man wird unsichtbar gemacht oder entscheidet sich für Unsichtbarkeit, um Konflikte zu vermeiden."

Und noch ein weiterer Mutmacher:

Im kommenden Jahr wird das Schwule Museum Berlin verschiedene Ausstellungen über Lesben zeigen - so auch über die HAW-Frauengruppe und das LAZ!

Vielleicht sehen wir uns dort?

Anhang:

Einige der Projekte, die in dieser Phase der Frauen- und Lesbenbewegung und später entstanden sind, ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

Lesben-Beratung

Amazonen-Verlag

Frauen-Buchvertrieb

Karate-Gruppe

Frauenbands „Flying Lesbians“, „Lysistrara“, „Außerhalb“

Frauenbuchläden, in Berlin „Labrys“, „Lilith“

Druckerei-Projekt

Frauenbildungshäuser

Frauenferienhäuser

Diplomarbeiten, eigene Betroffenheit

1. Tribunal „Gewalt gegen Frauen“ in Brüssel 1976

Frauenmusik-Festival in Amsterdam

Spinnboden-Lesben-Archiv 1982

Blocksberg, Paramount Lesbenbar, Begine - Frauenkneipe und -Café
Seit 1974 diverse Frauenfeste, zuletzt das "Fossiljenfest" in Berlin 2015

Rad und Tat

1997 SAPPPhO-Stiftung, auch eine ideelle „Tochter“ der Frauen- und Lesbenbewegung der 70er Jahre, ein Bestandteil eines lesbisch-feministischen Netzwerks, mit der:

SAPPPhO Frauenwohnstiftung mit diversen Immobilien

Die Stiftung ist auch Trägerin des Lesbenfriedhofsareals mit 80 Bestattungsplätzen in Berlin Prenzlauer Berg

Genannt sei auch das Beginenwerk, z. B. Beginenhof Kreuzberg für über 50 Frauen, u.a. Wohnprojekte

Fachtagung im Themenjahr „Gleiches Recht für jede Liebe“:
 „Que(e)r denken: Herausforderungen in der Antidiskriminierungsarbeit
 LSBTTIQ*. Vielfalt als Stärke – Vielfalt als Herausforderung“ 2017

„Workshop – Lesbische Sichtbarkeit innerhalb und außerhalb der Community“

**Impuls (mit Ergänzungen) von Dr. Christiane Leidinger, Gastprofessorin für
 Geschlechtersoziologie und Empowerment, Hochschule Düsseldorf**

***Überlegungen, Denk- und Forschungsanregungen zu Lesben* und
 Un/Sichtbarkeit***

„Lesbische Sichtbarkeit“ sollte eine Selbstverständlichkeit sein: zum einen in einer demokratischen Gesellschaft und zum anderen in LGBTIQ*-Communities – umgesetzt ist Sichtbarkeit von Lesben*¹ allerdings nicht.

Lesbische und queere Lebensweisen und ihre unterschiedlichen Selbstverständniskonzepte – und lesbische wie queere Subjekte sollten sichtbar sein. Dazu gehört, historische und aktuelle Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen von Lesben* und Queers sehen zu können – ebenso wie vergangene und anhaltende Emanzipationskämpfe und Widerstand von lesbischen Frauen, Inter* und Trans*. Sichtbarkeit von Lesben* ist Teil von gesellschaftlicher Emanzipation einer Minorität; Sichtbarkeit kann Repräsentation gewährleisten, sorgt für (mehr) Selbstverständlichkeit. Bei Sichtbarkeit geht es um Präsenz, um Selbstvertretung und um Stellvertretung, um Fragen von Partizipationsmöglichkeiten, von „Durchsetzungsvermögen“ und damit auch um politischen Einfluss (Schaffer 2008: 51) sowie nicht zuletzt um Entscheidungsmacht. Je nach politischer Ausrichtung geht es um Teilhabe am Bestehenden oder um das Ziel grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen bis hin zur Transformation. Es geht um Lesben* als unabhängige politische Akteurinnen* und als politische Bündnispartnerinnen*.

Sichtbarkeit als Anerkennung: Erkennbarkeit und Wertsetzung

¹ Die Schreibweise der Kategorie „Lesbe(n)“* verweist auf geschlechtliche Selbstbestimmung, konkret auch darauf, dass sich Trans* und Inter* ebenfalls als lesbisch oder mit der Kategorie „Lesbe“ identifizieren können. Dies gilt im Text auch für die Nutzung des Asterix für „Frau“* und andere Destabilisierungen von Zweigenderung.

Zuallererst bedeutet Lesben* sichtbar machen eine „Forderung nach Anerkennung“ (Schaffer 2008: 12). „Anerkennung“ ist dabei ein „Produkt und [ein] Prozess gesellschaftlicher Strukturen und Dynamiken“ (Schaffer 2008: 20). Mit Anerkennung werden zwei Dimensionen ausgedrückt: Erkennbarkeit und Wertsetzung (vgl. Schaffer 2008: 20; 79; 141). D.h. lesbische Subjekte, Lebensweisen und Perspektiven von Lesben* erkennen zu können und ihnen einen Wert beizumessen, sie im Idealfall wertzuschätzen.

Un/Sichtbarkeit als (bewegungs-)historisches Thema

Die Frage nach Sichtbarkeit ist *kein* neues Thema. Im Gegenteil: Die Kritik an Unsichtbarkeit von lesbischen Frauen hat eine lange Geschichte. Die erste Quelle, die wir dazu bislang weltweit kennen, stammt aus der Feder von Emma Trosse (1863-1949), später verheiratete Külz, ein von ihr 1897, also vor 120 Jahren veröffentlichter Text; frauen- oder homosexuellen-emanzipatorisch-kollektiv eingebunden war Trosses kritische Feststellung der Nicht-Beachtung von lesbischen Frauen in ihrem Buch jedoch nicht (vgl. Trosse 1897: 4; Leidinger 2013). Die wichtigste – auch im Sinne von erfolgreichste – Akteurin der Kritik an Unsichtbarkeit und des Kampfes für lesbische Sichtbarkeit ist sicherlich die in der BRD Anfang der 1970er Jahre entstehende Lesbenbewegung (vgl. Dennert/Leidinger/Rauchut 2007). Die Lesbenbewegung als Teilbewegung der Frauenbewegung machte Lesben, ihre Interessen und ihre Perspektiven mit kulturellen und politischen Aktivitäten sowie insbesondere mit politischen Aktionen sichtbar (vgl. Leidinger 2015). Die aus der BRD-Bewegung und dem DDR-Aktivismus entstandenen Projekte von und mit Lesben bis hin zu queer-feministischen Initiativen, die oftmals Teil der Infrastruktur der Sozialen Arbeit sind, arbeiten bis heute für die Sichtbarkeit von Lesben, zumeist von Cis-Lesben. Eine weitere wichtige Akteurin war die – damals noch bewegungsnahe – frühe Lesbenforschung und lesbisch-feministische Wissenschaft (z.B. Reinberg/Roßbach 1985) bis hin zur aktuellen (lesbisch-)queer-feministischen Forschung², die in der Bundesrepublik strukturell bedingt weiterhin oft außerhalb der Hochschule stattfindet.

² Zuletzt hat sich für ein explizites Zusammendenken von lesbisch-feministischen und queeren Perspektiven und explizit *gegen* die Vorstellung eines prinzipiellen Ausschlusses (der auch in sich ja keineswegs homogenen Ansätze) aus einer Feminist-of-Color-Perspektive Sara Ahmed (2017) stark gemacht.

Un/Sichtbarkeit kaum systematisch erforscht

Sichtbarkeit von Lesben ist ein vielschichtiges und kaum systematisch erforschtes Thema.³ Fraglos ist Un/Sichtbarkeit von Lesben ein zentraler Faktor in der Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Gewalt (vgl. Faulseit/Müller/Ohms/Soine 2001) gegen lesbische Frauen* – also lesbische Trans* und Inter* eingeschlossen: strukturell, individuell wie auch bezogen auf Lesben* als soziale Gruppe.

Im Folgenden werden aus der komplexen Thematik mit seinen unterschiedlichen Ebenen und Perspektiven fünf Stichworte durchbuchstabiert: *Grenzziehung, Unsichtbarkeitsanalysen, Wahrnehmung(sbewertung), Ambivalenz, Intersektionalität*. Weitere fünf wichtige Stichworte, die darüber hinaus besonders bedeutsam zu diskutieren wären lauten: *Aussehen von Lesben, Gender Performance, Zugänglichkeit, Potential sowie Verantwortung*.

Stichwort: Grenzziehung

Der zentrale politische Kontext der Frage nach Sichtbarkeit von Lesben* ist insbesondere die frauen-historisch sowie homosexuellen- und trans*geschichtlich relevante *Grenzziehung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit* (vgl. Boxhammer/Leidinger 2014; Bargetz 2016). Diese – verzweigeschlechtliche und hierarchische – Grenzziehung wird besonders deutlich in Aussagen, die Homosexualität explizit oder implizit zur Privatsache erklären und damit auf eine Privatisierung von Lebensweisen hinauslaufen. Diese Haltung wird etwa von der AfD vertreten (vgl. AfD zit. n. Lang 2017: 65; AfD 2016) und ist dabei breit gesellschaftlich anschlussfähig (vgl. Küpper/Klocke/Hoffmann 2017: 18; 25; 156; 165) – was gern vergessen wird.

³ Zuletzt wurden Fragen zu gesellschaftlicher Sichtbarkeit von Lesben in dem Projekt „un_sichtbar: Lesben, Schwule und Trans* in Mecklenburg-Vorpommern – Lebensrealitäten, Ausgrenzungserfahrungen und Widerständigkeiten“ von LOLA für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern u.a. im Rahmen einer Expertise gestellt (LOLA für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern e.V. 2016). Vgl. zum Projekt un-sichtbar-mv.de/.

Stichwort: Un/Sichtbarkeitsanalysen

Un/Sichtbarkeit im Zusammenhang mit Diskriminierung bis hin zu Gewalt ist nur auf den ersten Blick eindeutig. Mich interessieren für weitere *Analysen* zumindest vier Aspekte: Gibt es einen Unterschied zwischen Unsichtbarkeit als *Faktor* von Diskriminierung und Gewalt gegen Lesben*, Unsichtbarkeit als *Ursache* und Unsichtbarkeit als *Auswirkung* von anderen Diskriminierungsformen? Wo und wie wird Unsichtbar-Machen von Lesben als machtvolle *Strategie* gegen sie eingesetzt? Wie lassen sich etwaige Unterschiede analytisch fassen und wie sehen diese bei jeweils verschiedenen gesellschaftlichen Positionierungen und deren Überkreuzungen aus? Wie gehen Lesben* damit um? Welchen Umgangsformen, welchen Protest und Widerstand auch in Form von politischen Aktionen gab und gibt es dagegen? Und nicht zuletzt wäre zu untersuchen, wie sich Lesben an Unsichtbarkeit und Unsichtbar-Machen bewusst oder unbewusst beteiligen, indem sie diese reproduzieren; wobei die Frage nach dem „Warum“ nicht vergessen werden sollte. Es fehlt an Forschung und Diskussionen dazu, welche Lesben (wo) sichtbar werden (können) und welche gleichzeitig unsichtbar gemacht werden – und welche Folgen (welche) Un/Sichtbarkeit hat wie etwa grenzüberschreitende Fragen (vgl. Reinberg/Roßbach 1985: 177f.; Dennert 2005: 71; 77; zuletzt: vgl. Kalkum/Otto 2017: 94f.) oder auch Ignoranz etwa im Gesundheitssystem mit wiederum weitreichenden Folgen für die gesundheitliche Versorgung sowie Gewalt gegen Lesben, die als solche sichtbar sind (vgl. Dennert 2005: 71f.; 79f.). Des Weiteren ist danach zu fragen, wie als „lesbisch“ Konstruiertes im öffentlichen Raum sichtbar ist bzw. gemacht wird und diskriminierend gegen Frauen un/abhängig von ihrer Lebensweise eingesetzt wird.⁴

Stichwort: Wahrnehmung(sbewertung)

Wenn wir über Un/Sichtbarkeit von Lesben* sprechen, dann darf über Geschlecht und damit über Sexismus, der sich gegen Frauen* richtet, nicht geschwiegen

⁴ So erzählte eine Studentin auf Color in einem meiner Seminare an der Hochschule Düsseldorf folgende Situation: Sie war allein auf der Straße unterwegs und hörte wie in der ihr entgegen laufenden Gruppe von jungen Männern darüber beratschlagt wurde, sie anzusprechen. Einer der Männer sagte folgendes, wonach die Debatte in der Gruppe versiegte: „Nee, lass mal, die hat 'ne Lesbenhose an.“ An diesem Fall-Beispiel zeigt sich, wie in der Forschung zu Diskriminierung und Gewalt bezogen auf (Hetero-)Sexismus und Heteronormativität, Fragen von Gender Performances von Frauen mit Fragen nach Zuschreibungen verknüpft werden müssten.

werden. Sexismus fängt bei der *Wahrnehmung* an. Denn Sichtbarkeit von Lesben* hat nicht nur mit Sichtbarsein im Sinne von Zu-sehen-sein zu tun, sondern auch damit, wie Lesben wahrgenommen werden: interpersonal, strukturell, institutionell⁵ – und insofern mit Wahrnehmungsfiltern. Die Kategorie ‚Geschlecht‘ ist vor dem Hintergrund von Sexismus ein solcher Filter und Wahrnehmungsfilter steuern Aufmerksamkeit – gesellschaftlich und in den Communities. Beispielsweise hören verschiedene Formen von Ignoranz nicht zwingend auf, wenn Lesben wahrgenommen werden. Stattdessen stellt sich die Frage nach *Bewertung/en*: Werden Lesben gleichberechtigt wahrgenommen? Wird Lesben zugehört? Werden Lesben ernst genommen? Dürfen Lesben mitentscheiden? Wie steht es um Respekt, um Wissen, um Neugier, um echtes Interesse für Lesben* und lesbische* wie queere Perspektiven in der und auf die Welt? Und wie wiederum wirkt der Sexismus auf Lesben zurück? Nehmen Lesben* sich und ihre Anliegen selbst wichtig?

Forschungsvorschlag

Für Forschung zu Lesben* und Sichtbarkeit sind nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ‚alte‘ Fragen aufzugreifen (z.B. Rich 1989; Faulseit/Müller/Ohms/Soine 2001), diese ggf. zu ergänzen, neu zu perspektivieren und neue innovative Fragen und Ansätze zu entwickeln sowie neue/re Studien zu rezipieren (z.B. Wright 2013), die sich auf verschiedenste Varianten von Sexismus⁶, Heterosexismus und Heteronormativität⁷ in Gesellschaft oder Communities beziehen und zum Beispiel auch gender performances und Sichtbarkeit von Lesben* mit einbeziehen.

Grundsätzlich schlage ich für Untersuchungen auf der interpersonalen Ebene das Konzept der „Microaggressions“ vor (vgl. Sue 2010), da dieses nicht nur, aber auch unintendierte und schwer wahrnehmbare Diskriminierungen fokussiert und genauer analysiert und dabei zudem die dahinterliegenden Themen und durch Diskriminierung vermittelten Botschaften an die von Diskriminierung Betroffenen

⁵ Zur Unterscheidung von institutioneller und struktureller Diskriminierung vgl. zuletzt Gomolla (2017).

⁶ Die Theorie- und Praxisdebatte um Sexismus ist erfreulicherweise wieder aufgeflammt (vgl. z.B. APuZ 2014; Debus 2015; Scheidegger 2016). Hier ist u.a. zu diskutieren, ob und wie die Ausweitung von Sexismus als Diskriminierung aufgrund des Geschlechts einerseits sexistische Hierarchien zwischen Frauen und Männern mitdenkt und andererseits Sexismen einfangen kann, die sich gegen Schwule und gegen Trans* richten. Gleichzeitig sollten auch spezifische Sexismen, die von Trans* sowie von Schwule gegen (Cis-)Frauen ausgeübt werden, Gegenstand von Untersuchungen sein und die Frage der Funktionalität für die Konstruktionen von Männlichkeit einbeziehen.

⁷ „Heteronormativität“ wird sehr unterschiedlich gedacht. Zu dem hier zugrundeliegenden Heteronormativitätsverständnis vgl. Degele 2008: 88-93 sowie Klapeer 2015. Allerdings wird u.a. die von Klapeer benannte „Geschlechterungleichheit“ weiter und explizit mit „Sexismus“ gefasst.

sichtbar macht. Dieser wiederum bietet Ansatzpunkte des Verstehens, des Benennens, der Prävention und des Empowerments.

Daran anknüpfend plädiere ich für eine Ausweitung und Verbindung dieser Forschungsperspektive mit institutioneller und struktureller Diskriminierung. Theoretisch wie empirisch gilt es dabei zudem Zusammenhänge und Bedingungsgefüge sowie Ermöglichungsstrukturen sichtbar zu machen und die Ergebnisse zu kontextualisieren.

Stichwort: Ambivalenz

Sichtbarkeit, darauf hat Johanna Schaffer (2008) aufmerksam gemacht, bedeutet auch eine höhere Einbindung in gesellschaftliche Identitätsvorgaben und von Normen. Dann muss über andere „Parameter“ von „Kontrolle und Disziplinierung“ gesprochen werden (Schaffer 2008: 20f.; 51). Als Beispiel für ambivalente Sichtbarkeit diskutiert Schaffer Repräsentation als Realitätskonstruktion und benennt neben dem gleichzeitigen Unsichtbarmachen stereotypisierende und pathologisierende Darstellungen, die sie als „Anerkennung im Konditional“ bezeichnet (Schaffer 2008: 21; 77ff., Herv. i.O.). Insofern ist Sichtbarkeit als soziale Konstruktion zu denken, höchst ambivalent und kann kein politisches Allheilmittel sein. Entsprechend wäre zu diskutieren: Geht es um Sichtbarkeit um jeden Preis? Zugespitzt gefragt: Ist irgendeine mediale Lesbendarstellung besser als gar keine? Den von Schaffer benannten stereotypisierenden Vorstellungen möchte ich eine weitere (ihrerseits diskriminierungsbedingte) *Ambivalenz* von Sichtbarkeit von Lesben – und diese dürfte wohl für Angehörige aller diskriminierter sozialer Gruppen gelten – hinzufügen: *Delegitimierung*.

Als Lesbe sichtbar sein kann gleichermaßen bei einer Thematisierung von Homosexualität oder bei einer Intervention gegen Diskriminierung generell nachteilig sein. Die sprechende Person – ob individuell, aus einer Initiative oder Organisation – ist lesbisch: ‚Ah, eine Betroffene. Ach so, na dann‘ ist oft eine (unausgesprochene) Reaktion. Sichtbarkeit sogenannter Betroffener schwächt dann deutlich die Sprechposition bis hin zu ihrer Delegitimierung. Nicht nur hier sind strategische Entscheidungen gefragt, Überlegungen zur Art des Sprechens oder zum Zeitpunkt von Schweigen.

Stichwort: Intersektionalität

Sichtbarkeitsfragen von Lesben sollten stets auch *weitergehend*⁸ intersektional, also nicht ‚nur‘ bezogen auf die zwei etwaigen Intersektionen Geschlecht *und* sexuelle Orientierung und Lebensweise⁹, sondern hinsichtlich *weiterer*, sich ggf. auch überschneidender Zugehörigkeiten und auf sie verweisende Macht- und Herrschaftsverhältnisse gestellt werden.

Schwarze Lesben, jüdische Lesben, Krüppellesben, Lesben mit Beeinträchtigungen, Prollesben oder Proloesben, also Lesben mit einer sozialen Herkunft aus und/oder einer sozialen Position *in* der Arbeiter- oder Armutsklasse mussten und müssen gegen zusätzliche und spezifische Diskriminierung und Gewalt sowie darüber hinaus um ihre jeweilige *Sichtbarkeit* in den LGBTIQ*-Communities ebenso kämpfen wie um ihre gesellschaftliche Repräsentation (vgl. Über- und Einblick bei Dennert/Leidinger/Rauchut 2007; zuletzt: Roßhart 2016). Dabei tragen die jeweils Nicht-Zugehörigen politische Verantwortung für die Sichtbarkeit dieser Gruppen und Individuen sowie für entsprechende gesellschaftliche Veränderungen.

Eine *weiße* Lesbe ist nie nur Lesbe, sondern wird immer *gleichzeitig* als Frau wahrgenommen und kann sexistisch diskriminiert werden bzw. ihr kann gerade dieses ‚Frau‘sein‘ aufgrund ihres Äußern abgesprochen werden – was ‚maskulin‘ oder androgyn aussehende Lesben sowie Translesben trifft, die nicht als Frau ‚durchgehen‘. Eine migrierte Lesbe wird als Frau und/oder Trans* gelesen, *als* lesbisch und *als* Migrantin und jeweils also solche potentiell diskriminiert und ist zudem womöglich durch *spezifische* Formen von Diskriminierung betroffen, die sich aus zwei, drei oder auch weiteren Intersektionen ergeben können. Sie ‚ist‘ nie nur eine dieser drei genannten Zugehörigkeiten. Unabhängig davon welche und wie viele Dimensionen bei einer Diskriminierung im Vordergrund stehen oder relevant werden,

⁸ Nach wie vor gibt es in der Forschungsdiskussion keine Einigkeit über die Nutzung und Anwendung des Begriffs „Intersektionalität“ (vgl. dazu Cho/Crenshaw /McCall 2013). Der Terminus wurde 1989 in der (juristischen) Debatte des US-amerikanischen Feminismus of Color bezogen auf die Überkreuzung von „race“ und „gender“ von Kimberlé Williams Crenshaw entwickelt und ist inzwischen breit etabliert.

⁹ In einigen Ansätzen wird „gender“ und „sexuality“ ausdrücklich zu *einer* Kategorie zusammengefasst, wodurch – je nach Forschungsperspektive – entweder Heteronormativität/Heterosexismus oder Sexismus nicht oder nicht ausreichend analysiert wird. Sicherlich handelt es sich bei „gender“ und „sexuality“ vor dem Hintergrund von Sexismus einerseits und der „wechselseitige[n] Bedingtheit und Ko-Konstruktion“ der Zweigeschlechterordnung und Heterosexualität andererseits (Hark 2016: 59), um ein äußerst enges Verhältnis.

sind intersektionale Identitäten täglich gelebte Lebensrealitäten und sie sind voneinander *nicht* abtrennbar.

Un/Sichtbarkeit und Intersektionalität ist eine Frage des Eingebunden-Seins in verschiedene gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse von „A“ wie Ableism bzw. „A“ wie Antisemitismus über „K“ wie Klassismus bis „R“ wie Rassismus. Es ist ein Privileg, persönlich in der Situation zu sein, denken zu können, es genüge, sich mit der Sichtbarkeit zum Beispiel von *weißen* Lesben aus dem und im Bürgertum auseinanderzusetzen.

Un/Sichtbarkeit von Lesben mit intersektionalen (Hetero-)Sexismusanalysen untersuchen

Vor diesem Hintergrund möchte ich mit einem vielleicht überraschend erscheinenden Plädoyer enden: Es sollte bezogen auf Lesben* und Un/Sichtbarkeit – mal wieder – oder auch neu über Sexismus in Gesellschaft und LGBTIQ*-Communities gesprochen werden... und über intersektional wirkenden Sexismus, Heterosexismus und Heteronormativität. Fragen nach der Notwendigkeit von gesellschaftlicher Kritik und Veränderungen von Macht- und Herrschaftsverhältnissen müssen dabei integraler Bestandteil sein. Denn: Die Herstellung von Sichtbarkeit von Lesben* allein reicht *keinesfalls* aus.

Literatur

Ahmed, Sara (2017): Living a Feminist Life. Durham/London.

APuZ (2014): Aus Politik und Zeitgeschichte 8/2014, Sexismus.

Bargetz, Brigitte (2016): Ambivalenzen des Alltags. Neuorientierungen für eine Theorie des Politischen. Bielefeld.

Boxhammer, Ingeborg/Leidinger, Christiane (2014): Sexismus, Heteronormativität und (staatliche) Öffentlichkeit im Nationalsozialismus. Eine queer-feministische Forschungsperspektive auf die Verfolgung von Lesben und/oder Trans* in (straf-)rechtlichen Kontexten. In: Schwartz, Michael (Hrsg.): Homosexuelle im Nationalsozialismus: Neue Forschungsperspektiven zu Lebenssituationen von lesbischen, schwulen, bi-, trans- und intersexuellen Menschen 1933 bis 1945. Zeitgeschichte im Gespräch Bd. 18. Hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte. München/Wien, S. 93-100.

Cho, Sumi/Crenshaw, Kimberlé Williams/McCall, Leslie (2013): Toward a Field of Intersectionality Studies: Theory, Applications, and Praxis. In: SIGNS. Journal of Women in Culture and Society 4/2013, Vol. 38, S. 785-810.

Debus, Katharina (2015): Du Mädchen! Funktionalität von Sexismus, Post- und Antifeminismus als Ausgangspunkt pädagogischen Handelns. In: Hechler, Andreas/Stuve, Olaf (Hrsg.): Geschlechterreflektierende Pädagogik gegen Rechts. Unter Mitarbeit von Christian Beeck.

Opladen/Berlin/Toronto, S. 79-99.

Degele, Nina (2008): Gender/Queer Studies. Eine Einführung. München.

Dennert, Gabriele (2005): Die Gesundheitliche Situation lesbischer Frauen in Deutschland. Pfaffenweiler.

Dennert, Gabriele/Leidinger, Christiane/Rauchut, Franziska (Hrsg.) (2007): In Bewegung bleiben. 100 Jahre Politik, Kultur und Geschichte von Lesben. Unter Mitarbeit von Stefanie Soine. Berlin.

Faulseit, Andrea/Müller, Karin/Ohms, Constance/Soine, Stefanie (2001): Anregungen zur Entwicklung eines lesbisch-feministischen Gewaltbegriffs als Grundlage für politisches Handeln. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis 56/57/2001, S. 13-30.

Gomolla, Mechtild (2017): Direkte und indirekte, institutionelle und strukturelle Diskriminierung. In: Scherr, Albert/EI-Mafaalani, Aladin/Gökçen, Yüksel (Hrsg.): Handbuch Diskriminierung. Wiesbaden, S. 133-155.

Hark, Sabine (2016): Heteronormativität revisited. Komplexität und Grenzen einer Kategorie. In: Tietz, Lüder/Paul, Barbara (Hrsg.): Queer as... – Kritische Heteronormativitätsforschung aus interdisziplinärer Perspektive. Bielefeld, S. 53-72.

Kalkum, Dorina/Otto, Magdalena (2017): Diskriminierungserfahrungen in Deutschland anhand der sexuellen Identität. Ergebnisse einer quantitativen Betroffenenerfahrung und qualitativer Interviews. Hrsg. v. Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Berlin.

Klapeer, Christine M. (2015): Vielfalt ist nicht genug! Heteronormativität als herrschafts- und machtkritisches Konzept zur Intervention in gesellschaftliche Ungleichheiten. In: Schmidt, Friederike/Schondelmayer, Anne-Christin/Schröder, Ute B. (Hrsg.): Selbstbestimmung und Anerkennung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Lebenswirklichkeiten, Forschungsergebnisse und Bildungsbausteine. Wiesbaden, S. 25-44.

Küpper, Beate/Klocke, Ulrich/Hoffmann, Lena-Carlotte (2017): Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen in Deutschland. Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Umfrage. Hrsg. v. Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Baden-Baden.

Lang, Juliane (2017): Feindbild Feminismus. Familien- und Geschlechterpolitik in der AfD. In: Grigat, Stephan (Hrsg.): AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder. Baden-Baden, S. 61-78.

Leidinger, Christiane (2015): Zur Theorie politischer Aktionen. Eine Einführung. Münster.

Leidinger, Christiane (2013): Transgressionen – Streifzüge durch Leben und Werk von Emma Trosse (1863-1949). Erste Denkerin des *Dritten Geschlechts* der Homosexuellen und Sinnlichkeitslosen. In: Invertito. Jahrbuch für die Geschichte der Homosexualitäten, 14. Jahrgang 2012. Hamburg 2013, S. 9-38.

LOLA für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern e.V. (2016): „Ich hab mich normal gefühlt, ich war ja verliebt, aber für die andern ist man anders“. „Homo- und Trans*feindlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern“. In Kooperation mit der Amadeu Antonio Stiftung. o.O.

Reinberg, Brigitte/Roßbachm Edith (1985): Stichprobe: Lesben. Erfahrungen lesbischer Frauen mit ihrer heterosexuellen Umwelt. Pfaffenweiler.

Rich, Adrienne 1989 [Orig. 1980]: Zwangsheterosexualität und lesbische Existenz. In: List, Elisabeth/Studer, Herlinde (Hrsg.): Denkverhältnisse. Feminismus und Kritik. Frankfurt/M., S. 244-277.

Roßhart, Julia (2016): Klassenunterschiede im feministischen Bewegungsalltag. Anti-klassistische Interventionen in der Frauen- und Lesbenbewegung der 80er und 90er Jahre in der BRD. Berlin.

Schaffer, Johanna (2008): Ambivalenzen der Sichtbarkeit. Über die visuelle Struktur der Anerkennung. Bielefeld.

Scheidegger, Christine (Hrsg.) (2016): Sexistische Botschaften in Sprache, Text, Bild, Werbung und Film. Wettingen.

Sue, Derald Wing (2010): Microaggressions in Everyday Life. Race, Gender, and Sexual Orientation. New Jersey.

Wright, Tessa (2013): Uncovering sexuality and gender. An intersectional examination of women's experience in UK construction. In: Construction Management and Economics 8/2013, Vol. 31, S. 832-844.

Quellen:

AfD (2016): Berliner Landeswahlprogramm der AfD 2016. Online: https://afd.berlin/wp-content/uploads/2016/07/AfD_Berlin_Wahlprogramm_A5_RZ.pdf.

Tr. [d.i. Emma Trosse] o.J. [1897]: Ein Weib? Psychologisch-biographische Studie über eine Konträrsexuelle. Leipzig: Max Spohr.

Impulsvortrag über intersektionale Aspekt (Queer und Taub)

Ich bin Martin Vahemäe-Zierold und studiere im 6. Semester Soziale Arbeit an der Alice-Salomon Hochschule. Ich habe gerade ein 6-monatiges Praktikum bei ABqueer e.V. absolviert. Nebenberuflich arbeite ich als Dozent für Deutsche Gebärdensprache.

Einführung: Intersektionale Betrachtung von Taubsein und Queer

In meinem Vortrag ging um eine intersektionale Betrachtung von Taubsein und Queersein. Ist eine Person taub und queer sind diese beiden Aspekte miteinander verbunden. Diese sind nicht voneinander getrennt zu betrachten, sondern beeinflussen sich gegenseitig und sind unweigerlich verwoben.

2. Visuelle Wahrnehmung - zentrale Bedeutung für Taube

Für eine Taube Person ist die visuelle Wahrnehmung sehr wichtig. Dies kann natürlich auch allgemein auf hörende Personen zutreffen. Taube Menschen erschließen sich die Welt über den Sehsinn. Er bildet eine wichtige Grundlage für sie und formt ihre Identität. Die Gebärdensprache ist eine visuelle Sprache. Die Norm im Alltag ist eine lautsprachliche Kommunikation. Treffen taube Menschen auf andere Gebärdensprachnutzer*innen können sie sich mit ihnen schnell identifizieren.

3. Was ist Gebärdensprache?

Gebärdensprache ist eine anerkannte eigenständige Sprache mit einer eigenen Grammatik, die sich von gesprochener Sprache unterscheidet. Sie ist eine manuelle Sprache. Handbewegungen, Mimik und Körperhaltung sind wichtige Bestandteile. Sie ist natürlich entstanden und wurde nicht künstlich entwickelt. Weltweit unterscheiden sich Gebärdensprachen. Sie ist nicht international. In Deutschland gebärdet man Deutsche Gebärdensprache (DGS), in den USA American Sign Language (ASL) und beispielsweise in Großbritannien British Sign Language (BSL). Es gibt, genauso wie bei gesprochenen Sprachen, Dialekte. Beispielsweise gebärdet man in Hamburg ein bisschen anders als in Berlin.

Danach bin ich auf drei verschiedene Modelle eingegangen, die jeweils eine sehr unterschiedliche Sichtweise auf Taubsein haben.

4. Medizinisches Modell: Defizitäre Sichtweise

Das medizinische Modell sieht Taubheit als Defizit. Daher habe ich dieses Plakat ausgewählt. Auf diesem wird gesagt: „Taub macht stumm.“ Und vermittelt eine sehr negative Sicht auf Taubsein. Assoziationen wie „taube Menschen sind stumm“, impliziert, dass sie keine Sprache haben und dumm sind. Ein gesunder Mensch ist jemand der hören kann. Taube Menschen müssen daher behandelt werden und weitestgehend an die hörende Mehrheit angepasst werden. Der Hörstatus spielt hierbei eine wichtige Rolle. Es werden Kategorien wie leicht, mittel- und hochgradigschwerhörig sowie an Taubheit grenzend aufgestellt. Mittels Technologien, die ständig weiterentwickelt und verbessert werden, wird versucht,

das „Defizit“ zu beheben. Je nach Hörstatus bekommen bereits Kinder Hörgeräte oder ein Cochlear Implantat. Ein Cochlear Implant Zentrum befindet sich beispielsweise in Hannover. Eine Zusammenarbeit mit der Taubengemeinschaft gibt es leider bisher nicht.

5. Soziales Modell: Menschen mit Behinderung

Das Soziale Modell von Behinderung geht davon aus, dass Menschen aufgrund gesellschaftlicher Verhältnisse behindert werden und somit nicht vollständig teilhaben können. Sie selbst sind nicht behindert, sondern werden behindert. Dies trifft auf mich als taube Person zu. Da Taube in einer hörenden Mehrheit leben stoßen sie im Alltag auf Kommunikationsbarrieren. Die UN-Behindertenrechtskonvention und das Bundesteilhabegesetz fordern eine Gleichstellung von behinderten Menschen und geben Richtlinien vor, wie dies umgesetzt werden soll. Für taube Menschen müssen beispielsweise Gebärdensprachdolmetscher*innen zur Verfügung gestellt werden.

6. Soziolinguistisches Modell: Sprachliche und kulturelle Minderheit

Das sozio-linguistische Modell legt den Fokus auf Gebärdensprache. Parallelen kann man zu den Forderungen von indigenen Völkern ziehen. In diesem Modell wird die Bedeutung der Taubengemeinschaft hervorgehoben. Hier wird die Sichtweise von Tauben Menschen in den Mittelpunkt gerückt. Daher ist dieses Modell ein sehr empowerndes Modell. Diese Sichtweise wird leider sehr selten von der hörenden Mehrheitsgesellschaft verstanden. Begriffe wie *Deafhood* wurden von Vertreter*innen dieses Modells geprägt. Eine Forderung, die diesem Modell zugrunde liegt, ist die Anerkennung von Tauben als sprachliche und kulturelle Minderheit. Gebärdensprache und Lausprache sind somit zwei vollständig gleichwertige Sprachen. Sehr neu ist der Wunsch nach Anerkennung als nationaler Minderheit.

Generell kann man zwischen zwei Gruppen unterscheiden. Taube Menschen und Gebärdensprachnutzer*innen.

7. Gehörlosenbewegung – Intersektionalität: Deaf und Queer - Vorbild: Gunter Trube

Abschließend habe ich einen kurzen Einblick in die Gehörlosenbewegung gegeben. Die Tauben- und Queercommunity verzeichnet eine lange Geschichte der Unterdrückung und Diskriminierung. In beiden Bereichen entstanden Empowermentbewegungen und es wurde versucht, sich von der Unterdrückung der Mehrheitsgesellschaft zu emanzipieren. Dies wurde durch verschiedene Widerstandsformen erreicht, z.B. Demonstrationen. Als taube queere Person lebt man als Minderheit in einer Minderheit. Der Personenkreis wird sehr klein, was Probleme und Herausforderungen mit sich bringt. Es wurden auch taube queere Vereine gegründet wie beispielsweise „verkehrten Gehörlosen Berlin `85 e.V.“. Dieser ist heute leider nicht mehr aktiv. Gunter Puttrich-Reignard (später Trube) war ein großes

Vorbild für Menschen, die taub und queer sind, aber auch für heterosexuelle taube Menschen. Er leistete viel Aufklärungsarbeit und war künstlerisch sehr aktiv.

Diskriminierung durch Geschlechts- bzw. Sexualitätskategorisierungen von Trans*personen in der lesbischen und schwulen Community

Diskriminierung gegenüber Trans*personen in der lesbischen und schwulen Community lässt sich besonders gut anhand der Türpolitik für Partys und Veranstaltungen verdeutlichen.

Beispielsweise anhand von Partys oder Veranstaltungen für Schwule: Die Kategorie schwul scheint zunächst relativ eindeutig. So eindeutig, wie sie allerdings scheint, ist sie für viele Menschen nicht. Sie führt bei vielen zu Fragen danach, ob sie auf Partys oder Veranstaltungen dürfen, die für schwule Menschen ausgeschrieben sind. Es stellt sich also die Frage, was heißt eigentlich schwul? Schwul heißt, dem Duden (2017a) zufolge: „(von Männern) homosexuell veranlagt, empfindend“.

Sind Partys für Schwule also nur für Cis-Männer (also bei der Geburt als Mann zugewiesene Personen und als solche lebende)? Oder heißt schwul dann auch, dass Trans*männer zugelassen sind?

Auch bei Partys für Lesben stellt sich immer wieder für Trans*personen die Frage: Was heißt eigentlich lesbisch und werde ich als lesbisch zugelassen und gelesen? Heißt lesbisch nur für Cis-Frauen oder auch für Trans*frauen? Und muss ich Frau sein, um lesbisch zu sein oder Mann, um schwul zu sein? Was ist mit Lesbischen Männern und Schwulen Frauen¹? Da dieses Selbstverortung vielleicht nicht allen Anwesenden bekannt ist zitiere ich eine/einen Girlfag:

„Carolin: GirlFags oder auch schwule Frauen*, fühlen sich zu Männern*, die auf Männer* stehen, hingezogen und haben das Bedürfnis mit ihnen eine schwule Beziehung zu führen. GuyDykes sind lesbische Männer*, die lesbische Beziehungen mit Frauen* anstreben und somit in ihrer Begehrensform lesbisch sind. Nicht alle GirlFags und GuyDykes fühlen sich vollkommen weiblich bzw. männlich und können sich z.B. als genderqueer oder weder*noch* identifizieren. Der Übergang zum schwulen Trans*Mann* und zur lesbischen Trans*Frau* ist jeweils fließend.“ (Querulant_in 2013/14: 23)

Kann also vielleicht Begehren nicht (mehr) so eindeutig an der geschlechtlichen Verortung festgemacht werden? Ist deshalb die Kategorie „Mann“ im Duden bei der Definition von schwul in Klammern gesetzt? Ist bei diesen Partys oder Veranstaltungen also vielleicht primär das homosexuelle Begehren ausschlaggebend?

¹ Die Schreibweise Schwule Frauen und Lesbische Männer geht auf Uli Mayers Artikel "'Almost homosexual'. Schwule Frauen/ Schwule Transgender (GirlFags/Trans*Fags).“ zurück.

Aber was heißt dann eigentlich Homosexuell?

Homosexuell ist im Duden (2017b) definiert als:

„in seinem sexuellen Empfinden und Verhalten zum eigenen Geschlecht hinneigend“

Also doch auch hier wieder das Geschlecht im Fokus der Definition. Aber was heißt das dann für Girlfags und Guydykes? In einer binären Geschlechterlogik würden sie sich dem anderen Geschlecht hinneigend empfinden und dennoch beschreiben sie sich nicht als heterosexuell, sondern als schwul oder lesbisch. Und was heißt eine solche Definition für sich geschlechtlich nicht als weiblich oder männlich definierende oder/und definierte Personen? Eine Inter*person fragte mich einmal scherzhaft, ob sie sich nur als homosexuell definieren könne, wenn sie ausschließlich Inter*personen begehre. Diese Frage lässt sich auch auf Trans*personen übertragen.

Bei Partys für FLTI, also Fraue, Lesben, Trans* und Inter*personen wird deutlich mehr darüber diskutiert, für wen diese Partys offen sind. Hier wird, anders als bei Partys für Lesben oder Schwule, also oftmals nicht davon ausgegangen, dass Kategorien wie Geschlecht so eindeutig seien, wie sie Vielen zunächst erscheinen. Bei FLTI Veranstaltungen gibt es oftmals Diskussionen im Vorfeld darüber, wer damit nun eigentlich gemeint ist und woran dies zu erkennen ist.

Selbst wenn diese Diskussionen allerdings im Vorfeld geführt werden und klar ist, dass eine Party für **alle** Trans*- und Inter*personen offen ist, kommt es oftmals an der Tür wieder zu Problemen. Es werden Fragen danach verhandelt, ob eine Person noch trans* genug ist oder schon trans* genug ist. Ob eine Person noch trans* genug ist meint, dass ein Trans*mann zu eindeutig als Mann wahrgenommen wird, weshalb ihm der Zutritt zur Party verweigert wird. Schon Trans* genug meint, dass das Passing vielleicht zu schlecht ist. Der Person wird dann beispielsweise nicht abgenommen, dass sie wirklich eine Trans*person ist. Wenn sie als Cis-Mann gelesen wird, kann es also auch hier dazu führen, dass dieser Person der Zugang zur Party verweigert wird. Was also oftmals vergessen wird zu diskutieren ist, wer darüber zu entscheiden hat, ob eine Person trans* oder inter* ist bzw. was unter der Kategorie verstanden wird.

Und selbst wenn eine Person nicht an der Tür abgelehnt wird, so heißt dies nicht, dass sie automatisch einen entspannten Abend auf dieser Party oder Tage bei dieser Veranstaltung verbringen kann.

Denn die Frage „Für wen ist diese Party?“ bedeutet nicht nur: „Werde ich durch diese Tür gelassen.“ Ich möchte hierfür eine Trans*person sprechen lassen:

„wenn ich in einen schwulen Ort gehe, wo definitiv nur Männer erlaubt sind [...] dann steigt natürlich auch der Pegel von Bewusstsein, dass man anders is und auch von so ner Arbeit.“

In der Vokabel der Arbeit wird bereits deutlich, dass selbst wenn eine Trans*person bei

Dr. Kim Scheunemann

Veranstaltungen für Schwule nicht an der Tür abgelehnt wird, dennoch immer die Befürchtung mitschwingt, sich erklären zu müssen. Häufig wird in diesem Zusammenhang auch von Erklärarbeit gesprochen. Erklärarbeit die geleistet werden muss, um akzeptiert zu werden und nicht ständig als *anders* behandelt und angesprochen zu werden.

Eine Party oder Veranstaltung bedeutet für Trans*personen also oftmals nicht einfach eine entspannte (Abend-)Veranstaltung, sondern kann in Arbeit ausarten. Und selbst wenn sie das nicht tut, ist oftmals die permanente Angst da, dass es soweit kommt, dass mensch als nicht der Community entsprechend angesprochen oder behandelt wird.

Anhand dieser Party- bzw. Veranstaltungsbeispiele sollte deutlich geworden sein, dass es immer zu Diskriminierungserfahrungen von Menschen führt, wenn andere meinen, besser einschätzen zu können, welches Geschlecht oder Begehren eine andere Person hat.

Ich glaube, dass es notwendig ist, noch mehr Aufklärungsarbeit dahingehend zu leisten, dass Menschen begreifen, dass:

1. weder die geschlechtliche Verortung noch das Begehren als starre unveränderbare Kategorien gedacht werden können und dass
2. kein Kausalzusammenhang zwischen dem Geschlecht und dem Begehren von Menschen gezogen werden muss/kann

Ich glaube, nur wenn wir das erreichen hört auch die Annahme auf, dass Menschen denken besser beurteilen zu können welchem Geschlecht oder Begehren eine andere Person entspricht. Und somit könnten auch Diskriminierungserfahrungen von Trans*personen minimiert werden. Zudem würde das auch für eine Entlastung sorgen. Denn „die Unmöglichkeit, alles zu wissen, vermittelt paradoxerweise ein Gefühl der Sicherheit“ (Scheunemann 2016: 122) wie ich in meiner Dissertation zum Geschlechtersonderwissen von Expert_innen für Inter*- und Trans*themen herausarbeite.

Ich frage Therapeut_innen und Aktivist_innen danach:

I: „Wonach beurteilen Sie Geschlechtszugehörigkeit?“

Und die Antwort die kommt ist:

„H: (...) [...] ich [muss] Geschlechtszugehörigkeit gar nicht mich entscheiden. Müssen die selber machen.“ (Scheunemann 2017: 94)

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und freue mich auf eine angeregte Diskussion.

Literatur:

Duden 2017a: schwul. Online verfügbar unter:

<http://www.duden.de/suchen/dudenonline/schwul>, zuletzt eingesehen am 14.09.2017.

Duden 2017b: homosexuell. Online verfügbar unter:

<http://www.duden.de/rechtschreibung/homosexuell>, zuletzt eingesehen am 14.09.2017.

Meyer, Uli (2007): "Almost homosexual". Schwule Frauen/ Schwule Transgender (GirlFags/Trans*Fags). In: Liminalis (1), S. 59–82.

Queerulant_in (2013/14): Schwerpunkt: Lebensrealitäten von GirlFags und GuyDykes Queere Politiken und Praxen Jahrgang 2, Ausgabe 3 (6).

Scheunemann, Kim (2016): Geschlechtersonderwissen von Expert_innen für Inter*- und Trans*themen. Online verfügbar unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:hebis:34-2016112251523>.

Welche Annahmen liegen hetero-und cisnormativem Denken, Fühlen, Sprechen und

- Heterosexualität ist die Norm. Homosexualität ist die Abweichung.
- Alle Menschen sind entweder Mann oder Frau. Bezogen auf ihr biologisches Geschlecht und ihre Geschlechtsidentität.
- Es gibt richtige und falsche Frauen und Männer.
- Alle Menschen sind Cisgender.
- Die Lebensrealitäten und Biographien von trans*, inter*, genderfluiden, queer, non binary Personen sind(pathologische) Abweichungen.

Von alltägliche Mikroaggression bis zu strafrechtsrelevanten

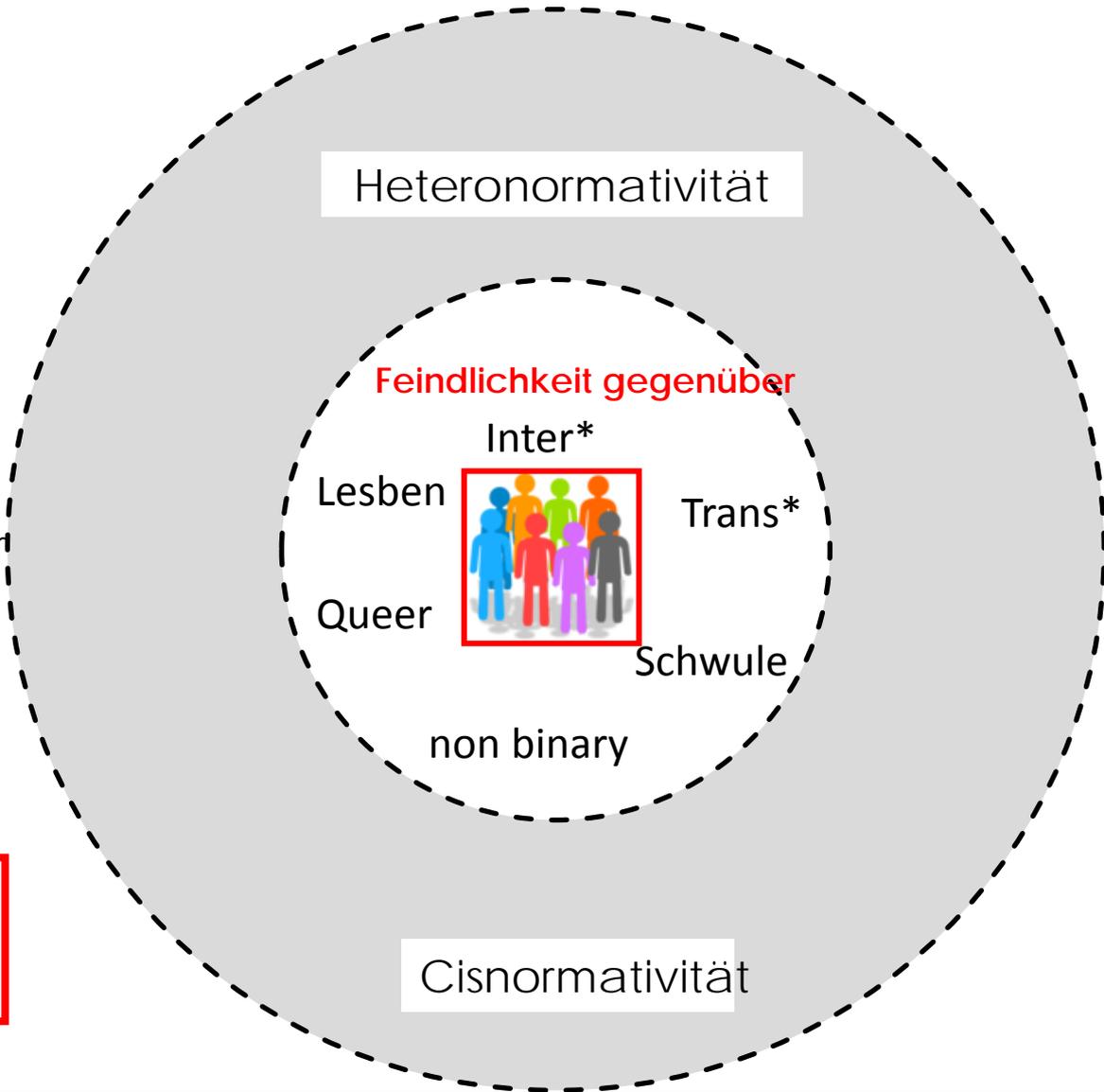
Heteronormativität

Cisnormativität

bilden eine Legitimationsbasis für



Feindlichkeit gegenüber
Lesben, Schwulen, Trans*,
Inter*, queer, non binary,...



Welche Schritte sind nötig, um es intergeschlechtlichen Kindern und Erwachsenen zu ermöglichen sie selbst zu

- Wirkweisen von Hetero-und Cisnormativität sichtbar machen.
 - Dafür ist es sinnvoll breite Allianzen und Kooperationen mit vielfältigen Akteur_innen zu schließen, die innerhalb dieses Wirksystems Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt sind.
- Lehrkräfte und andere Pädagog_innen fortbilden.
- Intergeschlechtlichkeit mit all ihren Facetten als Querschnittsthema in Lehrplänen verankern.
- Gesamtgesellschaftlich an immer mehr Selbstbestimmung und immer weniger Fremdbestimmung mitarbeiten.

Fachtagung „LSBTTIQ*: Vielfalt als Herausforderung – Vielfalt als Stärke“
 Antidiskriminierungsstelle des Bundes
 12. September, Berlin

Diskriminierungserfahrungen von Inter* im Zusammenhang mit der sexuellen Identität

Ein Input von Manuela Tillmanns

Mit dem Ziel der Sichtbarmachung von Diskriminierungserfahrungen intergeschlechtlicher Menschen in Bezug auf die sexuelle bzw. geschlechtliche Identität ist es zunächst sinnvoll, den Blick dahin zu richten, wo Diskriminierungen stattfinden, bzw. stattfinden können. Diskriminierungen können unter anderem auf struktureller, institutioneller sowie rechtlicher und sozialer Ebene stattfinden. Dies betrifft nicht zuletzt Situationen des alltäglichen Lebens und Agierens: am Arbeitsplatz, in Schule/ Studium, bei Behörden und Ämtern, zum Beispiel in Form von Rechtsvorschriften und/ oder Antragsformularen, bei der Wohnungssuche, im Freizeitbereich, in der Öffentlichkeit, zum Beispiel in öffentlichen Verkehrsmitteln, Diskotheken, beim Sport, auf der Toilette, aber nicht selten auch im privaten Umfeld, der Familie, im Freund*innenkreis, aber möglicherweise auch innerhalb der Community. Diese Erlebnisse können einen erheblichen Einfluss auf die individuelle Lebensgestaltung sowie -qualität intergeschlechtlicher Menschen haben, einerseits physisch durch gesellschaftliche und medizinische Körpernormierungen, andererseits psychisch durch Traumatisierungen infolge medizinischer Eingriffe und Maßnahmen. Das heißt, Diskriminierungen, Erfahrungen von Exklusion und Menschenrechtsverletzungen sind lebensweltliche Erfahrungen von inter* Personen und finden in allen Lebenslagen und Lebensbereichen statt.

Drei Spiegelpunkte sollen im Folgenden die wesentlichen Dimensionen der Diskriminierung in Bezug auf Inter* verdeutlichen:

1. Dimension/ gesellschaftlich:

Zweigeschlechtlichkeit strukturiert die soziale Wirklichkeit und wird in westlichen Gesellschaften als unhinterfragte Norm gesetzt. Eine zentrale Rolle spielt dabei der Verweis auf die so genannte „Natur“ des vermeintlich binären Geschlechtermodells. Das bedeutet, eine Geschlechterordnung („männlich“/ „weiblich“) wird anerkannt und gleichzeitig Variationen dieser vermeintlich exklusiven Geschlechtskörper aberkannt. So heißt es bei Katja Sabisch im Vorwort der Studie *Zur Aktualität kosmetischer Operationen „uneindeutiger“ Genitalien im Kindesalter* von Ulrike Klöppel aus dem Jahr 2016:

„Menschen, die mit Variationen der körperlichen Geschlechtsmerkmale geboren wurden und werden, erfahren den Zwang zur Einordnung am eigenen Leib.“

(Sabisch 2016: 1)

Während das soziale Umfeld auf diese Irritation sozialer Normen nicht selten mit Verunsicherung und Ablehnung reagiert (vergleichend dazu hier der Verweis auf die wissenschaftliche Begleitforschung von QUEER LEBEN aus dem Jahr 2017), agiert die Medizin in Form invasiver und irreversibler Behandlungspraxen.

Fachtagung „LSBTIQ*: Vielfalt als Herausforderung – Vielfalt als Stärke“
 Antidiskriminierungsstelle des Bundes
 12. September, Berlin

Inter* Menschen selbst nehmen weniger die eigene Intergeschlechtlichkeit als problemhaft wahr, als die in Zusammenhang damit stehenden gewaltvollen Erfahrungen und Ausgrenzungen. Eine erlebte Diskriminierung besteht beispielsweise dann, wenn andere Personen die eigene geschlechtliche bzw. sexuelle Identität nicht anerkennen. Dies kann sich durch die Weigerung des Namens, der Anredeform sowie dem gewünschten Pronomen äußern. Insgesamt verzeichnen Ergebnisse aus Befragungen (darunter zum Beispiel die Coming Out-Studie des Deutschen Jugendinstituts von 2015): je höher die Diskriminierung, desto niedriger die Lebensqualität (hoher psychischer Belastungsgrad).

2. Dimension/ medizinisch:

Obwohl Intergeschlechtlichkeit in den vergangenen Jahren vermehrt Thema in Öffentlichkeit und Politik geworden ist und Entscheidungsträger*innen, Fachpersonal sowie die breite Öffentlichkeit ein vermehrtes Interesse an den Lebenssituationen intergeschlechtlicher Menschen zeigen, steht weiterhin die Frage nach dem medizinischen Umgang im Zentrum der Betrachtung. Diese so genannten „geschlechtszuweisenden und -vereindeutigenden Maßnahmen“ sind bis auf wenige Ausnahmen nicht lebensnotwendig und irreversibel. Sie erfolgen in der Regel ohne vorherige ausführliche Information sowie einer ausdrücklichen Einwilligung (*informed consent*) der betreffenden Person und sind nicht medizinisch indiziert, sondern gelten als so genannter „psychosozialer Notfall“. Alltagsweltliche Argumente werden herangezogen, um eine „Notwendigkeit“ dieser geschlechtsverändernden Maßnahmen zu begründen. Mediziner*innen und Eltern propagieren und fürchten eine mögliche gesellschaftliche Diskriminierung des Kindes und legitimieren somit, unter Bezugnahme auf das vermeintliche Kindeswohl, die sowohl physisch als auch psychisch folgenschweren Eingriffe. Dabei werden der mögliche Verlust sexueller Sensitivität sowie die Gefahr schwerer Traumatisierungen in Kauf genommen (beides kann erhebliche Auswirkungen auf die sexuelle Identität sowie die körperliche Integrität haben).

3. Dimension/ politisch:

Obwohl intergeschlechtliche Menschen als gleichberechtigte Bürger*innen ein Recht auf freie Entfaltung und Entwicklung haben, werden sie in unserer dichotom strukturierten Gesellschaft juristisch, politisch und sozial unsichtbar gemacht.

Aufgrund massiver Kritik vor allem seitens der Inter*-Verbände und Organisationen, wurden seit 2005 schrittweise die medizinischen Behandlungsleitlinien (S2k-Leitlinie) überarbeitet. Trotz dieser vorgenommenen Revisionen sowie der vom Deutschen Ethikrat 2012 breit angestoßenen politischen Debatte über Intersexualität, zeigt die aktuelle Studie von Ulrike Klöppel (2016) deutlich, dass die Anzahl kosmetischer Genitaloperationen im Kindesalter nicht rückläufig sind.

Zudem existieren bereits eine Reihe politisch-rechtlicher Rahmenbedingungen, die die Grundrechte sichern und Menschen vor Diskriminierungen schützen sollen. Darunter zum Beispiel das Grundgesetz (GG), die UN-Kinderrechtskonvention, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), aber auch das Gewaltschutzgesetz. Die Divergenz zwischen strukturellen Regelungen auf der einen und lebensweltlichen Realitäten auf der anderen Seite verdeutlicht den akuten Handlungsbedarf und macht sowohl die Diskussion um Antidiskriminierung als auch die Forderung nach einer Veralltäglichen von Inter* (durch ein *Inter* Mainstreaming* bzw. ein *Doing Inter**) dringlich.

Fachtagung „LSBTTIQ*: Vielfalt als Herausforderung – Vielfalt als Stärke“
 Antidiskriminierungsstelle des Bundes
 12. September, Berlin

Es erfordert auf politischer Ebene eine klare Analyse machtvoller Kategorien, den Einbezug intersektionaler Aspekte, um die Verschränkung von Geschlecht bzw. der sexuellen Identität mit anderen Identitätsaspekten und/ oder Zugehörigkeiten wie zum Beispiel der sozialen Situation, einer möglichen Religionszugehörigkeit oder Beeinträchtigung sowie rassistischen Zuschreibungen klar herauszustellen.

Lösungsorientierte Forderungen:

Gewalt und Diskriminierungen lassen sich nur langfristig verändern, wenn gleichzeitig Vorstellungen eines verantwortungsbewussten Miteinanders entwickelt werden, d.h. wenn sich eine gesellschaftliche Antidiskriminierungskultur auf individueller, institutioneller und struktureller Ebene etabliert. Neben den dazu notwendigen Grundpfeilern, bestehend aus Sicherheit, Wertschätzung, Mitgefühl und Solidarität, bedarf es einer Umsetzung weiterer Forderungen:

- Die Berücksichtigung der Selbstbestimmung sowie der Erfahrungsexpertise intergeschlechtlicher Personen.
- Anerkennung individueller Geschlechtlichkeit bzw. Körperlichkeit
- Inter* Menschen muss ein Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe gewährleistet werden
- Bestärkung und Empowerment
- Sensibilisierungsmaßnahmen auf unterschiedlichen (fachlichen) Ebenen
- Community-basierte Handlungsansätze, die starke Netzwerke bilden, um Gewalt und Isolation zu verhindern

Insgesamt ist eine Enttabuisierung, Entstigmatisierung und Entmedikalisierung von Geschlecht anzustreben. Umfassende und flächendeckende Informationsvermittlungen bzw. inter*-bezogene Bildungsangebote sind dabei von ebenso großer Wichtigkeit, wie die Entwicklung von *Standards of Care*, die eine menschenrechtsbasierte medizinische Versorgung in gleicher Weise wie auch eine gendergerechte Sprache beinhalten. Grundlegend müssen die Forderungen und Positionierung der intergeschlechtlichen Community in politisches und gesellschaftliches Handeln einbezogen werden. Dies erfordert zugleich eine Verantwortungsübernahme in Bezug auf das eigene (professionelle) Handeln. Das heißt, es benötigt entweder eine fachliche Expertise zum Thema Inter* oder eine Verweiskompetenz, ein Wissen darüber, wo Menschen inter*-bezogene Unterstützung und Begleitung finden.

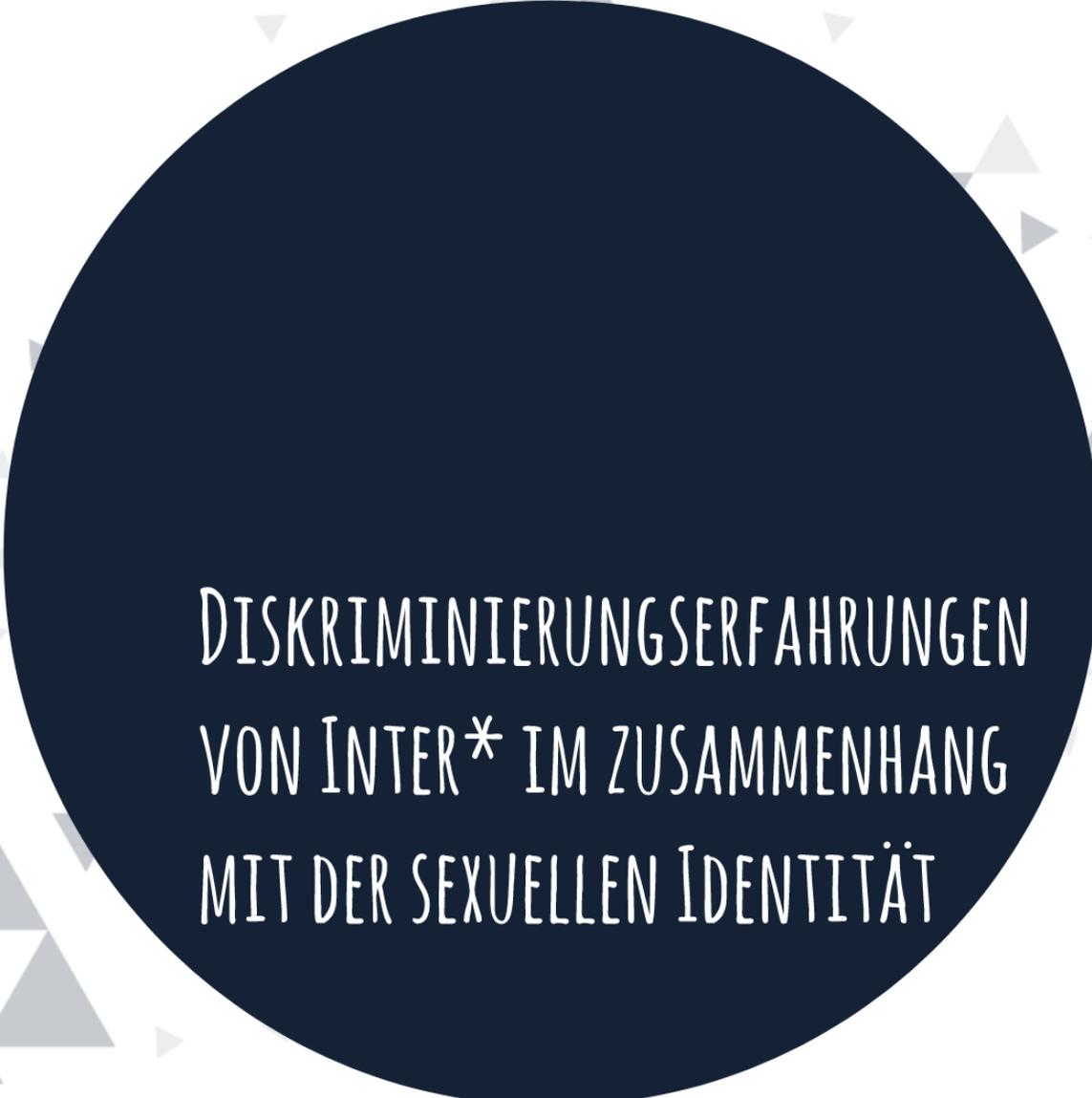
Die Forderung nach einem Moratorium beinhaltet ein eindeutiges gesetzlich verankertes Verbot von geschlechtsverändernden Eingriffen und Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen sowie die Etablierung einer vollständig informierten Einwilligung im Sinne eines *informed consent*.

Alle genannten Punkte sind als Ansätze und Impulse einer progressiven Menschenrechtspolitik zu verstehen, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, sondern als Anregungen dienen sollen.

WORKSHOP IM RAHMEN DER FACHTAGUNG
"LSBTIQ*: VIELFALT ALS HERAUSFORDERUNG - VIELFALT ALS STÄRKE"
ANTIDISKRIMINIERUNGSSTELLE DES BUNDES
12. SEPTEMBER 2017, BERLIN

MANUELA TILLMANN,
ROSALINDE-LEIPZIG E.V.





DISKRIMINIERUNGSERFAHRUNGEN
VON INTER* IM ZUSAMMENHANG
MIT DER SEXUELLEN IDENTITÄT

1. DIMENSION/ GESELLSCHAFT:

- ZWEI-GESCHLECHTER-ORDNUNG
- HETERONORMATIVITÄT
= LEBENSWELTLICHE DISKRIMINIERUNGSERFAHRUNG
INTERGESCHLECHTLICHER MENSCHEN

"MENSCHEN, DIE MIT VARIATIONEN DER KÖRPERLICHEN
GESCHLECHTSMERKMALE GEBOREN WURDEN UND WERDEN, ERFAHREN
DEN ZWANG ZUR EINORDNUNG AM EIGENEN LEIB."

(SABISCH 2016)

2. DIMENSION/ MEDIZIN

- "GESCHELTCHTSZUWEISENDE UND -VEREINDEUTIGENDE OPERATIONEN UND MAßNAHMEN" VS. GESCHLECHTSVERÄNDERNDE EINGRIFFE UND MAßNAHMEN
- "PSYCHOSOZIALER NOTFALL"

= DISKRIMINIERUNG AUFGRUND NICHT-WAHRUNG DER INDIVIDUELLEN SELBSTBESTIMMUNG, DER KÖRPERLICHEN UNVERSEHRTHEIT SOWIE DER SEXUELLEN EMPFINDSAMKEIT

3. DIMENSION/ POLITIK

- PROGRESSIVE FORDERUNGEN VON INTER*-VERBÄNDEN
- ANTI-DISKRIMINIERUNGSARBEIT UND SENSIBILISIERUNGSMABNAHMEN
- POLITISCH-RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN
- COMMUNITY-BASIERTE HANDLUNGSANSÄTZE
- EINBEZUG INTERSEKTIONALER ASPEKTE



12.09.2017

Diskriminierungserfahrungen von Inter*Menschen im Zusammenhang mit der sexuellen Identität

Inter-Perspektiven aus der Praxis von Lucie G. Veith*

Vielen Dank für den freundlichen Empfang und die Vorstellung.

Wie Sie aus der Vorstellung erfahren haben, komme ich aus der Praxis und möchte Sie einladen zu einer internormativen Perspektive.

Die Tatsache, dass diese Gesellschaft ein Denkmodell von 2 Geschlechtern, von männlicher und weiblicher Prototypen pflegt, die scheinbar mit unverrückbaren Erwartungen des Körperbildes, eindeutiger Biologie, des Auftretens und Verhaltens sowie desjeweiligen erotischen Begehrens gleich ausgestattet sind, lassen die Menschen, die diese Erwartungen nicht erfüllen als anders erscheinen. Erfüllt der einzelne Mensch diese Erwartungen oder die Geschlechtsstereotypen nicht, führt dies sehr häufig zu Irritationen und hat sehr oft Benachteiligungen und Diskriminierungen zur Folge.

Mit den Begriffen „intersexuell“ „intergeschlechtlich“ oder „zwischen Geschlechtlich“ werden Menschen bezeichnet, die im Lebensverlauf wegen der Nichterfüllung der stereotypen körperlich geschlechtlichen Vorstellungen zumeist schon im jungen Lebensalter der schwersten Form der Diskriminierung ausgesetzt werden, indem man sie körperlich so verändert, dass sie den Vorstellungen eines der beiden geschlechtlichen Prototypen näher kommen, sie werden medizinisch und Schönheitschirurgische und hormonell behandelt. Diese Behandlungen ziehen sehr häufig irreparable Schäden nach sich und zerstören die Potenziale der Menschen nachhaltig. Diese Benachteiligungen wegen des Geschlechts sind dramatisch. Die Behandlungen sind zumeist von den Behandlern so ausgerichtet und so wird es auch den Eltern verkauft, dass sie später den Vorstellungen von heteronormativen sexuellen Praktiken entsprechen. Dass diese konstruierte körperliche Geschlechtlichkeit dem Begehren der Menschen überhaupt nicht entspricht wird dabei ausgeblendet. So verändert, erleben diese Menschen dann in weiteren Leben weitere Benachteiligungen, Mehr als 85 % der behandelten intergeschlechtlichen Menschen findet sich ungeachtet der persönlichen Potenziale im weiblichen Personenstand wieder. Sie werden zum Opfer der schwersten Form der Diskriminierungen und die Teilhabe am Leben wird durch die Folgen der Behandlung erschwert. Sehr häufig werden Menschen ungeachtet ihres Potenzials hinsichtlich der Chromosomen oder der Hormone verweiblicht. Begehrt ein solcher Mensch dann einen weiblich gelesenen Menschen, dann wird hier diese Verbindung als lesbische Verbindung gewertet und diese Person erlebt die Diskriminierungen zusätzlich, die

sogenannte homosexuelle Menschen in vielen Lebensbereichen erleben. Nicht verhehlen möchte ich an dieser Stelle, wie zerstörerisch sich dies für diese Menschen dann ist.

Das Merkmal der Mehrfachdiskriminierungen ist erfüllt.

Auch unbehandelte Inter*-Personen erleben häufig Diskriminierungen werden des Körperbildes.

Diese schädliche Praxis muss beendet werden.

Alle Selbstvertretungen intergeschlechtlicher Menschen in Deutschland fordern ein verbindliches Operationsverbot im Kindesalter und die häufig vorgenommene Entfernung der hormonproduzierenden Organe, die immer das Ende einer möglichen Fruchtbarkeit darstellen.

Was ist nötig, damit die Diskriminierungen abgebaut werden:

Klären wir auf über die Vielfaltigkeit von Geschlecht. Wir lehren an unseren Schulen biologische Erkenntnisse auf dem Stand der 50er und 60er Jahre. Tatsächlich ist die Forschung um viele Erkenntnisse reicher und kann wissenschaftlich anderes beweisen. Die Lebensrealitäten zeigen es uns:

Einer Vielfaltigkeit der Körper und Geschlechter, der Begehren und Lieben.

Der Abbau der Vorstellung stereotype Körperbilder und der absurden Folgen sind unverzüglich entgegenzutreten.

Beim Anerkenntnis einer Vielfalt der Körper werden Zuschreibungen ad absurdum geführt.

Denken wir darüber nach, ob eine staatliche Normierung der Geschlechtlichkeit notwendig ist. Wem dienen diese?

Würde eine Anerkennung biologischer Zusammenhänge in Bezug auf Körper und Identitäten sowie der individuellen Entwicklung und das Anerkenntnis einer schier unbegrenzten Vielfalt in der Biologie als Teil der Schöpfung nicht ungeahnte Potenziale für eine Öffnung hinzu diskriminierungsarmer Haltung bringen?

Der Wandel von geschlechtsstereotypen Vorstellungen, das Anerkenntnis von Vielfalt der Körpern rückt auch die diversen Körperbilder ins gerechte Licht. Die Öffnung des Denkens von 2 Geschlechtern hin zu individuellem Geschlecht birgt die Chance für alle Menschen. Jeder Körper ist individuell und darf sein.

Der Schlüssel liegt in der gesamtgesellschaftlichen Bildung.

Biologisches Geschlechterbilder in der Schule nicht auf Fortpflanzung reduziert, Menschen nicht messend als Reproduktionswesen, sondern in seiner vielfältigen Ausdrucksform – als Mensch mit Rechten und Potenzialen...

Was wir brauchen sind Strategien und Bündnisse, die auf diese Veränderung der Haltung abzielen.

Dies ist nur solidarisch möglich!

Vielen Dank!

Lucie G. Veith

Kastanienstr. 3

26419 Schortens-Grafschaft

lucie.veith@im-ev.de

www.im-ev.de